

Die Ukraine zwischen Ost und West: außenpolitische und kulturelle Orientierungen

Pleines, Heiko (Ed.)

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pleines, H. (Hrsg.). (2008). *Die Ukraine zwischen Ost und West: außenpolitische und kulturelle Orientierungen* (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 99). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-436851>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 99 – Oktober 2008

Die Ukraine zwischen Ost und West.
Außenpolitische und kulturelle Orientierungen

Herausgegeben von
Heiko Pleines

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 99: Heiko Pleines (Hg.)

Die Ukraine zwischen Ost und West.

Außenpolitische und kulturelle Orientierungen

Oktober 2008

ISSN: 1616-7384

Das vorliegende Arbeitspapier basiert auf Beiträgen zu den Ukraine-Analysen. Die Ukraine-Analysen <www.laender-analysen.de/ukraine> werden von der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde mit Unterstützung der Otto Wolff-Stiftung herausgegeben.

Lektorat: Sophie Hellgardt

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

D-28359 Bremen – Germany

phone: +49 421 218-3687

fax: +49 421 218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

internet: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhalt

Verzeichnis der Grafiken	5
Verzeichnis der Tabellen.....	6

I: Die Ukraine und die EU

<i>Sabine Fischer</i>	
Die Ukraine und die ENP	9
<i>Katrin Böttger</i>	
Die Beziehungen der Europäischen Union zur Ukraine	13
<i>Julia Langbein</i>	
FTA+ statt Mitgliedschaft: Über ukrainische Interessenlagen und europäische Handlungsspielräume	16
Wichtige Etappen der EU-Ukraine-Beziehungen	21
Die Haltung der EU-Bevölkerung zur Beitrittsperspektive der Ukraine	21
Die Einschätzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik durch die EU-Bevölkerung	22

II: Die Ukraine und die NATO

<i>Martin Malek</i>	
Zur Reform der Streitkräfte der Ukraine.....	27
Statistiken zu den ukrainischen Streitkräften	30
<i>Rainer Lindner</i>	
Die Krim als neuer »Frozen Conflict«?	32
Die Beziehungen der Ukraine mit der NATO	33

III: Die Ukraine und Russland

<i>Sabine Fischer</i>	
Die Ukraine und Russland – Scheidung auf Raten	39
Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine.....	43
<i>Heiko Pleines</i>	
Der Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine	45
Der russisch-ukrainische Erdgashandel	48

André Härtel

Interner Machtkampf dominiert Kiews Außenpolitik. Die politische Elite der Ukraine und der russisch-georgische Konflikt52

Die öffentliche Meinung in der Ukraine zum russisch-georgischen Konflikt und seinen Folgen für die Ukraine54

IV: Kulturelle Orientierungen

Gerhard Simon

Ukrainisch – Russisch: Sprachen, Sprachgebrauch, Sprachenkonflikte in der Ukraine59

Statistiken und Umfragen zur Sprachenfrage65

Thomas Bremer

Zur kirchlichen Situation in der Ukraine71

Andrij Portnov

Pluralität der Erinnerung.....74

Wilfried Jilge

»Nationalukrainischer Befreiungskampf«. Die Umwertung des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine.....76

Anatolij Podolskyj

Der widerwillige Blick zurück. Judentum und Holocaust in der ukrainischen Erinnerung.....81

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa.....86

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa.....88

Verzeichnis der Grafiken

I-1: Können Sie mir fünf Länder nennen, die in naher Zukunft der EU beitreten sollen?	21
I-2: Nennung der Ukraine als mögliches Beitrittsland der EU	22
I-3: Haben Sie schon mal etwas von der Politik der Europäischen Union gegenüber ihren Nachbarländern, genannt Europäische Nachbarschaftspolitik, gehört?	22
I-4: Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob Sie es für sehr wichtig, ziemlich wichtig, nicht so wichtig oder überhaupt nicht wichtig halten, dass die EU besondere Beziehungen zu diesen Ländern unterhält	23
II-1: Truppenstärke der ukrainischen Armee 1991–2008	31
II-2: Die Haltung der ukrainischen Bevölkerung zu einem NATO-Beitritt des Landes 2000–2006	35
II-3: Zustimmung zu einem NATO-Beitritt im Falle eines Referendums nach Regionen (2006).....	36
II-4: Was meinen Sie, soll die Ukraine in Anbetracht des russisch-georgischen Konfliktes der NATO möglichst schnell beitreten?	36
III-1: Ukrainische Handelspartner: Exporte 2006.....	43
III-2: Ukrainische Handelspartner: Importe 2006.....	43
III-3: Die größten ausländischen Investoren in der Ukraine.....	44
III-4: Primärenergieverbrauch der Ukraine.....	48
III-5: Erdgasaufkommen in der Ukraine (2006)	48
III-6: Ukrainische Importpreise für Erdgas 2000–2008	49
III-7: Gazproms Lieferpreise 2007	49
III-8: Erdgaspreise auf dem Binnenmarkt 2006.....	50
III-9: Ausgaben der Ukraine für Erdgasimporte und Einnahmen aus Erdgastransit.....	50
III-10: Anteil der Ukraine an Transitleitungen für russisches Erdgas	51
III-11: Was meinen Sie, wie kann das Vorgehen Russlands in Georgien bezeichnet werden?	54
III-12: Wie würden Sie den Einsatz der georgischen Streitkräfte in Südossetien bewerten, für den sich Micheil Saakaschwili entschieden hat?	54
III-13: Halten Sie einen militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine für möglich?.....	55
III-14: Die Schwarzmeerflotte auf dem ukrainischen Territorium ist in erster Linie	55
III-15: Kann Ihrer Meinung nach die Ukraine ihre Unabhängigkeit und territoriale Integrität schützen?	55

IV-1: Ukrainische Bevölkerung nach Nationalität	65
IV-2: Ukrainische Bevölkerung nach Muttersprache	65
IV-3: Welches ist Ihre Muttersprache?	65
IV-4: Welche Sprache sprechen Sie normalerweise zu Hause?.....	66
IV-5: Unterrichtssprachen im Bildungswesen.....	66
IV-6: Welche Sprachen (außer Ukrainisch) müssen Ihrer Meinung nach an Sekundarschulen unterrichtet werden?	70
IV-7: Glauben Sie, die russische Sprache sollte in der Ukraine einen offiziellen Status erhalten?	70

Verzeichnis der Tabellen

II-1: Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Ukraine 2005–2008	30
II-2: Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Ukraine 2006 und 2011.....	31
II-3: Die Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte 2007.....	31
III-1: Ukrainische Handelspartner: Exporte 2006.....	43
III-2: Ukrainische Handelspartner: Importe 2006.....	43
III-3: Ausländische Direktinvestitionen in der Ukraine	44
III-4: Pipelinekapazitäten für russische Erdgasexporte	51
IV-1: Ukrainisch und Russisch als Sprachen in den Vorschuleinrichtungen	67
IV-2: Ukrainisch und Russisch als Unterrichtssprachen an allgemein bildenden Schulen.....	68
IV-3: Ukrainisch und Russisch als Unterrichtssprachen in den höheren Lehranstalten der III. und IV. Akkreditierungsstufe (Hochschulen, Akademien, Universitäten)	69

I: Die Ukraine und die EU

Die Ukraine und die ENP

Von Sabine Fischer, EU Institute for Security Studies, Paris

Zusammenfassung:

Die Europäische Nachbarschaftspolitik traf in Kiew bereits vor, besonders aber nach der Orangen Revolution auf wenig Begeisterung. Kiew kritisiert, die ENP differenziere nicht ausreichend zwischen südlichen und östlichen Nachbarn und trage den innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine nach der Orangen Revolution nicht ausreichend Rechnung. Die technische Antwort der EU auf den starken politischen Integrationswillen, welcher unter anderem die Orange Revolution angetrieben hatte, trug darüber hinaus zur Schwächung reformwilliger politischer Kräfte in der Ukraine bei. Dennoch bergen die ENP und vor allem die Verhandlungen über das *Enhanced Agreement* wichtige Potentiale für die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU.

Einleitung

Die Erweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004 hatte nicht nur erhebliche Konsequenzen für Strukturen und Entscheidungsprozesse innerhalb der EU – sie schuf, vor allem an den Ostgrenzen der Union, auch eine »neue Nachbarschaft«. Die Beziehungen zu den betreffenden Staaten sollten durch die Initiierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) auf eine neue Grundlage gestellt werden. Ursprünglich vor allem für die direkt angrenzenden osteuropäischen Nachbarn konzipiert, lief die ENP im Mai 2004 schließlich als politisches Konzept für die Beziehungen zu den westlichen GUS-Staaten, den südkaukasischen Republiken sowie den südlichen Mittelmeeranrainern vom Stapel. Sie basiert vor allem auf zwei Instrumenten, mit deren Hilfe die Beziehungen zu den Partnerländern gestaltet werden: Im Rahmen der ENP wurden zunächst mit allen ENP-Staaten bilateral verhandelte so genannte Aktionspläne verabschiedet, welche Maßnahmenpakete und Reformvorhaben in unterschiedlichen Politikbereichen enthalten. Diese Aktionspläne haben eine Laufzeit von drei Jahren. Am Ende ihrer Umsetzung steht die Verhandlung eines Partnerschaftsabkommens neuer Form.

Das ursprüngliche ENP-Konzept lässt offen, wie diese Partnerschaftsabkommen jeweils aussehen sollen. Für die post-sowjetischen ENP-Staaten fällt das Ende der AP-Implementationsphase mit dem Auslaufen der so genannten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zusammen – die neuen Partnerschaftsabkommen lösen somit diejenigen Verträge ab, welche nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die rechtliche Grundlage für die Beziehungen mit der EU legten. Wie am Beispiel der Ukraine deutlich werden wird, haben die Verhandlungen über die Abkommen deshalb auch eine ausgeprägt politische Dimension, müssen sie doch die rechtliche Basis der Beziehungen einem stark veränderten politischen Umfeld anpassen.

Die Ukraine wurde Ende 2004/Anfang 2005 in doppelter Hinsicht zu einer Vorreiterin unter den ENP-Staaten: Sie war das erste osteuropäische Partnerland, mit dem ein ENP-Aktionsplan ausgehandelt und verabschiedet wurde. Der Abschluss der Verhandlungen fiel zusammen mit der Orangen Revolution im November und Dezember 2004, welche das Kutschma-Regime stürzte und eine Elitengruppierung an die Macht brachte, die sich die interne Demokratisierung sowie die euro-atlantische Integration der Ukraine auf die Fahnen geschrieben hatte. Der Aktionsplan war größtenteils im Verlauf des Jahres 2004 mit der Kutschma/Janukowitsch-Regierung ausgehandelt worden.

Nach der Orangen Revolution wurde er durch eine Liste zusätzlicher Maßnahmen ergänzt, deren wichtigste darin bestand, dass nach Erfüllung der politischen Konditionen des Aktionsplans und nach Abhaltung freier, fairer und demokratischer Parlamentswahlen im März 2006 Verhandlungen über ein *Enhanced Agreement* aufgenommen werden sollten. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Artikels, drei Jahre nach Inkrafttreten des Aktionsplans, sind die Verhandlungen über das *Enhanced Agreement* in vollem Gang. Die Beziehungen zwischen Kiew und Brüssel seit der Orangen Revolution sind von Fortschritten, aber auch von Ambivalenzen geprägt, welche sich auf die Kooperation sowie auf die Verhandlungen des *Enhanced Agreement* auswirken. Dieser Beitrag untersucht die ukrainische Perspektive auf die Kooperation mit der EU im Rahmen der ENP.

Die ENP aus ukrainischer Sicht

Der ENP Aktionsplan und seine Ergänzung stellten eine herbe Enttäuschung für die neue ukrainische Führung dar. Die Tatsache, dass Brüssel weder auf die ENP als Rahmenwerk für die Beziehungen zur Ukraine verzichten noch eine Beitrittsperspektive gewähren wollte, wurden als unangemessene Reaktion auf die Orange Revolution gewertet. Die Skepsis, die in der ukrainischen Debatte über die ENP als Konzept und die Haltung Brüssels im Allgemeinen zum Ausdruck kommt, lässt sich in vier Kritikpunkten zusammenfassen:

»Die Ukraine ist nicht (mehr) nur Nachbarschaft«: Aus ukrainischer Perspektive haben die Ereignisse im Winter 2004/2005 bewiesen, dass die Ukraine nicht nur geographisch, sondern längst auch kulturell und hinsichtlich ihrer Werteorientierung (wieder) zu Europa gehört. Die Orange Revolution führte das Ende eines undemokratischen Regimes herbei, welches in seiner Endphase vor allem dank russischer Unterstützung sein Dasein fristete und durch seine Intransparenz und Korruptiertheit nicht zuletzt europäische Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen bedrohte. Sie half darüber hinaus, russischen Einfluss in der direkten Nachbarschaft der EU zu reduzieren und ebnete den Weg für die Stabilisierung der EU-Ostgrenzen durch die Integration des größten Flächenlandes Osteuropas.

Sowohl die neue ukrainische Führung als auch ihre durch den Erfolg der Orangen Revolution aus der politischen Apathie gerissenen Anhängerschaft erwarteten deshalb, dass Brüssel diesen Sieg der Demokratie im Namen der europäischen Integration mit einer klaren Beitrittsperspektive belohnen würde. Die kohärente Unterstützung, welche EU-Mitgliedsstaaten und Brüssel der demokratischen Opposition während der Orangen Revolution leisteten, schien diese Erwartung zu bestätigen. Der Rückzug Brüssels ins Vage bald nach der Revolution und die Weigerung, dem Bekenntnis der Ukraine zur europäischen Integration mit einer Beitrittsperspektive zu begegnen, wirkten wie ein Hammerschlag auf den postrevolutionären Enthusiasmus in der Ukraine.

»Die Ukraine ist nicht Marokko«: Nicht nur die »Verbannung« der Ukraine in die europäische Nachbarschaft stieß in Kiew auf Widerstand, sondern auch die Definition und Zusammensetzung dieser Nachbarschaft. Diese Kritik bezieht sich in erster Linie auf die Einbeziehung sowohl der osteuropäischen als auch der nordafrikanischen EU-Nachbarn in die ENP. Letzteren fehlt in den Augen vieler UkrainerInnen ein zentrales Wesensmerkmal, welches die Ukraine auszeichnet und ihren Anspruch auf europäische Integration rechtfertigt: das Europäisch-Sein. Die Unterentwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft in den nordafrikanischen Staaten bestätigen dieses Urteil aus ukrainischer Perspektive nur. Die Eingruppierung in die gleiche »Kategorie« wie Marokko und andere südliche ENP-Partner wurde und wird deshalb in Kiew mit Empörung und Unverständnis quittiert. Sie hat nichts mit der ukrainischen Selbstwahrnehmung und -beschreibung nach der Orangen Revolution zu tun – mehr noch, sie läuft ihr diametral entgegen.

Aber auch innerhalb der östlichen Nachbarschaft kann die ENP aus ukrainischer Sicht nicht ausreichend differenzieren. Sie umfasst hier in Gestalt von Georgien und der Ukraine Staaten mit einem klaren Bekenntnis zur europäischen Integration, solche mit einer schwankenden außenpolitischen Orientierung wie Moldowa und Aserbaidschan, und Armenien, das noch immer als enger Verbündeter Russlands gilt. Selbst im engeren osteuropäischen Rahmen also konnte die ENP der Ukraine, welche sich nach der Orangen Revolution als Vorreiter von Demokratie und Menschenrechten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion neu definierte, nicht gerecht werden.

»Die EU fordert Anpassung ohne angemessene Gegenleistung«: Vor allem im Zuge der Verhandlungen über das *Enhanced Agreement* wurde auf ukrainischer Seite immer wieder der Vorwurf laut, Brüssel erwarte die umfassende und kritiklose Übernahme des *acquis communautaire* ohne die volle Gegenleistung, nämlich die Eröffnung einer Beitrittsperspektive zu liefern. Zwar zielt die Anpassung der wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen der Partnerländer an den *acquis* auf die Vertiefung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, den verstärkten Zugang zum EU-Binnenmarkt und die fortschreitende Integration durch Freihandelsabkommen etc. Dem wird jedoch aus ukrainischer Sicht entgegen gehalten, dass diese recht vagen Aussichten nicht ausreichen, um die in manchen Bereichen hohen Kosten der Übernahme des *acquis* in Kauf zu nehmen und innenpolitisch zu rechtfertigen.

»Die Ukraine-Politik der EU geht noch immer einen Umweg über Moskau«: Mit großer Skepsis betrachten viele Akteure in Kiew den Einfluss, den Moskau nach wie vor auf die Politik der EU gegenüber den Staaten der »gemeinsamen Nachbarschaft« hat. Während die EU sich in der Anfangsphase der ENP und um die Orange Revolution herum von der »Russia First« Politik der 1990er Jahre zu emanzipieren schien, wurde bald darauf deutlich, dass diese Hoffnung sich nicht allzu schnell bewahrheiten würde: Alle für die »Ostpolitik« der EU relevanten Mitgliedsstaaten haben, wenn es um die Beziehungen zur Ukraine oder anderen osteuropäischen Nachbarn geht, immer das Verhältnis zu Russland im Auge. Für die einen steht dabei die enge Anbindung der Ukraine oder Georgiens an die westlichen Bündnisse und die Zurückdrängung russischen Einflusses im Vordergrund, während andere vor allem ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland spannungsfrei gestalten und deshalb diese »heißen Eisen« lieber nicht anfassen wollen.

Dies wird in der Ukraine mit Aufmerksamkeit und Enttäuschung registriert. Aus dem Blickwinkel Kiews trägt die EU durch außenpolitische Selbstlähmung dazu bei, dass die Ukraine in ihrer prekären sicherheitspolitischen Position »zwischen« Russland und der EU gefesselt bleibt. Besonders schmerzlich wird registriert, wenn die EU Russland bisweilen größere Zugeständnisse macht als der Ukraine, die sich doch im Gegensatz zu ihrem östlichen Nachbarn tatsächlich um Integration bemüht. Die zeitigere Verabschiedung eines *visa facilitation agreement* zwischen der EU und Russland wurde in der Ukraine, die ebenfalls seit langem für ein solches Abkommen kämpft, deshalb heftig kritisiert.

Kooperation im Rahmen der ENP

An dieser Stelle kann nicht ausführlich auf die Argumente eingegangen werden, mit welchen Brüssel der ukrainischen Kritik begegnet. Der ENP AP liefert aus EU-Perspektive der Ukraine (und anderen Partnerstaaten) erstmals einen konkreten Leitfaden für die Durchführung innenpolitischer und wirtschaftlicher Reformen und geht damit weit über die wesentlich schwammigeren Partnerschafts- und Kooperationsabkommen hinaus. Außerdem wird in Brüssel darauf verwiesen, dass die Ukraine nun die Möglichkeit habe, die Beziehungen zur EU in der Vorbereitung des *Enhanced Agreement* in allen ihren Aspekten neu zu verhandeln. Während also die ukrainische Seite der Meinung ist, das Glas sei halb leer, betrachtet die EU es als halb voll und appelliert an Kiew, die in der gegenwärtigen Situation liegenden Potenziale konstruktiv zu nutzen.

Beide Sichtweisen haben ihre Berechtigung. Gleichzeitig sind sie Ausdruck eines Zirkelschlusses, in dem die Ukraine und die EU gefangen sind. Die Tatsache, dass die EU dem politischen Wunsch nach europäischer Integration mit einem technischen Programm begegnete, hatte erhebliche Auswirkungen sowohl auf die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine selbst als auch auf die Fähigkeit Kiews, die im Aktionsplan festgeschriebene Reformagenda zu verfolgen. Das Ausbleiben der Beitrittsperspektive machte die Umsetzung des Aktionsplans zu einem innenpolitisch schwer vermittelbaren Gut und schwächte diejenigen Elitengruppen, welche sich für europäische Integration, Demokratisierung und Wirtschaftsreformen einsetzten. Die allgemeine Enttäuschung über den Mangel an Anerkennung der Orangen Revolution in der Bevölkerung und Teilen der Elite verstärkte diesen Effekt. Zwar verabschiedete die Orange Koalition unter Julia Timoschenko noch im Frühjahr 2005 eine Wegekarte, welche die Umsetzung des Aktionsplans anleiten sollte.

Doch führte diese Maßnahme nicht zur Bündelung aller Energien im Sinne des Implementationsprozesses. Es gelang auch nicht, die Aktivitäten der unterschiedlichen politischen Institutionen, welche mit der Umsetzung des Aktionsplans betraut waren, effizient zu koordinieren. Damit fiel die konsequente Arbeit an seiner Realisierung auf Beamte mittleren Ranges in den einzelnen Institutionen zurück, in den Worten von Kataryna Wolczuk »bürokratische Enklaven«, denen jedoch in einer klaren und übergreifenden politischen Führung ein zentraler Hebel zur schnellen und effizienten Durchsetzung fehlt. Ein Zwischenbericht der EU vom Dezember 2006 zählt die Parlamentswahlen 2006, den politischen Dialog allgemein, Zusammenarbeit im Rahmen der GASP, Handelsbeziehungen, Energiekooperation u. a. als Bereiche auf, in denen seit der Verabschiedung des Aktionsplans Fortschritte erzielt wurden. Gleichzeitig merkt er jedoch auch kritisch an, dass endemische Korruption sowie wiederkehrende innenpolitische Krisen im Zusammenhang mit Wahlen die Reformprozesse lähmten und erschwerten.

Tatsächlich versank die ukrainische Innenpolitik spätestens mit den Parlamentswahlen im März 2006 in einer langen Phase der Stagnation und der Kämpfe zwischen rivalisierenden Elitengruppen, die jede Verfolgung einer klaren politischen Linie praktisch unmöglich machte. Es ist sicherlich verfehlt, der EU die volle Verantwortung für die politischen Inkonsistenzen des pro-europäischen politischen Lagers in der Ukraine oder gar die Rückkehr der Partei der Regionen unter Viktor Janukowitsch zuschreiben zu wollen. Beide Phänomene sind in erster Linie endogen und wurzeln in den politischen Strukturen und Traditionen des Landes. Gleichzeitig ist jedoch anzunehmen, dass eine entschlossener Unterstützung von Seiten der EU ein wichtiges Pfund in den Händen der Orangen Kräfte hätte sein können, welches es ihnen möglicherweise erlaubt hätte, sich schneller und effizienter zu etablieren und gegen die erstarkenden Gegner zu behaupten. Stattdessen überschatteten und verlangsamten die innenpolitischen Machtkämpfe die Reformprozesse im Rahmen des ENP Aktionsplanes bis hin zum faktischen Stillstand in der Phase der »Regierungslosigkeit« von April bis September/Dezember vergangenen Jahres.

Angesichts der nahenden Präsidentschaftswahlen steht zu befürchten, dass auch in nächster Zukunft persönliche Ambitionen das politische Geschehen in der Ukraine beherrschen werden. Dies ist der Punkt, an dem sich der oben erwähnte Zirkel schließt: Die Tatsache, dass die ukrainische Innenpolitik von endemischen Krisen, Instabilität und egozentrischem Elitenverhalten geprägt ist, verstärkt nicht den Wunsch Brüssels, Kiew größere politische Zugeständnisse zu machen. Damit wird jedoch die Position der Elitengruppen weiter geschwächt, die

für die Umsetzung des Aktionsplans sowie die konsequente Demokratisierung und Heranführung der Ukraine an die EU von zentraler Bedeutung sind.

Ende gut – alles gut?

Es bleibt abzuwarten, ob es der neuen ukrainischen Regierung gelingt, nach fast zwei Jahren der innenpolitischen Turbulenzen neue Akzente zu setzen und möglicherweise aus dem oben beschriebenen Zirkel in den Beziehungen mit der EU auszubrechen – wofür freilich auch klare Signale der Unterstützung aus Brüssel notwendig wären. Auf der Habenseite der Beziehungen ist eindeutig zu vermerken, dass die Verhandlungen über das *Enhanced Agreement* auch zu den Hochzeiten der innenpolitischen Krise in Kiew konsequent weitergeführt und von allen politischen Kräften in der Ukraine befürwortet wurden. Dies weist auf einen anderen wichtigen Aspekt der Beziehungen hin: Trotz der häufig extrem anmutenden Polarisierung des innenpolitischen Spektrums besteht mittlerweile in der Ukraine ein weitgehender Konsens über die Notwendigkeit enger Integration mit der EU. Auch die Partei der Regionen, unter deren Ägide die Verhandlungen phasenweise geführt wurden, bildet dabei keine Ausnahme.

Darüber hinaus hat sich in der ukrainischen Elite seit den 1990er Jahren ein Verständnis von Integration mit der EU durchgesetzt, welches nicht mehr lediglich auf außen-, sicherheits- und geopolitischen Erwägungen fußt, sondern *Evrointegracija* als innenpolitischen Prozess begreift. Im synchronen und diachronen post-sowjetischen Vergleich und angesichts der Schwächen europäischer Politik sind dies bedeutende Fortschritte, die auch von EU-Seite nicht ignoriert werden sollten. Dieses Jahr (2008) treten die Verhandlungen über das *Enhanced Agreement* in eine entscheidende Phase ein, da der politische Status der Beziehungen und die genaue Bezeichnung des Abkommens auf den Verhandlungstisch kommen.

Bislang sind die Positionen noch weit voneinander entfernt: Die ukrainische Seite beharrt auf einem Assoziationsabkommen, welches Inhalt und Titel nach den Abkommen mit den späteren Beitrittskandidaten Ostmitteleuropas ähneln soll. Die EU schreckt vor einer solchen Option zurück. Auch wenn angesichts der Uneinigkeit innerhalb der EU eine Beitrittsperspektive für die Ukraine in nächster Zeit ausgeschlossen bleibt, sollte Brüssel sorgfältig abwägen, welche politischen Signale den innen- und außenpolitischen Prozess in der Ukraine positiv beeinflussen könnten. Die ukrainischen Eliten wiederum sollten sich darum bemühen, dass ihre eigenen Handlungen ihren Unterstützern innerhalb der EU bessere Argumente für eine gegenseitige Annäherung liefern.

Über die Autorin:

Dr. Sabine Fischer ist Research Fellow am European Union Institute for Security Studies, Paris.

Lesetipps:

- Sabine Fischer (ed): Ukraine: Quo Vadis?, EU ISS Chaillot Paper no. 108, February 2008
- Anders Aslund/Michael McFaul (ed): Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough, Washington 2006

Die Beziehungen der Europäischen Union zur Ukraine

Von Katrin Böttger, Universität Tübingen

Zusammenfassung

Die Europäische Union zieht einen Beitritt der Ukraine derzeit nicht in Betracht. Neben der kontinuierlichen Entwicklung der bilateralen Beziehungen sind die Gründe der EU, die Ukraine in die ENP einzubinden statt eine Beitrittsperspektive zu entwickeln vor allem im Inneren der EU zu suchen. Insbesondere wirkt sich hier die Erweiterungsmüdigkeit in Brüssel aber auch in den Mitgliedstaaten sowie der aufgrund der vervielfachten Veto-Möglichkeiten von 27 Mitgliedstaaten unwahrscheinlicher werdende Erfolg weiterer Beitrittsprozesse aus.

Analyse

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union (EU) wird gemeinhin als ihr erfolgreichstes außenpolitisches Instrument angesehen. Dennoch wurde sie für die Ukraine von Seiten der EU im Gegensatz zu den Balkanstaaten und der Türkei bisher nicht ernsthaft in Betracht gezogen.

Die Befürworter eines Ukraine-Beitritts in die EU, unter anderem die polnische Regierung, argumentieren zumeist mit den historischen, geographischen, kulturellen und religiösen Bindungen der Ukraine an Europa. Dabei vergleichen sie die Position der Ukraine häufig mit jener der Türkei, die unter Verwendung der oben genannten Kriterien als weniger europäisch gilt und dennoch Beitrittskandidat ist. Damit verfolgen Befürworter eines Ukraine-Beitritts gegenüber der EU eine ähnliche Strategie wie die mittelosteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) Anfang der 1990er Jahre, als diese die EU mit ihrer moralischen Argumentationsweise politisch unter Druck setzten und eine positive Antwort auf ihr Beitrittsgesuch provozierten.

Diese Strategie funktioniert bei der Ukraine jedoch bisher nicht. Auch die hiermit verbundene Frage »Warum die Türkei und die Ukraine nicht?« vergrößert nicht das Verständnis dafür, warum die Zusammenarbeit der EU mit der Ukraine sich auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) beschränkt. Faktoren, die gegen eine Aufnahme der Ukraine in die EU sprechen könnten, wie die Größe des Landes und die mangelnde Absicherung ihrer östlichen Grenze, gelten in vergleichbarer Weise auch für die Türkei und können somit als Argumente gegen den Kandidatenstatus ausgehebelt werden. Warum also hat sich die EU für die Ukraine bisher nicht für die Erweiterungspolitik und damit eine Beitrittsperspektive entschieden?

Die Erweiterungspolitik wird im Wesentlichen verwendet, um in der Nachbarschaft der EU für Stabilität zu sorgen und wirtschaftliche und politische Transformationsprozesse zu unterstützen. Diese Ziele verfolgt die EU auch gegenüber der Ukraine, jedoch hat sie hier andere Instrumente verwendet. Die Gründe hierfür sind vielfältig, zwei Aspekte erscheinen mir jedoch von besonderer Bedeutung.

Dies ist zum einen die Entwicklung der EU-Ukraine-Beziehungen seit der ukrainischen Unabhängigkeit 1991, die bereits zu einer gewissen Stabilität geführt haben. Zum anderen ist es die Entscheidungsstruktur der EU, die in Zusammenhang mit der Erweiterungsmüdigkeit in der EU weitere Beitritte mit Ausnahme Kroatiens auf absehbare Zeit unwahrscheinlich erscheinen lässt. Diese Aspekte führen dazu, dass die EU zurzeit keine Aufnahme der Ukraine anstrebt.

Die Entwicklung der EU-Ukraine-Beziehungen

Während seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre entscheidende Weichenstellungen für den EU-Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten vorgenommen wurden, hat es auch für die Ukraine und ihre Beziehungen zur EU entscheidende Schritte gegeben. Diese waren jedoch nicht auf eine zukünftige EU-Mitgliedschaft ausgerichtet wie es bei den mittelosteuropäischen Staaten der Fall war und mündeten in der Entstehung der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Eine wichtige Etappe in den Beziehungen waren die Verträge, die von der EU mit den jeweiligen Staaten geschlossen wurden. Die mittelosteuropäischen Staaten (Polen und Ungarn) schlossen Anfang der 1990er Jahre mit der EU Europaabkommen (Assoziierungsabkommen mit dem Ziel der EU-Mitgliedschaft) ab, die eine Heranführungsstrategie zur Übernahme des Gemeinsamen Besitzstandes (*acquis communautaire*) beinhalteten und auf Teilhabe der MOE-Staaten am Integrationsprozess abzielten. Zwischen den osteuropäischen Staaten und der EU wurden hingegen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) geschlossen, die für eine Kooperation mit Drittstaaten ausgelegt sind. Diese waren auch im Sinne der multivektoralen Außenpoli-

tik, welche die Ukraine in der ersten Hälfte der 1990er Jahre betrieb. Sie zielte hiermit auf eine gute Zusammenarbeit sowohl mit ihren westlichen als auch mit ihren östlichen Nachbarn ab.

Während die MOE-Staaten somit bereits von Beginn der Verhandlungen der Europaabkommen auf einer Mitgliedschaftsperspektive und damit einer »Rückkehr nach Europa« bestanden und die EU dahingehend moralisch unter Druck setzten, galt diese Perspektive für die EU-Ukraine-Beziehungen nicht. Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine von 1994, das erst vier Jahre später (also 1998) in Kraft trat, enthält deshalb keine solche Mitgliedschaftsperspektive. Obgleich die Verhandlungen für ein Nachfolgeabkommen im März 2007 begonnen wurden, regelt es bis heute formal die Beziehungen der Ukraine zur EU. Somit bewegten sich die Beziehungen der EU zu den osteuropäischen Staaten schon damals nicht in Richtung einer Aufnahme in die EU. Diese Entscheidung wirkt in der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine bis heute nach.

Als die Ukraine in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre unter Präsident Leonid Kutschma die Annäherung an die EU stärker ins Visier nahm und sogar den Beitritt zur EU als politisches Ziel formulierte, wurde dies in der EU nicht ernst genommen. Bis heute ist ungeklärt, ob es sich bei diesen Annäherungen der Ukraine um geopolitische Erwägungen handelte oder um eine politische Zielrichtung. Der Umstand, dass die Ukraine – z. B. mit einem präsidentiellen Erlass vom 11.06.1998 – die Nachbesserung der staatlichen Politik anstrebte, um bis 2007 für den EU-Beitritt vorbereitet zu sein, spräche dafür, dass ein Beitritt ernsthaft angestrebt wurde. Jedoch scheiterte der Versuch Kutschmas, in den mittelosteuropäischen Staaten Unterstützung zu erhalten. Diese Länder befürchteten eine Verlangsamung ihres eigenen Annäherungsprozesses an die EU durch die Ukraine, die damals wie heute wesentlich im Transformationsprozess zurücklag.

Mit Beginn der Beitrittsverhandlungen der mittelosteuropäischen Staaten 1998 setzten sich Polens Regierung und insbesondere Außenminister Bronislaw Geremek stark für die Annäherung der Ukraine an die Europäische Union ein. Zu diesem Zeitpunkt jedoch waren die Ressourcen der EU in den Beitrittsverhandlungen mit den MOE-Staaten gebunden, so dass man sich nicht intensiv mit dem Anliegen der Ukraine befasste. Dies wurde insbesondere beim Gipfel von Helsinki im Jahre 1999 deutlich. Hier beschlossen die Minister der EU-Mitgliedsstaaten, die Beitrittsverhandlungen auch mit den restlichen sechs mittelosteuropäischen Staaten zu beginnen, so dass sich eine so genannte Big Bang-Erweiterung (d.h. eine Erweiterung um alle zehn mittel-osteuropäischen und die beiden Mittelmeer-Kandidaten Zypern und Malta) abzeichnete. Nachdem auch die Türkei in Helsinki den Kandidatenstatus erhielt (die Verhandlungen wurden 2005 eröffnet), kam es bei einigen Mitgliedstaaten zu einer politischen Gegenreaktion. Auch in der EU-Kommission gewann der Eindruck, dass das erfolgreiche Instrument Erweiterung nicht beliebig weiter eingesetzt werden könnte, zunehmend Befürworter. So kam es zu einer Erweiterungsmüdigkeit in Brüssel und auch in den Mitgliedstaaten. Diese führte im Jahr 2005 zu einer Verfassungsänderung in Frankreich, nach der verbindliche Referenden für alle Erweiterungen der EU vorgeschrieben sind. Diese Entscheidung zielte zwar auf die Türkei ab, gilt aber genauso für alle anderen zukünftigen Kandidaten. Auch die österreichische Regierung hat ein Referendum über einen Beitritt der Türkei angekündigt.

Zugleich wurde für die Ukraine eine Gemeinsame Strategie im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) beschlossen, die auch organisatorisch von der Erweiterung abgetrennt in Kapitel V (Außenbeziehungen) behandelt wurde.

Erst ab 2001 befasste sich die Europäische Union intensiv mit der Ukraine, da sich die Osterweiterung unmittelbar abzeichnete und die Ukraine als zukünftiger direkter Nachbar in den Fokus des Interesses rückte. Nun wurde der Bedarf für eine neue Politik gegenüber den drei – mit Russland vier – östlichen Nachbarn gesehen. Dieser Bedarf basierte auf unterschiedlichen Perspektiven auf die östlichen Nachbarn. Während die deutsche Regierung die ökonomischen Aspekte hervorhob und sich mit ihrer »Russia first«-Politik vor allem auf die Sicherung der Energieversorgung konzentrierte, setzte sich Polen – bereits vor seiner EU-Mitgliedschaft – vor allem für seine direkten Nachbarn, insbesondere die Ukraine ein.

Die schwedische Regierung äußerte die Notwendigkeit, nicht nur über die osteuropäischen Staaten, sondern auch über die Beziehungen zu allen Nachbarn von »Russland bis Marokko« nachzudenken. Mit dieser Weitung des Fokus, der sich in der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) wieder findet, wurde zugleich eine Beitrittsperspektive für die Ukraine unwahrscheinlicher. Jedoch bleibt die ENP bezüglich der Beitrittsperspektive vage. Die Frage, ob ein Beitritt das langfristige Ziel der ENP ist oder nicht, bleibt ungelöst. Diese paradoxe Situation führt zu Unsicherheiten bei allen Beteiligten und spiegelt sich auch in der Ausgestaltung der Unterstützung knapp unterhalb der Beitrittsperspektive für die Ukraine wider.

Die Entscheidungsstruktur der Europäischen Union

Die EU-Entscheidungsstruktur, die bei den Verhandlungen zu einer Erweiterung der EU und schließlich im Beitrittsprozess greift, lässt ebenfalls eine Beitrittsperspektive für die Ukraine auf absehbare Zeit als unwahrscheinlich erscheinen.

Von Bedeutung ist hier zunächst der Ablauf der Beitrittsverhandlungen, welcher Auswirkungen auf die Entscheidung um eine Erweiterung der Europäischen Union hat. Von EU-Seite wird häufig das Argument vorgebracht, dass die innere Struktur der EU für neue Erweiterungen nicht gewappnet sei. Diese Aufnahmefähigkeit ist neben politischen, ökonomischen und rechtlichen Anforderungen Teil der Kopenhagener Kriterien. Sie müsste auch bei einem Beitritt der Ukraine erfüllt werden. Natürlich könnte man argumentieren, dass es nur eine Frage des Willens – aber eben eines einheitlichen Willens in der EU – ist, in welcher Geschwindigkeit diese inneren Strukturen soweit reformiert werden könnten, dass die Voraussetzungen für ein EU-Mitglied Ukraine geschaffen würden. Jedoch hat bereits die EU-Osterweiterung gezeigt, dass solche Strukturreformen trotz des damaligen langen Vorlaufs von 14 Jahren nur schwer durchzusetzen sind. Selbst im letzten Anlauf, beim Vertrag von Nizza, wurden nicht alle Fragen geklärt oder es wurden lediglich kurzfristige Kompromisse vereinbart. Bei diesen Verhandlungen im Jahr 2000 waren die alten Mitgliedstaaten nicht bereit, ihre Position und ihre Privilegien zugunsten einer entscheidungs- und aufnahmefähigen Union aufzugeben. Die Zahl der Veto-Möglichkeiten hat sich in einer EU mit 27 Mitgliedstaaten vervielfacht.

Ein weiterer Grund für die Zögerlichkeit ist der Umstand, dass Erweiterung und Vertiefung in einem engen Zusammenhang stehen. Jedoch gehen die Meinungen darüber auseinander: Befördern sich Vertiefung und Erweiterung gegenseitig oder schließen sie sich gegenseitig aus?

Nicht nur Themen, die in direktem Zusammenhang mit Erweiterungen stehen, beeinträchtigen Beitritte und Beitrittsverhandlungen. Auch andere wichtige Felder der EU-Agenda haben indirekt Einfluss auf die Beitrittsperspektive. Hierzu zählen Budgetverhandlungen oder Parlamentswahlen, welche die Entscheidungsfindung in der EU in anderen Politikbereichen blockieren und die personellen und finanziellen Ressourcen binden.

Bei der EU-Osterweiterung 2004/2007 dauerte der Aufnahmeprozess den damaligen Beitrittskandidaten zu lange, nachdem ihnen der Beitritt von Seiten Deutschlands und Frankreichs bereits für das Jahr 2000 in Aussicht gestellt worden war. So entstand z. B. auf polnischer Seite der Eindruck, der Beitritt sei immer zwei Jahre entfernt. Jedoch gilt es zu bedenken, dass es in der Struktur der EU für Entscheidungen, die auf den EU-Gipfeln getroffen werden, nur bestimmte Zeitfenster gibt, in denen ein Beitrittsprozess begonnen und auch abgeschlossen werden kann.

Hinzu kommt, dass die EU-Erweiterungspolitik von asymmetrischen Verhandlungen gekennzeichnet ist, bei denen die EU am längeren Hebel sitzt. Somit haben die Beitrittskandidaten nur begrenzten Einfluss auf die Geschwindigkeit der Verhandlungen. Sie sind vielmehr dem Prinzip der Konditionalität unterworfen, das die finanzielle und politische Unterstützung an die Umsetzung bestimmter Vorgaben koppelt. So muss jedes der 31 Kapitel des Gemeinsamen Besitzstandes in den Beitrittsverhandlungen einzeln bearbeitet und einstimmig beschlossen werden. Dementsprechend erscheint es aus heutiger Perspektive unwahrscheinlich, dass noch weitere Länder außer Kroatien Mitglieder der EU werden.

Fazit

Die Europäische Union zieht einen Beitritt der Ukraine derzeit nicht in Betracht. Dies liegt daran, dass die Außenpolitik der EU, zu der die Erweiterungspolitik ebenso zählt wie die Europäische Nachbarschaftspolitik, interessengeleitet ist und Stabilität exportieren möchte. Da in der Ukraine zurzeit im Vergleich z. B. mit den Staaten des westlichen Balkans eine relative Stabilität erreicht ist, geht es für die EU vor allem darum, den weiteren Prozess zu begleiten. Nur einmal, unmittelbar nach der Orangen Revolution im Dezember 2004 war eine langfristige Beitrittsperspektive von einigen Mitgliedstaaten und einer größeren Gruppe EU-Parlamentarier in Betracht gezogen worden. Neben der kontinuierlichen Entwicklung der EU-Ukraine-Beziehungen sind die Gründe der EU, die Ukraine in die ENP einzubinden vor allem im Inneren der EU zu suchen. Insbesondere wirkt sich hier die Erweiterungsmüdigkeit in Brüssel aber auch in den Mitgliedstaaten sowie der aufgrund der vervielfachten Veto-Möglichkeiten von 27 Mitgliedstaaten unwahrscheinlicher werdende Erfolg weiterer Beitrittsprozesse aus.

Besonders problematisch ist jedoch der Umstand, dass die Ukraine in der Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen der ENP regelmäßig mit dem Vergleich zur Erweiterungspolitik konfrontiert ist. Da die Kommission bei ihren Planungen der ENP insbesondere im Bezug auf die Konditionalität stark auf die Instrumente der Erweiterung zurückgriff, drängt sich dieser Vergleich, bei dem die ENP für die Ukraine jedoch schlechter abschneidet, auf.

Es bleibt festzuhalten, dass die Aussicht auf einen Beitritt eine politische Willensentscheidung der EU-Mitgliedstaaten bleibt. Obwohl die Konditionalität den Kopenhagener Beitrittskriterien den Anschein von Objektivität gibt, haben wir es lediglich mit objektivierenden Kriterien zu tun.

Zugleich bedeutet die Entscheidung der EU, die Beziehungen zur Ukraine in der ENP zu regeln nicht, dass es niemals zu einer Beitrittskandidatur kommen wird. Beleg hierfür ist die Entwicklung der Beziehungen der EU zu den Balkanstaaten. Auch diese verfügten ursprünglich nur über Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Diese wurden jedoch anlässlich einer Beitrittsperspektive zu Assoziationsabkommen umgewandelt. Zwei wichtige Unterschiede sind jedoch zu bedenken, zum einen die Größe der Ukraine und zum anderen der Umstand, dass sie direkt an Russland grenzt.

Wenn jedoch die aufgezeigte Entwicklung der Beziehungen und die gewonnenen Erkenntnisse über die EU-Entscheidungsstruktur berücksichtigt werden, bestehen meiner Ansicht nach gute Chancen auf ein gegenseitiges Verständnis der handelnden Akteure und daraus folgend größere Chancen auf verbesserte bilaterale Beziehungen mit einem von beiden Seiten gleichermaßen erwünschten Kooperationsstatus.

Über die Autorin:

Katrin Böttger, M.A. ist Doktorandin an der Eberhard Karls Universität Tübingen und Stipendiatin der Graduiertenförderung der Friedrich Ebert Stiftung. Sie promoviert zum Akteurshandeln bei der Entstehung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Neben der Europäischen Nachbarschaftspolitik forscht und publiziert sie zu den Themen Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, EU-Osterweiterung und Minderheiten.

Lesetipps:

- Lewis, Anne: The EU & Ukraine. Neighbours, Friends, Partners? London 2002.
- Tereshchenko, Volodymyr: Evolution der politischen Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU 1991–2004. Frankfurt am Main, 2004.

FTA+ statt Mitgliedschaft: Über ukrainische Interessenlagen und europäische Handlungsspielräume

Von Julia Langbein, Florenz/Kiew

Einleitung

In der Gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Nicolas Sarkozy, José Manuel Barroso und Viktor Juschtschenko nach dem jüngsten EU-Ukraine Gipfel in Paris werden die Verhandlungen über ein tief greifendes und umfassendes Freihandelsabkommen (FTA+) als integraler Bestand des geplanten Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine hervorgehoben. Das FTA+ stellt den zentralen externen Anreiz für die Ukraine dar, sich den (wirtschaftlichen) Spielregeln der EU anzupassen. Denn trotz der Bemühungen des ukrainischen Präsidenten sowie des ukrainischen Außenministeriums ist es mehr als unwahrscheinlich, dass die Präambel des für Ende 2009 geplanten Assoziierungsabkommens einen deutlichen Hinweis auf eine Mitgliedsperspektive enthalten wird.

Durch das FTA+ zwischen der EU und der Ukraine soll eine umfassende Konvergenz im Regulierungsbereich erreicht werden. Allerdings erlaubt ein FTA+ im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) eine selektive Übernahme der Regeln des Binnenmarktes. Dies ist aufgrund der fehlenden Beitrittsperspektive für die Partnerländer und angesichts der vollkommen anderen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen der ENP-Staaten im Vergleich zu den EFTA-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein, die Teil des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sind, mittelfristig weitaus realistischer. Auf Grundlage einer selektiven und stufenweisen Übernahme des EU-Binnenmarktreghimes im Rahmen des FTA+ können zumindest in den Bereichen Fortschritte erzielt werden, die sowohl für die EU als auch für die Partnerländer Vorteile bieten.

Seit dem Februar 2008 verhandelt die EU mit der Ukraine als einzigem der ENP-Partnerländer über ein FTA+. Wie wird das Projekt von politischen und wirtschaftlichen Akteuren in der Ukraine aufgenommen? Welche Stärken und Schwächen weist die EU-Politik auf, wenn es um die Unterstützung der Ukraine beim Abschluss eines FTA+ geht?

Die Position politischer Eliten

Für den hier behandelten Aspekt der wirtschaftlichen Annäherung der Ukraine an die EU treffen die in der westlichen Berichterstattung oft verwendeten Kategorien »vor und nach der Orangen Revolution« oder »pro-russisch« vs. »pro-westlich« zur Charakterisierung der ukrainischen Politiklandschaft nicht zu. Diese Feststellung soll den Ereignissen 2004/2005 nicht ihre Bedeutung für die Intensivierung der EU-Ukraine Beziehungen absprechen (vgl. Ukraine-Analysen Nr. 6 und 36). Im Fall des FTA+ kann diese holzschnittartige Einteilung jedoch zu falschen Schlüssen über die Rolle der innenpolitischen Kräfte bei der Gestaltung der ukrainischen Außenwirtschaftspolitik und entsprechender interner Reformen führen.

Erstens stellte bereits vor der Orangen Revolution eine einseitige Orientierung auf den russischen Markt keine Alternative für die Ukraine dar. Russland versuchte zwar mehrmals, die Ukraine in einen regionalen Wirtschaftsraum einzubeziehen, etwa im Kontext der Union Russland-Belarus 1999 oder dem Eurasischen Wirtschaftsraum 2000. Gleichwohl unterschrieb der ukrainische Präsident Leonid Kutschma erst 2003 eine Vereinbarung über die Schaffung eines Gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit Russland, Kasachstan und Belarus, um sich angesichts wachsender interner und westlicher Kritik die Unterstützung Russlands vor den Wahlen 2004 zu sichern. Praktisch war er aber nicht bereit, mehr als eine einfache Freihandelszone auszuhandeln, deren Umsetzung jedoch ausblieb. Ebenso hat der oft als »pro-russisch« dargestellte Vorsitzende der Partei der Regionen, Viktor Janukowitsch, während seiner letzten Amtsperiode als Ministerpräsident zwischen 2005 und 2007 keine Anstrengungen unternommen, dem Projekt des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes wieder Leben einzuhauchen.

Zweitens wurden bereits während der Präsidentschaft Kuchmas eine Reihe legislativer Reformen durchgeführt, die zu einer Annäherung der ukrainischen Gesetzgebung an den wirtschaftlichen Teil des *acquis communautaire*, also des gemeinsamen EU-Rechts, geführt haben. Dies begünstigte den frühen Beginn der Verhandlungen über das FTA+ mit der Ukraine im Vergleich zu anderen interessierten östlichen Nachbarn wie Georgien oder Moldawien. Als Beispiele sollen hier nur die Regulierung technischer Standards, des Transportwesens und auch des Wettbewerbs genannt werden. Zudem wurde der Aktionsplan für die Ukraine im Rahmen der ENP im Jahr 2004 unter Präsident Kutschma und dem damaligen Ministerpräsidenten Janukowitsch verhandelt. Bereits zu diesem Zeitpunkt enthielt der Aktionsplan ein Freihandelsabkommen und sah die Anpassung an wirtschaftliche und rechtliche Vorgaben des *acquis* vor. Allerdings wurde nach der Orangen Revolution das Ziel eines *Enhanced Agreement* explizit in den Aktionsplan aufgenommen, wodurch die EU-Orientierung der Ukraine noch einmal unterstrichen wurde (vgl. Ukraine-Analysen Nr. 36).

Drittens blieb zwar die Implementierung der erlassenen Gesetze in den genannten Bereichen während der Kuchma-Ära größtenteils aus, gleichwohl haben die andauernden internen Machtkämpfe nach der Orangen Revolution daran nicht wirklich etwas geändert. Dies wird auch im jüngsten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zur Umsetzung des Aktionsplans vom März 2008 deutlich. Viele Gesetze, die eine Anpassung an EU-Richtlinien vorsehen, werden von den Mitgliedern des ukrainischen Parlaments jedoch mehr aus Machtkalkül abgelehnt denn aufgrund pro-europäischer oder pro-russischer Einstellungen. Um den Präsidenten zu schwächen, verweigerte die Mehrheit des ukrainischen Parlaments, inklusive Teilen der Regierungskoalition, beispielsweise im Januar 2008 die Zustimmung zu bestimmten Gesetzesänderungen, die von der Präsidialadministration eingereicht wurden und eine Anpassung der Regulierung technischer Standards an EU-Vorgaben bewirkt hätten. Aus diesem Grund reichte die Präsidialadministration einige andere Gesetze, die eine Anpassung an wirtschaftliche Regeln und Standards des EU-Binnenmarktes vorsehen, nicht zur Lesung an das ukrainische Parlament weiter.

Die drei genannten Punkte weisen darauf hin, dass es bei den gegenwärtigen innenpolitischen Auseinandersetzungen nicht um eine inhaltliche außen- und innenpolitische Richtungsentscheidung, sondern um die Verteilung politischer Macht an sich geht. Der Grad der politischen Unterstützung für das FTA+ variiert daher nicht entlang politischer Lager. Letztlich sind alle großen Parteien nicht gegen die Verhandlungen über ein FTA+. Lediglich von der Kommunistischen Partei wäre zum jetzigen Zeitpunkt zu erwarten, dass sie gegen die Ratifizierung des FTA+ ähnlich lautstark protestiert wie jüngst beim WTO-Beitritt.

Trotz dieser Einschätzung würden die Verhandlungen zum FTA+ auch dann nicht vollkommen reibungslos verlaufen, wenn die innenpolitische Instabilität ein Ende fände. Zunächst fehlt es politischen Akteuren in der Ukraine – mit Ausnahme einiger Bürokraten in den Fachabteilungen der Ministerien – an Kenntnissen über die Inhalte der EU-Regeln und Standards. Darüber hinaus variiert die interne Unterstützung in Abhängigkeit von Sektor und Regulierungsfeld, wie es bei anderen Ländern auch der Fall wäre. Aufgrund der engen Verflechtung zwischen Politik und Großunternehmen bzw. Oligarchen in der Ukraine (vgl. Ukraine-Analyse

Nr. 40), wird sich der Einfluss von Großunternehmen in der Ukraine jedoch besonders stark auf den Verhandlungsprozess des FTA+ auswirken. Dies kann positive und negative Entwicklungen zur Folge haben.

Oligarchen

In der jüngsten Zeit ist bei einigen Oligarchen eine veränderte Haltung gegenüber der EU-Integration im Allgemeinen und der wirtschaftlichen Annäherung an den EU-Binnenmarkt im Besonderen zu beobachten. Nachdem die Oligarchen aufgrund undurchsichtiger Geschäfte in den 1990er Jahren in den Besitz strategisch wichtiger Unternehmen (u. a. in der Metallindustrie, der chemischen Industrie und dem Energiesektor) gekommen sind, haben sie nun einerseits ein höheres Interesse an einer transparenten ukrainischen Gesetzgebung, um ihre Eigentumsrechte zu sichern und zu schützen. Andererseits sind sie an einer Expansion auf den europäischen und internationalen Markt interessiert, um ihre Gewinne zu vergrößern.

Um als zuverlässige Partner und attraktive Investitionsziele an den internationalen Börsen zu gelten, haben beispielsweise Rinat Achmetow (System Capital Management) und Serhij Taruta (Industrieunion Donbass) in ihren Unternehmen eine Anpassung an internationale Standards der guten Unternehmensführung und des Rechnungswesens vorangetrieben. Dies trug sicherlich auch dazu bei, dass Tarutas Gruppe nach dem Erwerb des polnischen Stahlwerks Huta Czystałowa im Jahr 2005 mittlerweile auch den Mehrheitsanteil an der Danziger Werft besitzt und ähnliche Pläne für die Werft in Gdynia hegt.

Nach langjährigen zähen Verhandlungen hat das ukrainische Parlament vor allen Dingen mit der Unterstützung von Block Timoschenko und der Partei der Regionen am 17.09.2008 ein Aktiengesetz angenommen, welches überwiegend europäischen und internationalen Standards entspricht. Abgesehen davon, dass die in der Ukraine tätigen westlichen Unternehmensverbände wie die *American Chamber of Commerce* und die *European Business Association* im Vorfeld der Annahme umfassende Lobbyarbeit geleistet haben, kann diese Abstimmung auch als Hinweis darauf gelten, dass sich hier westliche Unternehmensinteressen mit dem Interesse ukrainischer Großunternehmer decken.

Weitere Anzeichen für das Interesse ukrainischer Oligarchen an der europäischen Integration ihres Landes sind die Initiierung der Yalta European Strategy (YES) durch Viktor Pintschuk im Jahr 2004 oder die Gründung des *Bureau of Economic and Social Technologies* (BEST) in Kiew durch Rinat Achmetow im Jahr 2006. BEST arbeitet unter anderem an Projekten, welche Kosten und Nutzen der europäischen Integration für die Ukraine analysieren. Die ehemalige Leiterin des Zentrums, Irina Akimova, sitzt seit 2007 für die Partei der Regionen im ukrainischen Parlament und agiert als »Schattenministerin« für Wirtschaft, womit sich der Kreis zwischen Politik und Wirtschaft auch an dieser Stelle wieder schließt.

Trotz dieser recht optimistischen Analyse ist einschränkend festzuhalten, dass die Interessen der Oligarchen sehr unterschiedlich sein dürften. Ob beispielsweise einzelne ukrainische Großunternehmer die Übernahme des EU-Wettbewerbsrechts unterstützen, hängt von der jeweiligen Struktur der Gruppen und Anteilsverhältnisse an Unternehmen ab. Ähnlich fraglich ist, ob die EU-Vorgaben zur Regelung von Finanzmärkten auf eine breite Unterstützung seitens jener Oligarchen treffen, die große Anteile an ukrainischen Banken besitzen. Hier sind Oligarchen wie Igor Kolomojskij und Gennadi Bogoljubow zu nennen, die mit der Privatbank den größten Marktanteil im ukrainischen Bankensektor besitzen. Der sich in den letzten Jahren abzeichnende rasante Anstieg bei der Vergabe von Privatkrediten in der Ukraine ist schließlich auch deshalb möglich, weil zum Beispiel Kontrollregeln zur Erstellung von Kundenprofilen nicht existieren. Die selektive Natur des FTA+ dürfte den Interessen der Oligarchen allerdings entgegenkommen, da diese ein »Kirschenpicken« erlaubt.

Kleine und mittlere Unternehmen

Die Position kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in der Ukraine zum FTA+ ist durchwachsen. Einerseits würde eine Anpassung horizontaler Regelungen an europäische Vorgaben wie zum Beispiel ein verändertes Wettbewerbsrecht gerade den ukrainischen KMU zu Gute kommen. Eine Anpassung an die Regulierung technischer Standards der EU würde außerdem zu gegenseitigen Handelserleichterungen führen und die hohe Zahl der Inspektionen verringern, die zurzeit von ukrainischen Behörden durchgeführt werden und die Wirtschaftstätigkeit der KMU laut Studien der Weltbank besonders stark einschränken.

Andererseits zeigen erste Konsultationen mit ukrainischen Unternehmen, die im März und Mai 2008 von Experten des Kiewer *International Center for Policy Studies* durchgeführt wurden, dass sich die Exporte gerade in den östlichen Regionen der Ukraine wie Poltawa oder Charkow traditionell stark auf den russischen Markt konzentrieren. Für die dort angesiedelten Unternehmen scheint ein FTA+ mit der EU daher zunächst wenig attraktiv. Dies ist auch auf die hohen Kosten für die Einhaltung europäischer Standards zurückzuführen, die von ukrainischen Unternehmen zunächst kurzfristig geleistet werden müssten. Denn das FTA+ setzt voraus,

dass europäische Regeln auch auf dem ukrainischen Markt zum Tragen kommen und nicht nur für Exporte in die EU gelten. Darüber hinaus geben ukrainische Unternehmer zu bedenken, dass sie in Werbemaßnahmen für ukrainische Produkte auf dem europäischen Markt investieren müssten, um dort erfolgreich zu sein.

Gleichwohl wächst beispielsweise der Export von Maschinen in Richtung EU langsam, aber stetig. Zudem nehmen ukrainische Produzenten wahr, dass nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Russland der Bedarf an qualitativ hochwertigen Maschinen steigt, die nach westlichen Standards hergestellt werden. Bereits heute stellen die ukrainischen KMU sowohl auf dem einheimischen als auch auf dem russischen Markt einen erhöhten Wettbewerbsdruck durch westliche Unternehmen fest, der sich mit dem FTA+ erhöhen wird. Unter ukrainischen KMU im Bereich Maschinenbau setzt sich daher zunehmend die Einsicht durch, dass sie diesem Druck nur durch Modernisierung im Zuge einer Übernahme von EU-Regeln standhalten können. Oft fehlen ihnen hierfür jedoch das Know-how und die finanziellen Mittel.

Über alle Sektoren hinweg kritisieren ukrainische KMU im Zusammenhang mit dem FTA+ grundsätzlich die fehlende Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträgern, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen in der Ukraine. So werden diejenigen Teile der ukrainischen Wirtschaft ohne direkte politische Einflusskanäle über legislative Änderungen im Zuge des FTA+ nur spärlich von ukrainischen Behörden unterrichtet. Zudem fehlt es an Informationen über Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten, um die Modernisierung der Produktionsprozesse durchführen zu können.

Konsequenzen für die EU-Politik gegenüber der Ukraine

Gegen die politische Instabilität der Ukraine als eine der Hauptursachen für ausbleibende Fortschritte bei wirtschaftlichen und strukturellen Reformen kann die EU nur wenig tun. Weitaus größere Möglichkeiten hat die EU, wenn es um die Erhöhung des Kenntnisstandes über die Inhalte des FTA+ bei einem Teil der politischen Elite sowie ukrainischen KMU und Wirtschaftsverbänden geht. Auch auf die Stärkung der bisher schwach ausgeprägten Handlungsfähigkeiten kann die EU einwirken. Hierfür ist nicht die Erhöhung externer Anreize, gar durch das Angebot der Beitrittsperspektive, nötig, welches mittelfristig sowieso keine Mehrheit unter den EU-Mitgliedern finden wird. Ausgehend von den Erfahrungen mit den jüngsten Erweiterungsrunden sollte die EU im Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine bei den FTA+ Verhandlungen vielmehr zwei Aspekte berücksichtigen:

Aufbau von Handlungsfähigkeiten

Da die Übernahme des *aquis communautaire* äußerst kostenintensiv ist, hat die EU im Zuge der jüngsten Erweiterungsrunden durch Programme wie PHARE, SAPARD, TAEIX, ISPA und Twinning die politischen und wirtschaftlichen Akteure in den Kandidatenländern dazu befähigt, die EU-Regeln über die reine Gesetzesannahme hinaus auch zu implementieren. Technische und finanzielle Hilfsprogramme wurden in kleinerem Umfang in der Ukraine bereits in den 1990er Jahren durch das TACIS Programm und seit 2006 im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) durchgeführt.

Eine Fallstudie, welche die Verfasserin im Bereich der Regulierung von Industriestandards durchgeführt hat, zeigte, dass sich die Spielregeln des ukrainischen Wirtschaftsmarktes selbst beim Fehlen interner Anreize an EU-Regeln anpassen. Voraussetzung hierfür ist, dass europäische Experten oder Experten internationaler Organisationen zum Wissenstransfer beitragen, bei der Übersetzung von EU-Direktiven und der Ausarbeitung von entsprechenden ukrainischen Gesetzesvorlagen tätig werden und deren Nichteinhaltung öffentlich kritisieren. Allerdings richtet sich die bisherige technische und finanzielle Unterstützung der EU zu stark an staatliche Akteure, weshalb die Reformen schleppend vorangehen. Der Wandel von Regeln, die das Verhältnis zwischen Staat und Markt bestimmen, benötigt jedoch sowohl staatliche Akteure, welche die neuen Regeln gesetzlich festlegen, als auch wirtschaftliche Akteure, welche neue Regeln von staatlichen Akteuren einfordern. Aus diesem Grund besteht für die EU in der Ukraine noch großer Handlungsbedarf hinsichtlich der Einbeziehung wirtschaftlicher Akteure (Unternehmen und Verbände) in EU-Projekte.

Diversifizierung der ukrainischen Akteure

Ein weiteres Charakteristikum der EU-Politik gegenüber den ehemaligen Beitrittskandidaten stellen die zahlreichen Projekte dar, die zu einer Diversifizierung der teilnehmenden Akteure aus der EU und den Kandidatenländern geführt haben. So zeigt beispielsweise Iglika Yakova in ihrem 2006 erschienen Beitrag über den tschechischen Agrarsektor, dass Projekte im Rahmen von PHARE und später SAPARD über den Zeitraum der Beitrittsverhandlungen neue Akteure auf tschechischer Seite hervorgebracht haben. Die Projekte haben

nicht nur große, sondern auch kleine tschechische Verbände dabei unterstützt, Einflusskanäle zur Politik aufzubauen, um ihre Interessen zu vertreten.

Darüber hinaus haben nicht nur die Präsenz von EU-Programmen und Standards eine Anpassung hervorgerufen. Die EU-Instrumente haben durch die Finanzierung von Konferenzen zur Herausbildung professioneller Netzwerke zwischen europäischen Agrarverbänden wie COPA-COGECA, Bauernverbänden der EU-Mitglieder und tschechischen Verbänden beigetragen. Dadurch konnten sich die Teilnehmer über Folgeprojekte verständigen, bei denen Strategien politischer Einflussnahme und die Bündelung der Kräfte besprochen werden konnten. Eine ähnliche Politik wäre auch gegenüber der Ukraine erforderlich, wenn eine einseitige Interessendurchsetzung durch mächtige ukrainische Wirtschaftseliten bei den Verhandlungen über das FTA+ verhindert werden soll.

Fazit

Die Strategie der Europäischen Kommission, den ENP-Partnerländern zunächst bilaterale FTA+ statt eine Teilnahme am Binnenmarkt anzubieten, ist grundsätzlich zu begrüßen, da die selektive Natur der FTA+ eine differenzierte Abstimmung auf das jeweilige Partnerland erlaubt. Von der politischen Elite in der Ukraine wird das Vorhaben mit Ausnahme der Kommunistischen Partei unterstützt. Eine Unterscheidung der ukrainischen politischen Landschaft in »pro-westlich/europäisch« vs. »pro-russisch« ist in dieser Frage nicht sinnvoll. Die andauernden internen Machtkämpfe innerhalb der politischen Elite führen aber dazu, dass sich nach der Orangen Revolution im Vergleich zur Amtszeit Kuchmas keine deutlichen Fortschritte hinsichtlich der wirtschaftlichen Annäherung der Ukraine an die EU erkennen lassen.

Die Analyse der Interessenlage der ukrainischen Oligarchen gegenüber dem FTA+ hat gezeigt, dass sie sich die Selektivität, die das FTA+ zulässt, zunutze machen könnten. Die an sich gewachsene Unterstützung der Oligarchen für die wirtschaftliche Integration mit der EU könnte unter diesen Umständen eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Ukraine behindern, an dessen Gewinnen alle Wirtschaftssubjekte beteiligt sind. Während die EU zur politischen Stabilisierung des Landes wenig beitragen kann, hat sie in diesem Punkt jedoch Handlungsspielräume. So kann sie dem einseitigen Einfluss der Oligarchen dann entgegenwirken, wenn sie kleine und mittlere Unternehmen sowie Wirtschaftsverbände in der Ukraine befähigt, auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen. In diesem Zusammenhang sollte die EU versuchen, neben Expertenteams aus den verschiedenen bürokratischen Einheiten der EU-Mitglieder auch verstärkt europäische Wirtschaftsverbände in den Prozess des Wissenstransfers einzubeziehen.

Über die Autorin:

Julia Langbein, Dipl.-Pol. ist Doktorandin am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Sie promoviert zum Einfluss russischer und europäischer Akteure auf den Wandel ökonomischer Institutionen in der Ukraine. Zurzeit ist sie als Gastwissenschaftlerin am Centre for Economic und Social Research (CASE) in Kiew tätig.

Lesetipps:

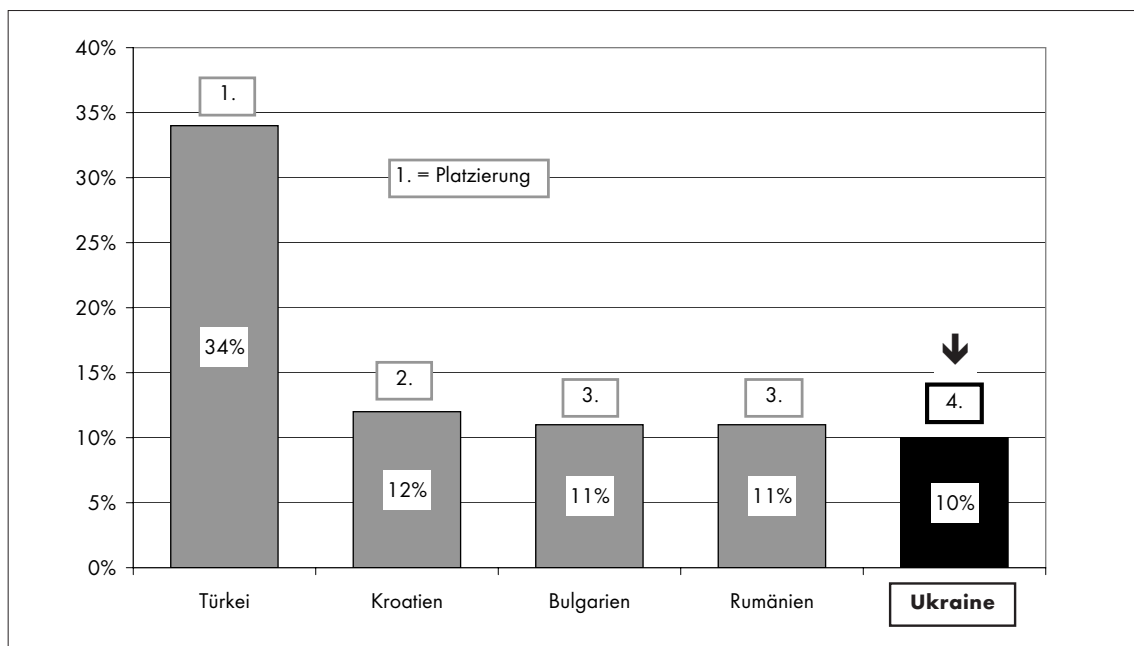
- Fischer, Sabine (Hg.): Ukraine – Quo Vadis?, Chaillot Paper Nr. 108 (EU Institute for Security Studies), Februar 2008.
<http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp108.pdf>
- Gazizullin, Ildar: What does business in Poltava and Kharkiv think about an EU-Ukraine FTA?, ICPS Newsletter Nr. 408 (19 Mai 2008).
http://www.icps.com.ua/doc/nl_eng_20080519_0408.pdf
- Gazizullin, Ildar: The EU-Ukraine FTA: First feedback from regional consultations, ICPS Newsletter Nr. 399 (3 März 2008).
http://www.icps.com.ua/doc/nl_eng_20080303_0399.pdf
- Langbein, Julia: Transnationalisation and Change in Economic Institutions: The Case of Ukraine and Industrial Standards Regulations, Paper to the Changing Europe Summer School 2008.
http://www.changing-europe.org/download/Summer_School_2008/Langbein.pdf
- Yakova, Iglia: Czech Republic, 'Europe' and its farmers: How is Agricultural Interest Intermediation Affected by Accession to the EU, in: European Political Economy Review Jg.3, Nr. 2 (Winter 2005/06), S.112–142.
<http://www.ugbs.org/weru/eper/vol3/no2/yakova.pdf>

Wichtige Etappen der EU-Ukraine-Beziehungen

1993	Eröffnung der Delegation der EU-Kommission in Kiew
1994	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten und der Ukraine (PKA)
1998	PKA tritt in Kraft
1999	Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für die Ukraine im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
2003	Mitteilung der EU-Kommission »Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn« als Grundlage der Europäischen Nachbarschaftspolitik
2004	Einführung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP)
2005	EU-Ukraine Aktionsplan
2005	Start der EU Border Assistance Mission (EUBAM) zwischen der Ukraine und Moldau
2006	Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik
2007	Überarbeiteter EU-Ukraine Aktionsplan über Freiheit, Sicherheit und Recht – Herausforderungen und strategische Ziele
2007	Beginn der Verhandlungen für ein neues erweitertes Abkommen (Nachfolge des 2008 auslaufenden PKA)
2007–2013	Finanzierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik durch das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI)
2008	Die EU nimmt mit der Ukraine Verhandlungen über ein erweitertes Freihandelsabkommen (FTA+) auf.

Die Haltung der EU-Bevölkerung zur Beitrittsperspektive der Ukraine (2007)

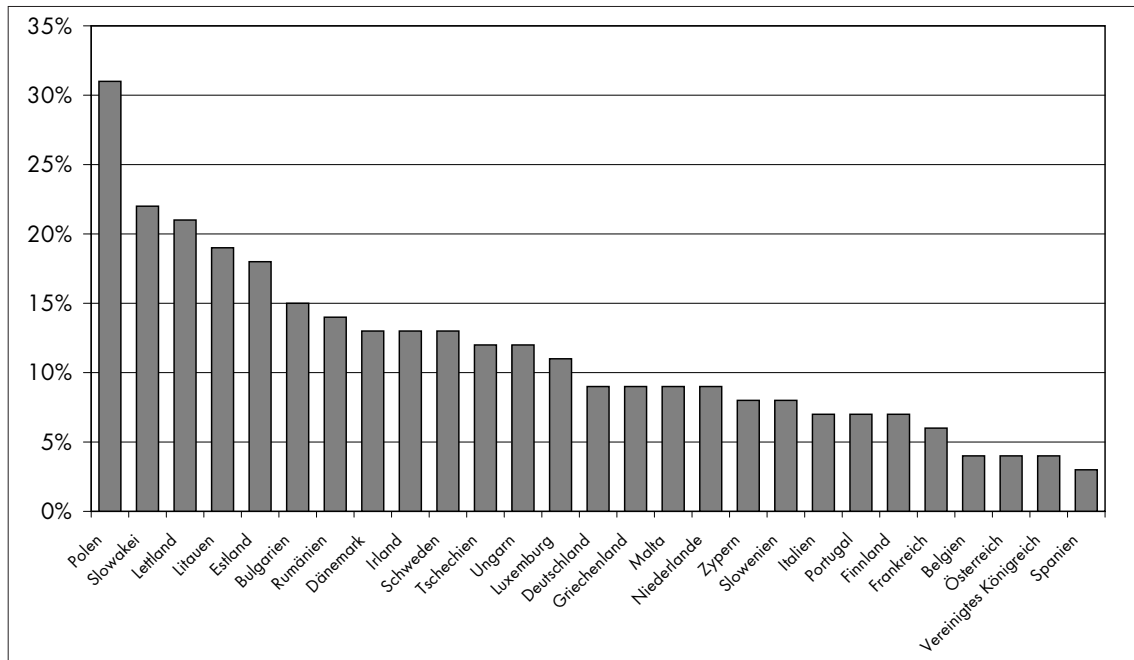
Grafik I-1: Können Sie mir fünf Länder nennen, die in naher Zukunft der EU beitreten sollen?



Anmerkung: Da die Frage offen formuliert war, wurden mit Bulgarien und Rumänien auch zwei Länder genannt, die zum Zeitpunkt der Umfrage bereits der EU beigetreten waren.

Quelle: Repräsentative Umfragen in allen EU-Mitgliedsländern von Mai bis Juni 2007, Eurobarometer, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_285_de.pdf

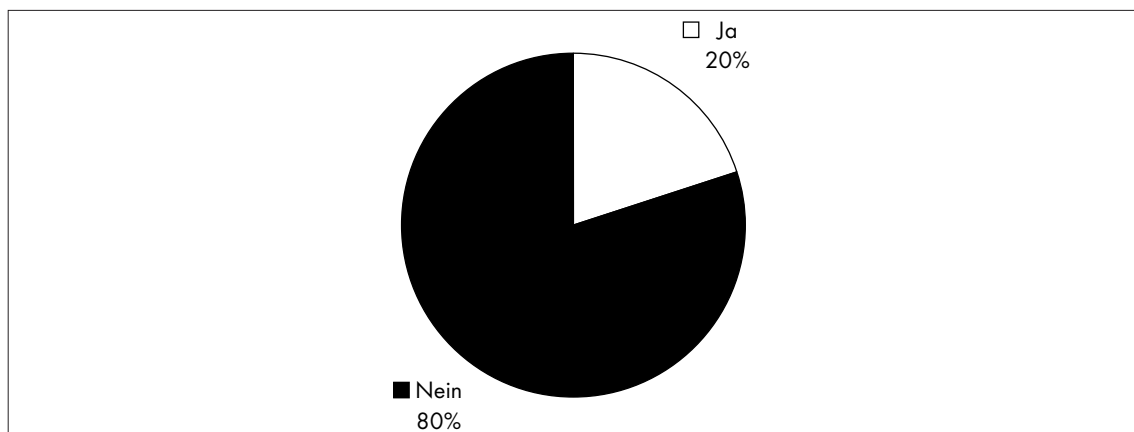
Grafik I-2: Nennung der Ukraine als mögliches Beitrittsland der EU



Quelle: Repräsentative Umfragen in allen EU-Mitgliedsländern von Mai bis Juni 2007, Eurobarometer, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_285_de.pdf

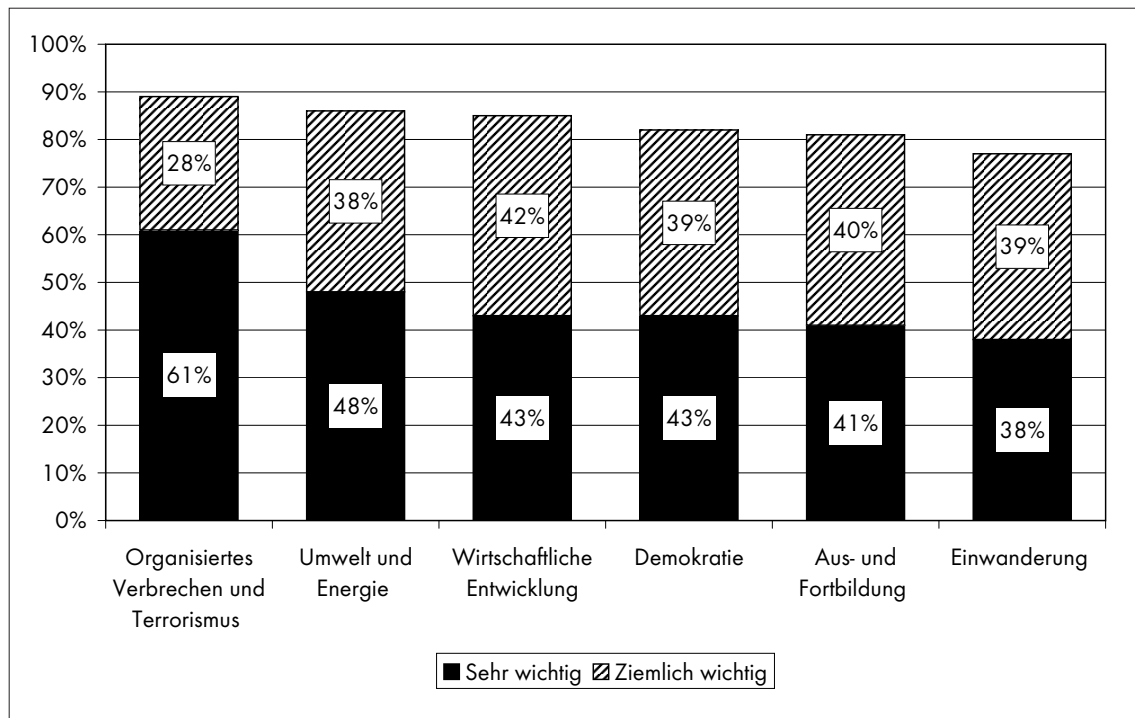
Die Einschätzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik durch die EU-Bevölkerung

Grafik I-3: Haben Sie schon mal etwas von der Politik der Europäischen Union gegenüber ihren Nachbarländern, genannt Europäische Nachbarschaftspolitik, gehört?



Quelle: Repräsentative Umfragen in allen EU-Mitgliedsländern von Mai bis Juni 2007, Eurobarometer, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_285_de.pdf

Grafik I-4: Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob Sie es für sehr wichtig, ziemlich wichtig, nicht so wichtig oder überhaupt nicht wichtig halten, dass die EU besondere Beziehungen zu diesen Ländern unterhält im Hinblick auf ...



Quelle: Repräsentative Umfragen in allen EU-Mitgliedsländern von Mai bis Juni 2007, Eurobarometer, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_285_de.pdf

II: Die Ukraine und die NATO

Zur Reform der Streitkräfte der Ukraine

Von Martin Malek, Wien

Zusammenfassung

Der Beitrag behandelt den Verlauf der Reform der Streitkräfte der Ukraine seit 1991 mit dem Schwerpunkt auf den Entwicklungen seit der Orangen Revolution. Er fasst jenen Abschnitt zusammen, der den Streitkräften im Koalitionsabkommen der »Orangen Parteien« von 2008 gewidmet ist, veranschaulicht die Personalentwicklung ab 2005 sowie den Ausrüstungsstand von 2007 und skizziert das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft als Faktor der Streitkräftereform. Deren Zwischenbilanz wird durch die unzureichende Finanzierung des »Staatlichen Programms zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011« getrübt.

Ausgangsposition und Phasen der Reform

Ende 1991 war in der Ukraine ein signifikanter Teil der Sowjetstreitkräfte stationiert, konkret 780.000 Mann, 6.500 Panzer, fast 7.000 Panzerfahrzeuge, ca. 1.500 Kampfflugzeuge, ca. 350 Kriegsschiffe der Schwarzmeerflotte sowie 1.272 strategische und fast 2.500 taktische Atomsprenköpfe. Beim Zerfall der UdSSR unterstellte sich die Ukraine die gerade auf ihrem Territorium stationierten Einheiten der Sowjetarmee (mit Ausnahme der Kernwaffen) und machte sie zur Grundlage ihrer Nationalarmee. Diese ist seit damals in einem praktisch permanenten Prozess der Umstrukturierung und zahlenmäßigen Reduzierung begriffen. Das Verteidigungsministerium in Kiew unterscheidet dabei vier Etappen:

- 1.) Formierung der Streitkräfte der unabhängigen Ukraine (1991 – 1996): Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Streitkräfte, Verabschiedung der ersten Militärdoktrin (1993), erste Strukturreformen, Einrichtung von Leitungssystemen (mit Bildung eines Verteidigungsministeriums, eines Generalstabes usw.), erhebliche Reduzierungen der Mannschaftsstärken (1991–96 um fast 410.000 Personen) und der Hardware (so z. B. um 600 Kampfflugzeuge, fast 250 Hubschrauber, 2.400 Panzer und 2.000 Panzerfahrzeuge). Mit Juni 1996 waren alle Kernwaffen aus der Ukraine abgezogen.
- 2.) Weiterer Aufbau der Streitkräfte (1997 – 2001): Am 20. Januar 1997 verfügte Präsident Leonid Kutschma per Erlass das »Staatliche Programm für Aufbau und Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine bis zum Jahr 2005«. Am 28. Juli 2000 bestätigte Kutschma per Erlass ein »Staatliches Programm zur Reformierung und Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine bis zum Jahr 2005«. Ende des Jahres 2000 waren die Streitkräfte noch 310.000 Soldaten und 90.000 zivile Angestellte stark.
- 3.) Reform und Entwicklung der Streitkräfte (2001 – 2005): Arbeit an der Umsetzung des Staatlichen Programms von 2000, Fortsetzung von Reform und personeller Reduzierung, Verabschiedung einer neuen Militärdoktrin (2004), bis 2005 Zusammenlegung von Luftwaffe und Luftverteidigung (seither setzen sich die Streitkräfte nach Artikel 3 des erstmals 1991 beschlossenen und bis 2008 mehrfach geänderten Gesetzes »Über die Streitkräfte der Ukraine« aus dem Generalstab, den drei »klassischen« Teilstreitkräften Landheer, Luftwaffe und Kriegsmarine sowie Einheiten, Truppenteilen, Ausbildungsstätten und Organisationen zusammen, die nicht zu den Teilstreitkräften gehören). Mit der Orangen Revolution und der daraus resultierenden Präsidentschaft von Viktor Juschtschenko änderten sich 2005 die Rahmenbedingungen (auch) für die Militärreform erheblich – u. a. deswegen, weil die neue Führung ihre Absicht bekundete, der NATO beizutreten.
- 4.) Entwicklung der Streitkräfte (2006 – 2011): Am 28. Dezember 2005 bestätigte Juschtschenko per Erlass ein »Staatliches Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011«. Die wichtigsten Problemkreise der Reform der Streitkräfte nach diesem – in ukrainischen Analytikerkreisen nicht unumstrittenen – Dokument betreffen dem Weißbuch des ukrainischen Verteidigungsministeriums für 2007 zufolge das Leitungssystem der Streitkräfte, ihre Struktur und zahlenmäßige Stärke, die militärische Infrastruktur, die Vorbereitung der Truppen sowie Kader und militärische Ausbildung.

2007 war das zweite Jahr der Umsetzung des »Staatlichen Programms zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011«, das zu einer modernen und professionellen Armee führen und dem außenpolitischen Kurs der Orangen Führung – Annäherung an die euro-atlantische Integration mit dem Ziel von Mitgliedschaften in NATO und EU – Rechnung tragen soll.

Die Streitkräfte im Koalitionsabkommen von 2008

Der Abschnitt »Moderne Streitkräfte« im Arbeitsprogramm der Koalitionsregierung aus den Blöcken Julia Timoschenkos und Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes nennt u. a. folgende »strategische Prioritäten« von Reform und Entwicklung der Streitkräfte:

- Annäherung von Leitungssystemen, Bemannung, Ausbildungsniveau und Ausrüstung mit Waffen und Rüstungstechnik an die Standards der NATO-Mitglieder;
- Abschluss des Übergangs auf den Militärdienst nach Vertrag (d. h. auf eine Berufsarmee);
- die Militärorganisation des Staates und die Rüstungsindustrie sollen adäquat auf Bedrohungen der nationalen Sicherheit im militärischen Bereich reagieren können;
- Ausrüstung der Streitkräfte mit neuen Waffen, Modernisierung vorhandener;
- Integration der Ukraine in europäische und euro-atlantische kollektive Sicherheitssysteme;
- Umsetzung eines effektiven Mechanismus zur demokratischen und zivilen Kontrolle über den Stand von Reform und Entwicklung der Streitkräfte und den Umbau des Sicherheitssektors im Ganzen;
- soziale Absicherung jener Militärangehörigen, die in die Reserve oder den Ruhestand versetzt werden;
- Verstärkung der militär-patriotischen Erziehung der Bevölkerung.

Zur Realisierung dieser Ziele sieht die Regierung u. a. vor:

- Ausarbeitung von gesetzlichen Grundlagen, welche die Streitkräfte von der Wahrnehmung von ihnen an sich nicht zukommenden Funktionen (so z. B. Verkauf von überschüssiger militärischer Ausrüstung) entbinden;
- volle Durchführung der Maßnahmen zur Zusammenarbeit mit der NATO;
- Sicherung der staatlichen Finanzierung der Streitkräfte entsprechend dem »Staatlichen Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011«;
- Entwicklung, Produktion und Ankauf von Waffen und Rüstungstechnik als Grundlage einer Modernisierung der Streitkräfte und der Entwicklung der ukrainischen Rüstungsindustrie;
- Schaffung der gesetzlichen Grundlagen der Fortsetzung der Teilnahme der Ukraine an der militärischen und militär-technischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten;
- Umsetzung eines Mechanismus zur Kreditvergabe an Militärangehörige mit dem Ziel, die Zahl der Wohnungssuchenden aus diesem Kreis zu reduzieren.

Personalentwicklung

Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte wird entsprechend den Vorgaben des staatlichen Programms und anderen einschlägig bedeutenden Festlegungen reduziert. Die konkreten Zahlen zeigt Tabelle II-1 auf Seite 30.

Bisher gilt in der Ukraine die Wehrpflicht; der Wehrdienst dauert zwölf Monate (für Hochschulabsolventen bis zu neun Monate), in der Kriegsmarine bis zu 18 Monate. Die Staatsführung strebt jedoch eine »Professionalisierung« der Streitkräfte an, worunter u. a. eine Rekrutierung von Personal auf Vertragsbasis zu verstehen ist. Der entsprechende Plan wurde nach dem Weißbuch des Verteidigungsministeriums 2006 zu 94 % und 2007 zu 101,8 % erfüllt. 2007 dienten fast 51.000 Personen in den Streitkräften nach Vertrag. Das »Staatliche Programm zum Übergang der Streitkräfte der Ukraine zur Rekrutierung von Militärangehörigen, die Militärdienst per Vertrag absolvieren« (verfügt durch Präsidialerlass vom 17. April 2002) war ursprünglich bis zum Jahr 2015 angelegt. 2005 fiel aber die Entscheidung, die Überführung der Streitkräfte auf das Vertragssystem zu beschleunigen und bereits 2010 abzuschließen. Das fand im »Staatlichen Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011« dann auch seinen Niederschlag.

Die Streitkräfte sollen im Jahr 2011, also zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit der Ukraine, in »Vereinte schnelle Eingreifkräfte« (bis zu 29.000 Mann), »Haupt-Verteidigungskräfte« (bestehend aus »Aufwuchskräften« mit 20.000 und »Stabilisierungskräften« mit 45.000 Mann) sowie Truppenreserven (20.000 bis 30.000 Mann) gegliedert sein. Einen Überblick über die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte gibt Tabelle II-2 auf Seite 31.

Ausrüstung

Die Ausrüstung besteht derzeit noch ganz überwiegend aus Waffen aus der Sowjetzeit und aufgrund sowjetischer Standards in postsowjetischer Zeit gefertigten Geräten. Das Verteidigungsministerium möchte seinem Weißbuch zufolge Waffensysteme in allen Teilstreitkräften modernisieren, darunter den Panzertyp T-64 BM »Bulat«; die Raketen »Toschka-U«; die Hubschrauber Mi-14, Mi-24 und Ka-27; die Flächenflugzeuge An-24,

An-26, An-30, L-39, Su-24, Su-25, Su-27 und MiG-29; die Luftabwehrkomplexe S-300 und 9K37 »Buk«; die Kriegsschiffe »Hetman Sahajdatschny« und »Luzk« usw. Konkrete Vorgaben für den Ausrüstungsbereich macht das »Staatliche Programm für Entwicklung von Bewaffnung und Militärtechnik der Streitkräfte bis zum Jahr 2015«.

Nach den Taschkenter Vereinbarungen vom Mai 1992, die die Quoten der früheren UdSSR im Rahmen des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) auf die betroffenen früheren Sowjetrepubliken aufteilen, dürfte die Ukraine 450.000 Mann, 4.080 Panzer, 5.050 Panzerfahrzeuge, 4.040 Artilleriegeschütze, 1.090 Kampfflugzeuge und 330 Kampfhubschrauber unterhalten. Sie liegt aber in allen Kategorien erheblich darunter, wie Tabelle II-3 auf Seite 31 zeigt.

Das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft als Faktor der Streitkräftereform

Das Ziel der Vollmitgliedschaften in EU und NATO war bereits im Gesetz »Über die Grundlagen der nationalen Sicherheit der Ukraine« vorgesehen gewesen (Artikel 8). Es stammt aus dem Jahr 2003, als Viktor Janukowitsch erstmals Premierminister war. Die ursprüngliche Fassung der Militärdoktrin von 2004 hatte das Ziel eines NATO-Beitritts enthalten. Kutschma entfernte es dann, doch Juschtschenko fügte es wieder in das Dokument ein. Das »Staatliche Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011« entstand bereits unter Berücksichtigung von NATO-Expertise. Die in außen- und sicherheitspolitischen Fragen wenig versierte Ministerpräsidentin Timoschenko hatte klare Aussagen zur NATO lange vermieden bzw. sich widersprüchlich geäußert, stellte sich aber schließlich hinter das Ziel einer Mitgliedschaft – so auch im derzeit gültigen Koalitionsabkommen von 2008: Der Abschnitt »Die Ukraine und die Welt« nennt explizit das Ziel eines NATO-Beitritts – »bei Erhalt gleichberechtigter und gutnachbarlicher Beziehungen mit der Russländischen Föderation und anderen Nachbarländern«.

Das Abkommen macht den NATO-Beitritt aber vom Ergebnis einer Volksabstimmung abhängig, und eine solche würden zweifellos die NATO-Gegner für sich entscheiden: Sämtliche Meinungsumfragen zeigen eine große Mehrheit gegen die NATO, wie auch die Grafiken II-1 und II-2 auf Seite 35 und 36 zeigen, und das dürfte sich auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern – ungeachtet der Bemühungen, welche Präsident und Regierung unternommen haben, um die öffentliche Meinung in der Ukraine zugunsten der NATO zu beeinflussen. Insbesondere im Osten des Landes starke oppositionelle Kräfte – und konkret die Partei der Regionen Janukowitschs sowie die Kommunisten – wenden sich entschieden gegen einen NATO-Beitritt.

Dazu kommt der »russische Faktor«: Hochrangige Moskauer Offizielle haben zwecks Untermauerung ihrer Warnungen vor der NATO immer wieder massive Drohungen an die Adresse der Ukraine gerichtet. Präsident Wladimir Putin sprach von Raketen, die auf das Land gerichtet werden könnten, und andere prominente Stimmen (so etwa der Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow) stellten – nicht zum ersten Mal – eine Abspaltung der Halbinsel Krim und/oder der östlichen Landesteile von der Ukraine in den Raum. Offenkundig auch und gerade unter dem Eindruck des ebenso schroffen wie selbstbewussten Agierens des Kremls verwehrte die NATO bei ihrem Gipfeltreffen in Bukarest im April 2008 der Ukraine einen Membership Action Plan (MAP).

Es wäre aber ohnedies unklar, wie die Ukraine angesichts der zumindest noch bis 2017 andauernden Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim (mit 13.000 Mann im Jahr 2007) einem Militärbündnis beitreten sollte. Aus allen diesen Gründen ist ein NATO-Beitritt der Ukraine in der überschaubaren Zukunft sehr unwahrscheinlich – ganz unabhängig von der Wünschbarkeit eines solchen Schrittes für die Ukraine selbst, das Bündnis oder die gesamteuropäische Sicherheit.

Nichtsdestotrotz sollen die ukrainischen Streitkräfte (und u. a. die Bereiche Führung, Stabsprozeduren, Ausbildung und Schulung, Technik und Standardisierung) nach allen den Sicherheitssektor betreffenden Dokumenten der Juschtschenko-Führung im Zuge der laufenden Reformen auf NATO-Standards umgestellt werden. So machte das Weißbuch des Verteidigungsministeriums für 2007 explizit, dass die Leitung der Streitkräfte »unter Berücksichtigung der Standards der Streitkräfte der fortgeschrittenen Länder Europas und des Nordatlantikpakts« zu optimieren ist: »Die Struktur des Generalstabes nähert sich den Strukturen der Stäbe der Streitkräfte der NATO-Staaten an«. Im Generalstab gibt es eine Verwaltung für Euroatlantische Integration. Das Weißbuch setzt fort, dass »die Leitungsorgane der Armeekorps auf neue Organisationspläne übergeführt werden, die an NATO-Standards angenähert sind«.

Zudem möchte man – so heißt es z. B. in einer Anlage zu einem Erlass Juschtschenkos über die Kooperation mit der NATO vom 18. Juni 2007 – eine Interoperabilität der Streitkräfte der Ukraine mit der NATO erreichen. Offenbar dient auch die Betonung der Notwendigkeit von ziviler Kontrolle über die Streitkräfte in praktisch allen sicherheitspolitisch relevanten Dokumenten sowie im derzeit gültigen Programm der Koaliti-

onsregierung von 2008 der Annäherung an die NATO, denn diese Frage besitzt in den meisten anderen GUS-Mitgliedsländern sichtlich keine Priorität.

Kooperation mit der NATO in der Reform des Sicherheits- und Verteidigungssektors bedeutet nicht, dass das entsprechende Land der Allianz »zwangsläufig« beitreten wird oder »muss«. Ohne Berücksichtigung von NATO-Vorstellungen ist ein Beitritt aber von vornherein unmöglich. Sie werden institutionalisiert auch und gerade über die NATO-Ukraine Joint Working Group on Defence Reform (JWGDR) vermittelt, die 1998 unter den Auspizien der NATO-Ukraine-Kommission entstand. Der NATO-Homepage zufolge ist die Kooperation mit der Ukraine »in the area of defence and security sector reform (...) more extensive than with any other Partner country«. Erwähnenswert ist auch die 2006 ins Leben gerufene NATO-Ukraine Working Group on Civil and Democratic Control of the Intelligence Sector, die Kiew dabei unterstützen soll, seine Geheimdienste so zu reformieren, dass sie den Anforderungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates voll entsprechen.

Zwischenbilanz der Reform

Besondere Aufmerksamkeit widmet das Weißbuch des Verteidigungsministeriums für 2007 der Verbesserung der Kommandostrukturen der Streitkräfte. Es merkt dazu an, dass sich diese »erheblich« an jene Parameter angenähert haben, die das »Staatliche Programm der Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011« vorsieht. Dieses leidet aber – wie das Weißbuch selbst einräumt – unter einer erheblichen Unterfinanzierung. »Vijsko Ukrainy«, ein offizielles Organ des Verteidigungsministeriums, meinte in seiner Ausgabe Nr. 4/2008 sogar, dass deswegen »sehr wichtige Maßnahmen zur Hebung der Kampfbereitschaft der Streitkräfte« nicht ergriffen werden können.

Die Wohnungsnot von Soldaten ist und bleibt ein ernsthaftes Problem. Anfang 2008 verfügten 52.000 Soldaten über keine eigenen Wohnungen. Anfang 2008 erklärte Verteidigungsminister Jurij Jechanurow, dass die Wohnungsfrage das Hauptproblem bei der Umstellung auf eine Berufsarmee sei. Er musste einräumen, dass die entsprechenden Planungen bis 2011 nicht einzuhalten sind. Seine Stellvertreterin Nadija Dejewja beklagte alleine 2006–2007 einen Fehlbestand von 9.500 Wohnungen.

Dennoch zog das Weißbuch eine tendenziell positive Zwischenbilanz: Die vom »Staatlichen Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine in den Jahren 2006–2011« vorgesehenen Maßnahmen seien 2006/2007 »im Ganzen erfüllt« worden. Die ukrainische Armee würde sich an die für 2011 vorgesehenen Parameter annähern. Und die NATO meinte Ende 2007 auf ihrer Homepage: »Overall, good progress is being made and it is likely that the main targets set in the Ukrainian State Programme 2006–2011 are likely to be met, despite shortfalls in the resources allocated«.

Über den Autor:

Martin Malek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Seine Arbeitsgebiete sind Krisen und Konflikte in der GUS, Außen- und Sicherheitspolitik der GUS-Mitglieder sowie failed-states-Theorien.

Statistiken zu den ukrainischen Streitkräften

Tabelle II-1: Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Ukraine 2005–2008

	2005	2006	2007	2008*
Soldaten	180.000	165.000	152.000	148.000
Zivilisten	65.000	56.000	48.000	43.000
Gesamtzahl	245.000	221.000	200.000	191.000

Quelle: Bila knyha 2007. Oboronna polityka Ukrainy. Kyjiv 2008, S. 110.

* Vorgaben des Gesetzes »Über die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Ukraine für das Jahr 2008«.

Grafik II-1: Truppenstärke der ukrainischen Armee 1991–2008

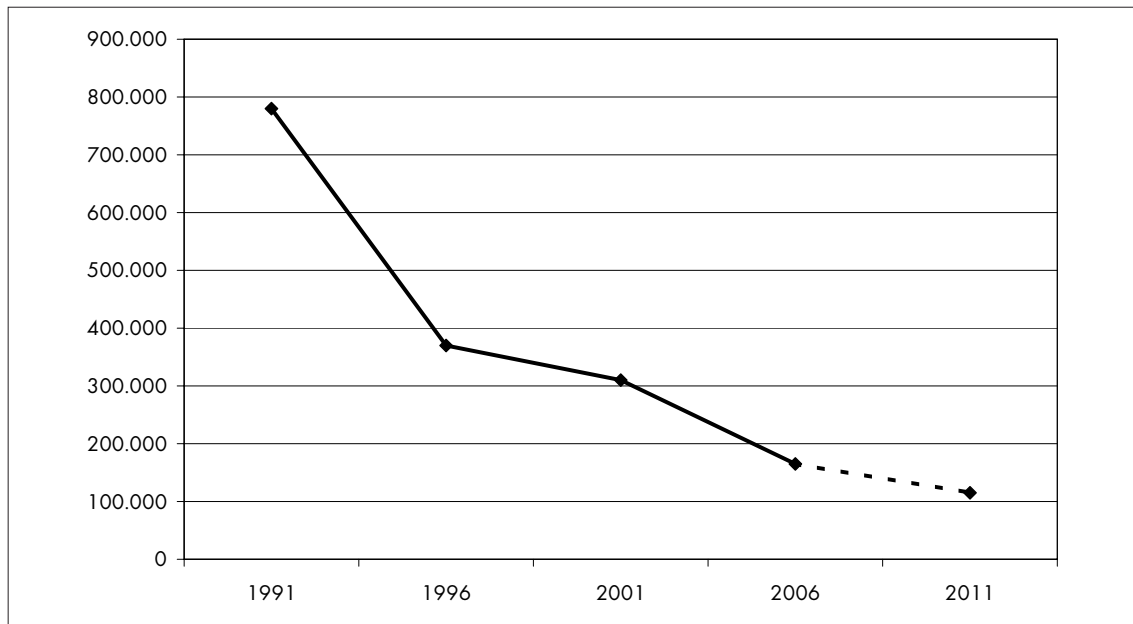


Tabelle II-2: Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Ukraine 2006 und 2011

	2006	2011 (Plan)
Landheer	88.000 gesamt	60.000, davon 52.000 Soldaten (in 16 Brigaden)
Luftwaffe	51.000 gesamt	35.000, davon 32.000 Soldaten
Kriegsmarine	20.000, davon 15.000 Soldaten	11.000 Soldaten
Streitkräfte gesamt	221.000, davon 165.000 Soldaten und 56.000 Zivilisten	140.000, davon 115.000 Soldaten und 25.000 Zivilisten

Quelle: *Cilovy plan Ukrajinu – NATO na 2007 rik u ramkach Planu dij Ukrajinu – NATO. Dodatok do Ukazu Prezidenta Ukrajinu vid 18 červnja 2007 roku, No 535/2007*, <http://www.mfa.gov.ua/data/upload/publication/mfa/ua/11960/plan2007.doc> (abgerufen 5.5.2008).

Tabelle II-3: Die Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte 2007

Landheer	2.984 Kampfpanzer, über 600 Aufklärungspanzer BRDM-2, 2.818 Panzerfahrzeuge der Infanterie, 1.432 gepanzerte Mannschaftstransporter, 3.705 Artilleriegeschütze, 177 Hubschrauber usw.
Luftwaffe	116 Kampfflugzeuge, 72 Erdkampfflugzeuge, 23 Aufklärungsflugzeuge, 49 Transportflugzeuge, 39 Trainingsflugzeuge, 38 Unterstützungshubschrauber
Kriegsmarine	1 U-Boot (gebaut 1970, nicht einsatzfähig), 5 größere Überwasserschiffe (1 Fregatte, 4 Korvetten), 5 Schiffe für Patrouillen und Kampf nahe der Küste, 4 Fahrzeuge für die Minenkriegführung, 4 amphibische Fahrzeuge (je 2 Landungsschiffe und Luftkissenboote), 36 Schiffe für Logistik und Unterstützung
Marineluftwaffe (Teil der Kriegsmarine)	10 Kampfflugzeuge, 16 Transportflugzeuge, 77 Hubschrauber (davon 72 für die Bekämpfung von Schiffen)
Küstenwache (kein Teil der Kriegsmarine)	45 Schiffe für Patrouillen und Kampf nahe der Küste, einige Flächenflugzeuge und Hubschrauber

Quelle: *Military Balance 2008. International Institute for Strategic Studies, London 2008, S. 188ff.*

Die Krim als neuer »Frozen Conflict«?

Von Rainer Lindner, Berlin/Konstanz

Der Krimkonflikt belastet als Stellvertreter-Konflikt die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. Seitdem sich die Ukraine offen um die Perspektive eines Nato-Beitritts bemüht und darauf drängt, dass der auf 2017 festgelegte Termin für den Abzug der russischen Schwarzmeerflotte aus dem Militärhafen von Sewastopol eingehalten wird, befinden sich die Ukraine und Russland im offenen Streit über die Perspektiven der Halbinsel. Entscheidende Konfliktgeneratoren sind: die divergierenden sicherheitspolitischen Interessen Russlands und der Ukraine in der Schwarzmeerregion, die Beanspruchung der Halbinsel durch patriotisch-nationalistische Vertreter der russischen Politik, die widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen russischer Investoren und ukrainischer Oligarchen, die Kollision von Interessen der Nato und Russlands im Kontext der Nato-Erweiterungsdiskussion und die ungeklärte Frage des Standorts der Schwarzmeerflotte.

Als die ersten Schiffe der Schwarzmeerflotte unmittelbar nach Ausbruch des Konflikts von Sewastopol in Richtung georgische Schwarzmeerküste ausliefen, sah sich die Ukraine in den Konflikt »hineingezogen«. Zunächst wollte der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko die Wiedereinfahrt des Raketenkreuzers »Moskwa« nach Sewastopol verhindern. Er besann sich jedoch und verfügte am 13. August 2008, dass der Ukraine eine stärkere Kontrolle über die Bewegung von Schiffen und Flugzeugen der russischen Schwarzmeerflotte vorzubehalten sei. Sein Beschluss sieht vor, dass die ukrainischen Sicherheitsorgane künftig 72 Stunden vorher über geplante Schiffs- und Flugzeugbewegungen der Schwarzmeerflotte informiert werden müssten. Russlands Präsident Medwedjew verbat sich hingegen eine solche Einmischung in die operativen Planungen der russischen Marine und verwies auf die bestehenden Verträge. Der seit längerem schwelende Streit über die Schwarzmeerflotte erreichte mit dem Georgienkonflikt eine neue Dimension.

Russland ist nicht bereit, über eine Vorverlegung des für 2017 geplanten Termins für den Abzug der Schwarzmeerflotte zu verhandeln. Viktor Tschernomyrdin, der Sondergesandte des russischen Präsidenten und Botschafter in der Ukraine, ließ daran im Juni 2008 keinen Zweifel. Die Schwarzmeerflotte sichere »die südliche Grenze Russlands«. Die Staatsduma ging in einer Note an Präsident und Regierung zu den russisch-ukrainischen Beziehungen noch einen Schritt weiter. Mit Blick auf die »unfreundliche Politik« Kiews gegenüber Moskau kündigte das russische Parlament an, jede weitere Annäherung der Ukraine an die Nato als einseitige Aufkündigung des Freundschaftsvertrags durch den Nachbarn anzusehen. In der Ukraine wurde diese Position Russlands von der »Partei der Regionen« und den Kommunisten ausdrücklich begrüßt. Damit könnte die Krim im Falle einer zügigen Annäherung Kiews an die Nato zur unmittelbaren Konfliktzone der Nachbarstaaten werden: Sollte sich Russland vertraglich nicht mehr an das Abzugsdatum 2017 gebunden fühlen, erscheint eine Zuspitzung der politischen Beziehungskrise unausweichlich. Die auf der Krim lebenden Russen betrachten die Schwarzmeerflotte als wichtigen Stabilitätsfaktor und sammelten bereits im Mai 2008 mehr als eine Million Unterschriften, mit denen sie für den Verbleib der Flotte über 2017 hinaus votierten. Solange die Flotte vor Anker liege, seien ihre Rechte geschützt.

Der Konflikt in Georgien hat nicht nur bei den ethnischen Russen der Ukraine Ängste geschürt. Nach dem Ende der Kampfhandlungen sahen immerhin 44 % der Gesamtbevölkerung der Ukraine den Verbleib der Flotte als »Friedensgarantie« an. Offenkundig weicht das Streben der Präsidialadministration in Kiew nach einem schnellen Flottenabzug von den Wünschen der Bevölkerungsmehrheit ebenso ab wie das Bemühen um eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine. Lediglich 18 % der Ukrainer unterstützten Ende August 2008 eine solche Beitrittsperspektive dezidiert. (Die Umfrageergebnisse werden ab Seite 35 ausführlich dokumentiert.)

Insbesondere die auf der Krim lebenden Russen werden vom Kreml – wie auch in den Fällen Südossetien, Abchasien und Transnistrien – gern als Argument für den russischen Anspruch auf Mitgestaltung in der Ukraine genutzt. Zuletzt meldeten sich auch prominente Stimmen zu Wort, die die Staatlichkeit der Ukraine grundsätzlich in Frage stellten. Vladimir Putins Äußerung am Rande des Nato-Gipfels von Bukarest im April 2008, die Ukraine sei kein »vollwertiger Staat«, heizte die Gemüter in Kiew an und nährte die Befürchtungen in der Ukraine, dass sich das Eiland abspalten könnte. Ein Drittel der Ukrainer war nach einer im März 2008 veröffentlichten Umfrage der Ansicht, dass der Krim eine ähnliche Entwicklung bevorstehe, wie sie das Kosovo durchlaufen habe, und wertete damit eine Abspaltung als realistische Möglichkeit. Neben historisch-symbolischen Faktoren wirken hier insbesondere widerstreitende Wirtschaftsinteressen: Der Ukraine ist an einer Erhöhung der Pacht für die Schwarzmeerflotte bis 2017 gelegen, Russland lehnt dies jedoch ab; zweitens wird in der Ukraine der ausufernde Erwerb von Immobilien auf der Krim durch russische Staatsbürger zunehmend als Festschreibung langfristiger Interessen wahrgenommen.

Russland und die Ukraine durchlaufen einen Krisenrhythmus, der energie- und sicherheitspolitische Fragen wechselweise auf die Agenda befördert. Der facettenreiche Krimkonflikt kann jederzeit eskalieren und eine zugespitzte Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine auslösen. Dabei ist allerdings nicht mit militärischen, sondern eher mit politischen oder wirtschafts- und energiepolitischen Konflikten zu rechnen.

EU und Nato müssen auf eine Beilegung der Machtkämpfe in der Ukraine drängen und die Verhandlungsziele mit der Ukraine (Assoziierungsabkommen, MAP) an eine innere politische Stabilität binden. Im Blick auf die russisch-ukrainischen Beziehungen wird für eine diplomatische Offensive im Rahmen der EU und der OSZE plädiert, die Russland und die Ukraine einbindet und sie auf die Einhaltung des zwischen beiden Ländern geschlossenen »Freundschaftsvertrags« verpflichtet, einschließlich des darin vereinbarten Datums für den Abzug der Schwarzmeerflotte. Weder eine Infragestellung des Abzugs von russischer Seite noch eine Beschleunigung des Prozesses durch die Ukraine sind hilfreich. Zugleich sollte für den Zeitraum bis 2017 von einer Aufnahme der Ukraine in die Nato abgesehen werden, ohne jedoch die Bemühungen um die Vorbereitung der Ukraine auf diesen Schritt zu vermindern; gefordert ist nicht zuletzt Vertrauensbildung bei der Nato-skeptischen Bevölkerungsmehrheit. Eine vollständige Entkoppelung der Nato-Russland- und Nato-Ukraine-Beziehungen wäre problematisch, und dies nicht erst angesichts der aktuellen Krise; vielmehr sollten gemeinsame Sicherheitsbemühungen Russlands und der Ukraine im Schwarzmeerraum angemahnt werden.

Über den Autor

Prof. Dr. Rainer Lindner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik SWP in Berlin. Hier leitet er u. a. den Arbeitskreis Ukraine. Rainer Lindner unterrichtet zusätzlich als außerplanmäßiger Professor das Fach Osteuropäische Geschichte an der Universität Konstanz. Bei dem Text handelt es sich um die gekürzte Version eines Beitrages für eine aktuelle Kurzstudie der SWP.

Die Beziehungen der Ukraine mit der NATO

1991	Die formellen Beziehungen zwischen Ukraine und NATO beginnen mit dem Eintritt in den »North Atlantic Cooperation Council« (später in »Euro-Atlantic Partnership Council« umbenannt) nach Erlangung der Unabhängigkeit.
1994	Die Ukraine wird als erster GUS-Staat Mitglied in der »Partnership for Peace« (PfP).
1996	Ukrainische Soldaten nehmen an dem NATO-geführten Friedenstruppen-Einsatz in Bosnien und Herzegowina teil.
09.07.1997	Verabschiedung der NATO-Ukraine Charta in Madrid: Militärische Partnerschaft zwischen NATO und Ukraine und Gründung der NATO–Ukraine Beziehungen.
1998	Die »NATO–Ukraine Joint Working Group on Defence Reform« wird gegründet.
1999	Das NATO-Verbindungsbüro wird in Kiew eröffnet. Es arbeitet mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium und anderen Agenturen zusammen.
2000	Das Ukrainische Parlament ratifiziert das »PfP Status of Forces Agreement«.
Mai 2002	Präsident Kuchma betont das Ziel der Ukraine einer eventuellen NATO-Mitgliedschaft.
22.11.2002	Der »NATO-Ukraine Aktionsplan« wird in Prag beschlossen.
03.06.2003	NATO-Ukraine Kommission in Madrid. Die Kommission trifft von nun an mindestens einmal jährlich zusammen.
April 2005	Der ukrainische Außenminister verkündet, dass die Ukraine der NATO im Jahr 2008 beitreten will. Verstärkte Zusammenarbeit ukrainischer, russischer und NATO-Truppen im Mittelmeer gegen mögliche Terrorangriffe.
29.05.2006	Vertreter der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei und des Blocks Witrenko beginnen eine mehrtägige Blockade des Hafens von Feodosija auf der Krim, nachdem dort zwei Tage zuvor ca. 200 US-Marine Reservisten mit einem gecharterten Transportschiff gelandet waren. Das Manöver fand ohne Zustimmung des ukrainischen Parlaments statt.

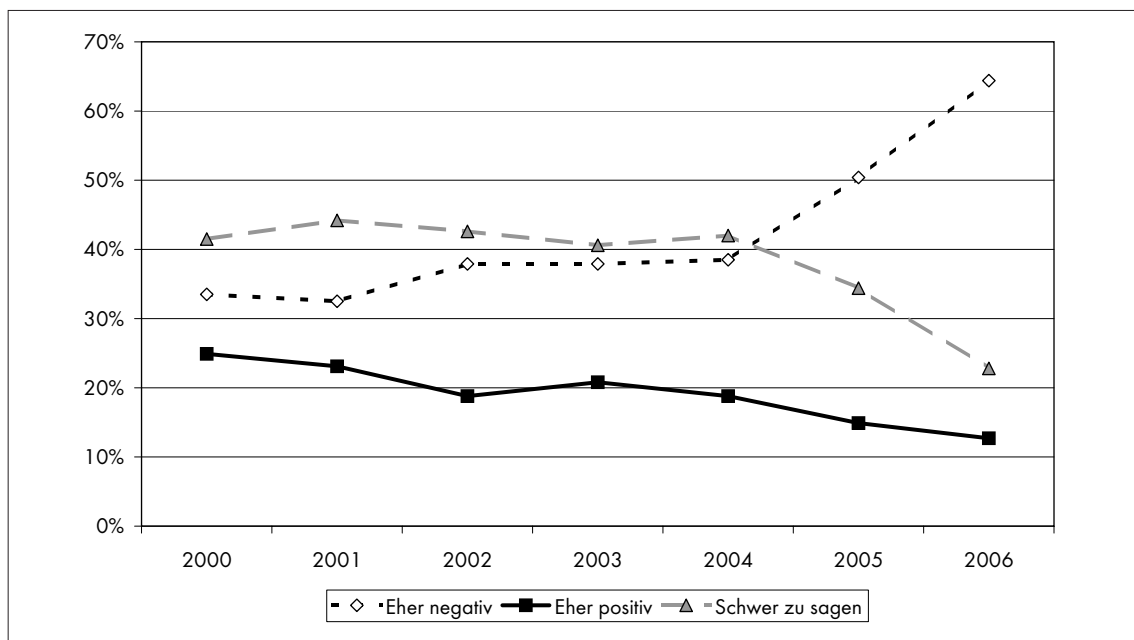
27.04.2006	NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer erklärt beim NATO-Außenministertreffen in Sofia, dass die Ukraine auf dem NATO-Gipfel im November 2006 in Riga eine Unterstützung seiner Mitgliedschaftsambitionen, jedoch noch keine Einladung zu Aufnahmeverhandlungen erhalten werde. Während die US-Außenministerin Condoleezza Rice sich nicht auf einen konkreten Termin für einen »Membership action plan« für die Ukraine festlegen wollte, erklärte der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko in Riga, er gehe davon aus, dass der Plan im November vorliegen werde. Der ukrainische Außenminister Boris Tarasjuk betont in Sofia, dass der Weg der Ukraine zur NATO-Mitgliedschaft »unumkehrbar« sei.
06.06.2006	Das Parlament der autonomen Region Krim erklärt sich zur NATO-freien Zone. Präsident Juschtschenko erklärt, dass dies nichts an den vereinbarten Kooperationen mit der NATO ändern werde.
14.09.2006	Bei seinem Besuch im NATO-Hauptquartier erklärt Ministerpräsident Viktor Janukowitsch, dass sich der NATO-Beitritt verzögern werde, da er von der Bevölkerungsmehrheit nicht getragen werde. Vertreter der Partei »Unsere Ukraine«, darunter Präsident Viktor Juschtschenko und Außenminister Boris Tarasjuk, widersprechen.
16.12.2006	An einem von der Kommunistischen Partei auf der Krim organisierten informellen Referendum über den ukrainischen NATO-Beitritt beteiligen sich etwa 900.000 Menschen, von denen etwa 98 % gegen den Beitritt stimmen.
13.02.2007	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt auf dem jährlichen Treffen mit den in Kiew akkreditierten ausländischen Botschaftern, dass die Ukraine den Sicherheitsdialog mit der NATO fortsetzt.
27.02.2007	Vor seinem offiziellen Besuch in Berlin kritisiert Ministerpräsident Viktor Janukowitsch in einem Interview mit dem Handelsblatt die Pläne der USA zum Aufbau eines Raketenschildes an der NATO-Ostgrenze. Er erklärt, dass die polnische Unterstützung des Plans für die Beziehungen zur Ukraine nicht hilfreich sei und warnt vor einer erneuten Teilung Europas wie zum Beginn des Irak-Krieges. Präsident Viktor Juschtschenko betont hingegen in einer Stellungnahme, dass es das Recht souveräner Staaten sei, über Raketenstationierungen selber zu entscheiden und dass entsprechende Entscheidungen von der ukrainischen Regierung nicht »leichtfertig« kommentiert werden sollten.
13.06.2007	Die ukrainische Regierung beschließt den »Aktionsplan Ukraine – NATO« für 2007 mit halbjähriger Verspätung.
18.01.2008	Außenminister Wladimir Ogrisko übergibt NATO Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer einen Antrag der Ukraine auf die Einsetzung eines »Membership Action Plan« für die Ukraine auf dem NATO-Gipfel im April in Bukarest. Das Schreiben wurde von Präsident Viktor Juschtschenko, Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und Parlamentspräsident Arseni Jazenjuk unterschrieben.
25.01.2008	Parlamentspräsident Arseni Jazenjuk lehnt ein baldiges Referendum über einen möglichen NATO-Beitritt der Ukraine ab. Der NATO-Beitritt werde erst in fünf bis zehn Jahren aktuell sein. Die Opposition blockiert aus Protest gegen diese Haltung seit dem 18.01. die Rednerbühne im Parlament.
14.02.2008	In Reaktion auf Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine und die Stationierung westlicher Truppen Russland zwingen könne, seine Raketen auf die Ukraine auszurichten, erklärt der ukrainische Außenminister Wladimir Ogrisko, dass die Ukraine niemals eine Bedrohung für Russland darstellen werde und dass die Stationierung ausländischer Truppen durch die ukrainische Verfassung ausgeschlossen sei.
25.03.2008	Russlands zukünftiger Präsident Medwedew warnt vor der Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO. Dies könne die Sicherheit in Europa gefährden.
29.03.2008	Protestkundgebung mit 5.000 Teilnehmern in Simferopol (Krim) gegen einen NATO-Beitritt.

01.04.2008	US Präsident George Bush besucht die Ukraine. Er unterzeichnet u. a. Abkommen über intensivierte Kooperation im militärischen Bereich. Bush bekräftigt seine Unterstützung für einen NATO-Beitritt der Ukraine.
02.– 04.04.2008	Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest wird der Vorschlag eines Membership Action Plan für die Ukraine abgelehnt. Entsprechende Vorschläge für Georgien und Mazedonien finden ebenfalls keine Mehrheit. Während sich insbesondere die USA und die westlichen Nachbarländer der Ukraine für einen Membership Action Plan eingesetzt hatten, waren Deutschland und Frankreich skeptisch. Präsident Viktor Juschtschenko äußert sich in Bukarest trotzdem erfreut über die grundsätzliche Bereitschaft die Ukraine in die NATO aufzunehmen und erklärt seine Hoffnung, dass die Ukraine im Dezember einen Membership Action Plan erhalten werde. Auf einer Demonstration mit 5.000 Teilnehmern in Kiew wirft Oppositionsführer Viktor Janukowitsch der Regierung vor, mit ihrer NATO-Politik die europäische Sicherheitslage zu destabilisieren. In Donezk protestieren etwa 6.000 Menschen gegen einen NATO-Beitritt.
05.04.2008	In einem Fernsehinterview erklärt Präsident Viktor Juschtschenko, dass er sich ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO in zwei Jahren vorstellen könne, da die Ukraine bis dahin auf die Mitgliedschaft ausreichend vorbereitet sei und auch die erforderliche nationale Debatte bis dahin stattgefunden habe.

Zusammengestellt von Stefan Langkabel

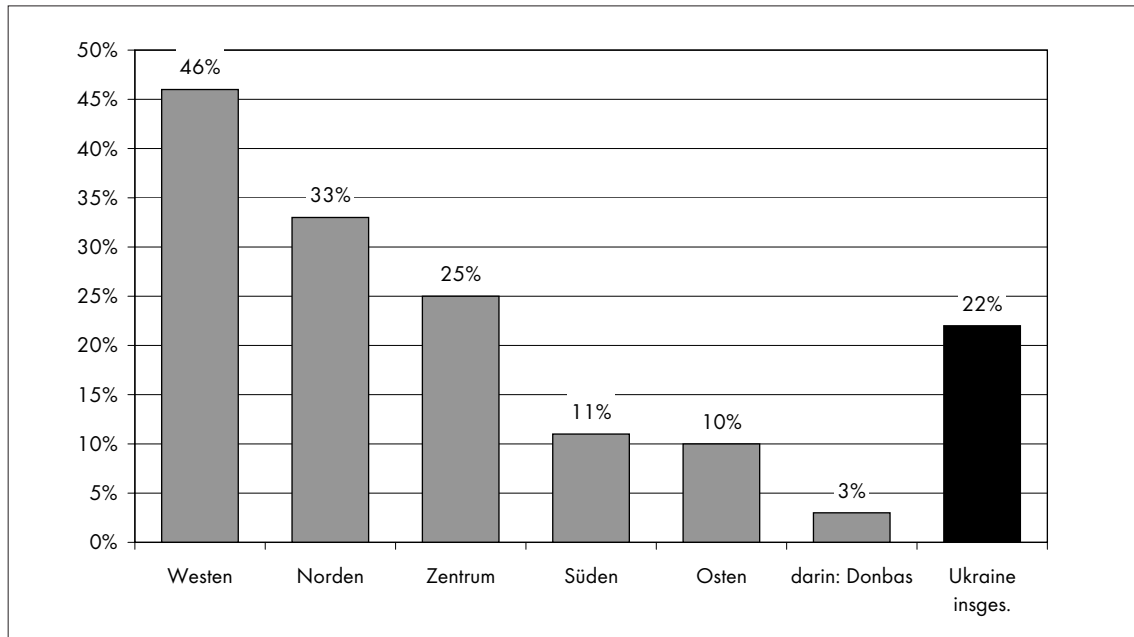
Quellen: <http://www.nato.int/issues/nato-ukraine/index.html>
<http://www.dw-world.de>, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Ukraine/Aussenpolitik.html#t2>
<http://de.rian.ru/postsowjetischen/20080329/102508751.html>.

Grafik II-2: Die Haltung der ukrainischen Bevölkerung zu einem NATO-Beitritt des Landes 2000–2006



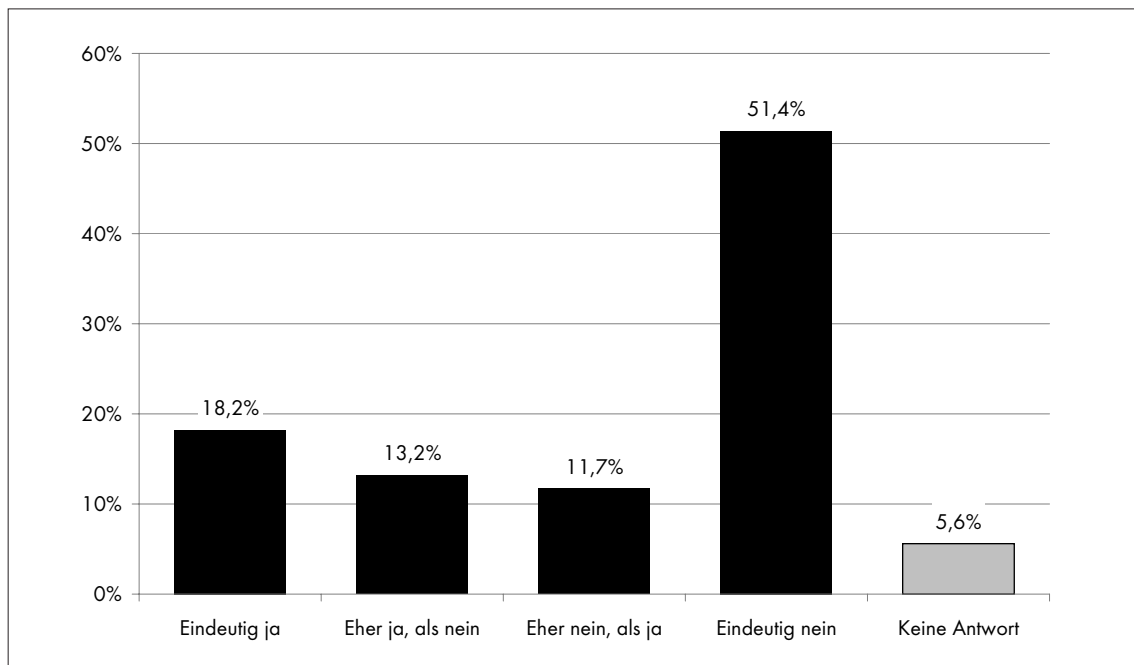
Quelle: Zentrum Demokratische Initiative (2007)

Grafik II-3: Zustimmung zu einem NATO-Beitritt im Falle eines Referendums nach Regionen (2006)



Quelle: Zentrum Demokratische Initiative (2007)

Grafik II-4: Was meinen Sie, soll die Ukraine in Anbetracht des russisch-georgischen Konfliktes der NATO möglichst schnell beitreten? (2008)



Quelle: Meinungsumfrage im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli« von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008. Insgesamt wurden 1200 Menschen telefonisch befragt.

http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

III: Die Ukraine und Russland

Die Ukraine und Russland – Scheidung auf Raten

Von Sabine Fischer, EU Institute for Security Studies, Paris

Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland haben seit der Orangen Revolution bedeutende Wandlungsprozesse durchlaufen. Während Moskau nicht mehr in der Lage ist, innenpolitische Entwicklungen in der Ukraine direkt zu beeinflussen, bestimmen informelle Elitenetzwerke, in die ukrainische Akteure ebenso verwoben sind wie russische, die ukrainische Politik nach wie vor mit. Die russische GUS-Politik hatte darüber hinaus entscheidenden Einfluss auf den regionalen Kontext, in dem die neue ukrainische Führung nach der Orangen Revolution Positionen zu besetzen versuchte. Eine aktivere Politik der EU in der östlichen Nachbarschaft könnte den Rahmen für eine erfolgreichere ukrainische Regionalpolitik schaffen.

Einleitung

Die Ergebnisse der vorgezogenen Parlamentswahlen vom September 2007 in der Ukraine geben nicht nur über Wandel und Kontinuität im Inneren des Landes Aufschluss; sie lassen auch Aussagen über das Verhältnis zu einem der wichtigsten und schwierigsten Nachbarn, der Russischen Föderation, zu. Drei Aspekte sind dabei besonders hervorzuheben:

Der Zugewinn von BJuT im ukrainischen Osten sowie der Stimmenzuwachs der Partei der Regionen in der Zentralukraine können als Indiz gewertet werden, dass sich die viel zitierte Spaltung des Landes offensichtlich abschwächt. Gleichzeitig verweisen sie auf den russischen Einflussverlust in der Ostukraine und darauf, dass die Partei der Regionen offensichtlich nicht mehr ausschließlich als Vertreterin des pro-russischen Teils der ukrainischen Bevölkerung wahrgenommen wird.

Wie bei den regulären Parlamentswahlen im März 2006 war im Wahlkampf vor dem 30. September 2007 keine direkte russische Einflussnahme auf die innenpolitischen Entwicklungen sichtbar. Weder unterstützten russische Experten und spin doctors ukrainische Kandidaten, noch gab der Kreml seine Präferenzen hinsichtlich des Ausgangs der Wahlen zu verstehen. Dies liegt zum einen daran, dass Moskau aus dem Debakel der Präsidentschaftswahlen 2004 seine Lehren gezogen hat. Andererseits ist man sich in Moskau jedoch auch darüber im Klaren, dass es in der Ukraine 2007 noch weniger als 2003/2004 eindeutig pro-russische politische Kräfte gibt.

In den ersten Tagen nach der Wahl schreckte Gazprom die ukrainische und europäische Öffentlichkeit mit der Drohung auf, Gaslieferungen einzustellen für den Fall, dass eine ukrainische Schuld von 1,3 Milliarden US-Dollar nicht binnen kurzer Frist zurückgezahlt würde. Der Schritt Gazproms in dieser Form und zu diesem Zeitpunkt kann als direkte Reaktion auf die steigende Wahrscheinlichkeit einer von Julia Timoschenko geführten Orangen Koalition gewertet werden. Er zeigt, dass russische Akteure nach wie vor bereit sind, die ihnen zur Verfügung stehenden Druckmittel einzusetzen, um Entwicklungen in der Ukraine im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

Die Ukraine zwischen Russland und der EU

Die Ukraine ist ein ethno-politisch geteiltes Land, das durch die Nachbarschaft der EU und Russlands in den vergangenen Jahren häufig zentrifugalen Tendenzen ausgesetzt war. Dennoch machen sich nicht nur in den Wahlergebnissen, sondern auch in anderen Entwicklungen Wandlungsprozesse bemerkbar, die dieser Teilung entgegenwirken. Gleichzeitig entsprach die in der europäischen Debatte häufig beschworene Spaltung des politischen Spektrums zwischen den pro-westlichen Orangen Parteien und der pro-russischen Partei der Regionen (im Verbund mit den Kommunisten und Sozialisten) weder vor noch nach der Orangen Revolution der Realität.

Bereits die Kutschma-Administration hatte keineswegs eine pro-russische Außenpolitik betrieben. Kutschmas »Multivektorenpolitik« war in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre darauf ausgerichtet, Westintegration mit der Sicherung funktionierender ukrainisch-russischer Beziehungen zu verknüpfen. Das ukrainische Verständnis weitgehender Annäherung an NATO und EU war dabei vor allem geopolitisch geprägt und erstreckte sich kaum auf die innenpolitischen Konsequenzen einer ernsthaft betriebenen Integration in die beiden Organisationen. An Russland, bis 2002/2003 selbst durch politische und wirtschaftliche Transformationskrisen geschwächt, machte die ukrainische Regierung gerade so viele Zugeständnisse, wie nötig waren, um

größere politische Konflikte zu verhindern. Diese Haltung änderte sich erst – und auch dies nur graduell – mit der zunehmenden Isolation des immer korrupter werdenden Kutschma-Regimes.

In den Präsidentschaftswahlen 2004 sollte die Unterstützung durch Präsident Putin als Ressource zum Machterhalt eingesetzt werden. Die Beliebtheit des russischen Präsidenten in der Ukraine schien diese Strategie zu rechtfertigen. Die Orange Revolution bewies jedoch sowohl den Verfechtern des Kutschma-Regimes und ihrem Kandidaten Janukowitsch, als auch Moskau, dass Teile der ukrainischen Gesellschaft nicht mehr bereit waren, das Regime zu tolerieren.

Die Ukraine und Russland nach der Orangen Revolution

Das Ende des Kutschma-Regimes brachte einen grundlegenden Wandel der Beziehungen mit Russland. Der neue ukrainische Präsident Juschtschenko verkündete nach seiner Wahl die Abkehr von Kutschmas Multivektorenpolitik und eine eindeutige Hinwendung zur euro-atlantischen Integration des Landes. Diese sollte auf drei Wegen erreicht werden:

- durch eine schnelle Intensivierung der Beziehungen mit EU und NATO, welche der Ukraine in nächster Zukunft eine Beitrittsperspektive eröffnen sollten;
- durch einen engeren Schulterschluss mit anderen post-sowjetischen Republiken, die ebenfalls nach Demokratisierung und Reform im Inneren sowie nach europäischer Integration strebten;
- durch die Schaffung einer neuen Grundlage für die Beziehungen zu Russland, die konstruktiv bleiben, jedoch aus der Zwangsjacke der Energieabhängigkeit herausgelöst werden sollten.

Ukraine-EU

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU können an dieser Stelle nicht ausführlich diskutiert werden. Trotz der Unterstützung Brüssels und der EU-Mitgliedsstaaten für die Orange Revolution blieb die Politik der EU weit hinter den ukrainischen Erwartungen zurück. Brüssel beharrte auf dem Verbleiben der Ukraine innerhalb der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), die ausdrücklich keine Mitgliedsperspektive eröffnet. Derzeit verhandeln Kiew und Brüssel über das »Enhanced Agreement«, welches das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1998 ablösen soll. Die ukrainische Kritik an den politischen Vorgaben der EU reißt nicht ab, während gleichzeitig die sehr niedrige Reformbereitschaft und -kapazität der ukrainischen Eliten weitergehende Zugeständnisse aus Brüsseler Sicht kaum rechtfertigen. Es ist nicht absehbar, wann es gelingen wird, diesen negativen Zirkelschluss zu durchbrechen. Gleichzeitig muss hervorgehoben werden, dass die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU gegenwärtig so intensiv sind wie noch nie seit Beginn der ukrainischen Eigenstaatlichkeit. Die ukrainische politische Elite verfügt heute über ein anderes Verständnis der EU sowie der innenpolitischen Implikationen einer Annäherung und Integration in die europäischen Strukturen. Die Attraktivität der EU hat nicht nur in den westlichen Landesteilen, sondern auch bei den Wirtschaftseliten und in der Bevölkerung der Zentral- und Ostukraine deutlich zugenommen, wie nicht zuletzt an den Wahlergebnissen oder den Aktivitäten beispielsweise eines Großunternehmers wie Viktor Pintschuk sichtbar wird.

Ukrainische Regionalpolitik

Die wahrscheinlich erfolgreichste und in Maßen wirksame Initiative, mit der die ukrainische Führung die Position als demokratische regionale Führungsmacht zu etablieren versuchte, war die Reaktivierung der GUAM. Die Organisation hatte in den Jahren vor der Orangen Revolution ein Schattendasein geführt und weder die Hoffnungen ihrer Mitgliedsstaaten noch die Erwartungen westlicher Unterstützer, besonders der USA, erfüllt. Juschtschenkos Ankündigung auf dem GUAM-Gipfel in Chisinau im April 2005, den losen Staatenverbund zu einer internationalen Organisation aufwerten zu wollen, löste einige Dynamik aus. Im Mai 2006 verabschiedeten die Mitgliedsstaaten das Statut der »Organisation für Demokratie und Entwicklung – GUAM«, welches die Interessengebiete der Vereinigung über wirtschaftliche Kooperation hinaus auf politische und Sicherheitsfragen ausdehnte. Die Mitgliedsstaaten begannen, über mögliche Kooperationsformen im Sicherheitsbereich, Friedenstruppen und eine Freihandelszone zu debattieren. Seit etwa einem Jahr koordinieren Georgien, die Ukraine, Moldowa und Aserbaidschan darüber hinaus ihre Positionen im Rahmen der OSZE, der UN und, in abgeschwächtem Maße, im Europarat. In der ersten Jahreshälfte 2007 errichtete die Organisation ein Generalsekretariat in Kiew, welches erstmals einen permanenten institutionellen Unterbau bildete.

Gleichzeitig gab es jedoch auch zahlreiche negative Entwicklungen, die auf das generell geringe Integrationspotenzial post-sowjetischer Staaten zurückzuführen sind. So löste sich Usbekistan nach den Unruhen in

Andischan und in Reaktion auf seine zunehmende internationale Isolation von GUAM und suchte verstärkte Annäherung an Russland. Die moldauische Haltung zu GUAM zeigte in der ersten Jahreshälfte 2007 ähnliche Tendenzen, ohne dass Chisinau bislang jedoch der Organisation den Rücken gekehrt hätte. Aus den Debatten über vertiefte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperation sind bislang noch kaum reale Maßnahmen hervorgegangen.

Viktor Juschtschenko nutzte den GUAM-Gipfel 2005 nicht nur, um die Organisation wiederzubeleben, sondern auch, um eine zweite regionale Initiative bekannt zu geben: den sogenannten Juschtschenko-Plan für die Lösung des Transnistrien-Konflikts. Mit Vorschlägen hinsichtlich der Regelung von Statusfragen sowie einer stärkeren Involvierung der EU und der USA in den Konfliktregulierungsprozess sollte neue Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen gebracht werden. Moldowa unterstützte diese Initiative grundsätzlich, äußerte jedoch einige Zweifel hinsichtlich der weitgehenden Souveränitätszugeständnisse, die der Juschtschenko-Plan an Transnistrien machte. Darüber hinaus wurde auch von anderen regionalen Akteuren wie Rumänien heftig kritisiert, dass der Plan keinen Abzug der russischen »Friedenstruppen« aus Transnistrien vorsah.

Die EU reagierte zunächst zurückhaltend auf den ukrainischen Vorstoß und versagte ihm volle politische und diplomatische Unterstützung. Gleichzeitig demonstrierte Brüssel Bereitschaft, sich stärker an den Regulierungsbemühungen zu beteiligen. Seit Herbst 2005 hat die EU, gemeinsam mit den USA, Beobachterstatus in den offiziellen Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien und den offiziellen Vermittlern Russland, der Ukraine und der OSZE. Im Oktober 2005 implementierte Brüssel darüber hinaus EUBAM, eine Polizeimission bestehend aus zunächst 60, nunmehr 120 Polizeioffizieren, entlang des transnistrischen Abschnitts der ukrainisch-moldawischen Grenze. Die Aufgaben der Mission bestehen in der Beobachtung der Grenze, sowie der Beratung und Ausbildung der Grenztruppen auf beiden Seiten. Dieses stärkere Engagement der EU kann sicherlich als Erfolg der ukrainischen Initiative im Frühjahr 2005 gewertet werden. Allerdings ist es der ukrainischen Führung nicht gelungen, substanziellen Wandel in den Verhandlungen bzw. den Positionen der Konfliktparteien zu bewirken. Dies lag zum einen an der Blockadehaltung Moskaus (und damit Transnistriens), und sicherlich auch an der fehlenden eindeutigen politischen Unterstützung aus Brüssel. Gleichzeitig verlor die Regelung des Transnistrien-Konflikts jedoch auch in der Ukraine mit zunehmenden innenpolitischen Schwierigkeiten ab Sommer/Herbst 2005 rapide an Bedeutung. Das Versanden der Transnistrien-Initiative ist deshalb ein plastisches Beispiel für die Selbst-Paralyse ukrainischer Außenpolitik ab Sommer 2005.

Die Ukraine und Russland

In ihrer Politik gegenüber Russland setzte die neue ukrainische Führung widersprüchliche Signale. Einerseits wurde die Bedeutung funktionierender Beziehungen mit Russland immer wieder betont. Juschtschenkos erste Auslandsreise führte wenige Tage nach seiner Inauguration nach Moskau. Beide Seiten einigten sich im Mai 2005 auf die Schaffung neuer Dialogmechanismen, die jedoch erst Ende 2006 wirksam wurden. Direkte Kontakte auf Regierungsebene und zwischen den Präsidenten blieben sporadisch. Gleichzeitig wies besonders das regionale Engagement der ukrainischen Führung in eine andere Richtung. Die enge Kooperation mit Georgien in der frühen Phase der orangen Außenpolitik, und die ausgesprochen anti-russische Rhetorik und Politik im Rahmen der GUAM konterkarierten das erklärte Ziel der ukrainischen Regierung, konstruktive Beziehungen mit Moskau aufzubauen. Die ukrainische Führung erwies sich letztendlich als unfähig, ihre regionalpolitischen Initiativen mit einer klaren Russlandstrategie in Einklang zu bringen.

Auch die russische Haltung war nicht dazu angetan, das ukrainisch-russische Verhältnis zu entspannen. Wie nicht anders zu erwarten, wurden die regionalen Initiativen der ukrainischen Führung in Moskau mit größter Skepsis beobachtet und wo möglich durch erhöhten Druck auf die involvierten Staaten beantwortet. In Reaktion auf das »orange Trauma« nahm die russische Führung Abstand von Versuchen direkter Einflussnahme auf innenpolitische Entwicklungen in Nachbarstaaten. Gleichzeitig jedoch setzt die russische Politik andere Instrumente ein, um »abweichlerische« Regierungen in der Nachbarschaft unter Druck zu setzen. Im Falle Georgiens und Moldowas bieten sich hierfür in Gestalt der verstärkten Unterstützung der abtrünnigen Regionen oder der Blockade von Agrarimporten probate Mittel. Im Falle der Ukraine oder auch Weißrusslands sind es vor allem die asymmetrischen Energiebeziehungen, die sich von Zeit zu Zeit politisch instrumentalisieren lassen. Dies bedeutet nicht, dass »der Kreml« russische Energieunternehmen beliebig für außenpolitische Ziele einsetzen kann. Wo sich jedoch Interessen treffen, wie in der Debatte über die Angleichung von Exportpreisen für Erdgas an das Weltmarktniveau, können die Energiebeziehungen zu einem machtvollen politischen Hebel werden.

Die Gaskrise im Winter 2005/2006 hat ein scharfes Schlaglicht auf mehrere Aspekte der veränderten ukrainisch-russischen Beziehungen geworfen. Zum einen war sie das deutlichste Beispiel für den Wechsel russischer

Politik von politischer Einmischung zu wirtschaftlichem Druck. Zweitens hat sie gezeigt, dass wirtschaftlicher Druck von russischer Seite politische Implikationen haben kann: Der Sieg der Partei der Regionen in der Parlamentswahl im März 2006 und die Rückkehr Viktor Janukowitschs in das Amt des Ministerpräsidenten ist nicht zuletzt auf die Schwächung der orangen Kräfte durch die Gaskrise zurückzuführen. Drittens lassen Intransparenz und Ergebnis der Verhandlungen Anfang Januar 2005 kaum einen anderen Schluss zu, als dass ukrainische (Wirtschafts)Akteure in allen politischen Lagern nicht an einer offenen Regulierung der Krise interessiert waren, sondern von dem obskuren Deal um die Zwischenhändler RosUkrEnergo und UkrGasEnergo profitierten. Solange diese informellen Elitenetzwerke existieren, werden sich russischen Akteuren immer wieder Möglichkeiten eröffnen, auf innenpolitische Entwicklungen in der Ukraine Einfluss nehmen zu können. Dies wird so lange der Fall sein, wie es in der Ukraine nicht zu einer wirkungsvollen Entflechtung von Politik und Wirtschaft kommt.

Gleichzeitig erfüllte die Rückkehr Viktor Janukowitschs an die Macht keinesfalls die in Moskau gehegten Hoffnungen. Wie Präsident Juschtschenko auch hielt Janukowitsch an der wirtschaftlichen Annäherung an die EU fest und zeigte wenig Bereitschaft, russischen Erwartungen hinsichtlich einer vertieften Integration im Rahmen des Einheitlichen Wirtschaftsraums oder einer Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion entgegenzukommen. Die Partei der Regionen bemüht sich zunehmend, das Image einer Vertreterin russischer Interessen abzustreifen. Lediglich in regionalpolitischen Fragen vertritt sie eine von den orangen Kräften deutlich abweichende Programmatik, was sich besonders in der Ablehnung einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft und weitgehender Indifferenz den regionalpolitischen Initiativen der Juschtschenko-Administration gegenüber äußert.

Hieran wird ersichtlich, dass die Partei der Regionen mehr Bereitschaft zeigt, auf russische Empfindlichkeiten im GUS-Raum einzugehen bzw. nicht geneigt ist, über regionalpolitische Fragen Konflikte mit Russland zu riskieren. Das Wiedererstarken der Partei der Regionen nach dem Sommer 2005 musste deshalb zu einer Abschwächung der regionalpolitischen Initiativen der Juschtschenko-Administration führen. Gleichzeitig stellt die Partei der Regionen jedoch die wirtschaftliche Integration mit der EU nicht in Frage. Dies ist auch dem zunehmenden Interesse ihres wichtigsten Unterstützerkreises, der ostukrainischen Wirtschaftseliten, an verstärkter Kooperation mit der EU zuzuschreiben.

Schlussfolgerungen

Ein differenzierter Blick auf die Entwicklung der ukrainisch-russischen Beziehungen nach der Orangen Revolution zeigt, dass es der ukrainischen Innenpolitik gelungen ist, sich von russischer Einflussnahme zu emanzipieren. Russland ist nicht mehr der entscheidende externe Akteur, an dem ukrainische Eliten ihr Verhalten ausrichten. Gleichzeitig wirken informelle Netzwerke zwischen russischen und ukrainischen wirtschaftlichen und politischen Eliten fort und haben nach wie vor wenn nicht entscheidenden, so doch großen Einfluss auf Verlauf und Ergebnis innenpolitischer Krisen in der Ukraine.

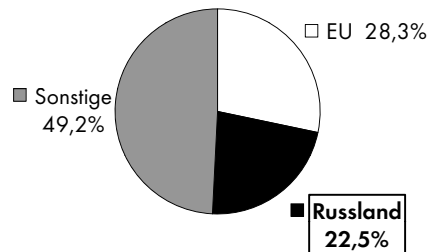
Die ukrainische Außen- und besonders Regionalpolitik entsteht in einem Kontext, der stark von russischer Politik mitbestimmt wird. Solange es ukrainischen Führungen nicht gelingt, regionalpolitische Initiativen mit einer kohärenten Russlandstrategie zu verbinden, bleiben die Aussichten der Ukraine auf die Position einer Regionalmacht gering. Gleichzeitig müssen diese Entwicklungen in dem Trapez gesehen werden, welches sich zwischen der Ukraine und den anderen Nachbarstaaten der westlichen GUS einerseits und Russland sowie der EU andererseits aufspannt. Die EU ist bereits jetzt ein zentraler Faktor in der ukrainischen Innenpolitik. Eine entschiedener Politik der EU in der östlichen Nachbarschaft könnte auch den Boden bereiten für eine erfolgreichere Regionalpolitik der Ukraine.

Über die Autorin:

Dr. Sabine Fischer ist Research Fellow am European Union Institute for Security Studies, Paris.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine

Grafik III-1: Ukrainische Handelspartner:
Exporte 2006



Grafik III-2: Ukrainische Handelspartner:
Importe 2006

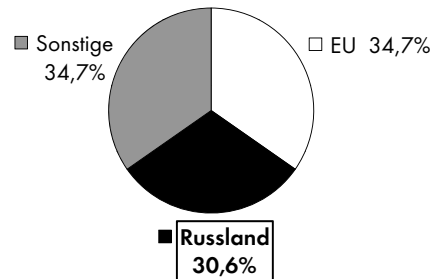


Tabelle III-1: Ukrainische Handelspartner: Exporte 2006

Land	Anteil
EU gesamt	28,3 %
Davon: Deutschland	3,3 %
Italien	6,5 %
Polen	3,5 %
GUS gesamt	33,1 %
Davon: Russland	22,5 %
Türkei	6,2 %
USA	3,1 %
Sonstige	29,3 %

Quelle: Bundesinstitut für Außenwirtschaft, www.bfai.de

Tabelle III-2: Ukrainische Handelspartner: Importe 2006

Land	Anteil
EU gesamt	34,7 %
Davon: Deutschland	9,5 %
Polen	4,7 %
Italien	3,3 %
GUS gesamt	44,9 %
Davon: Russland	30,6 %
Turkmenistan	7,8 %
Sonstige	12,6 %

Quelle: Bundesinstitut für Außenwirtschaft, www.bfai.de

Grafik III-3: Die größten ausländischen Investoren in der Ukraine

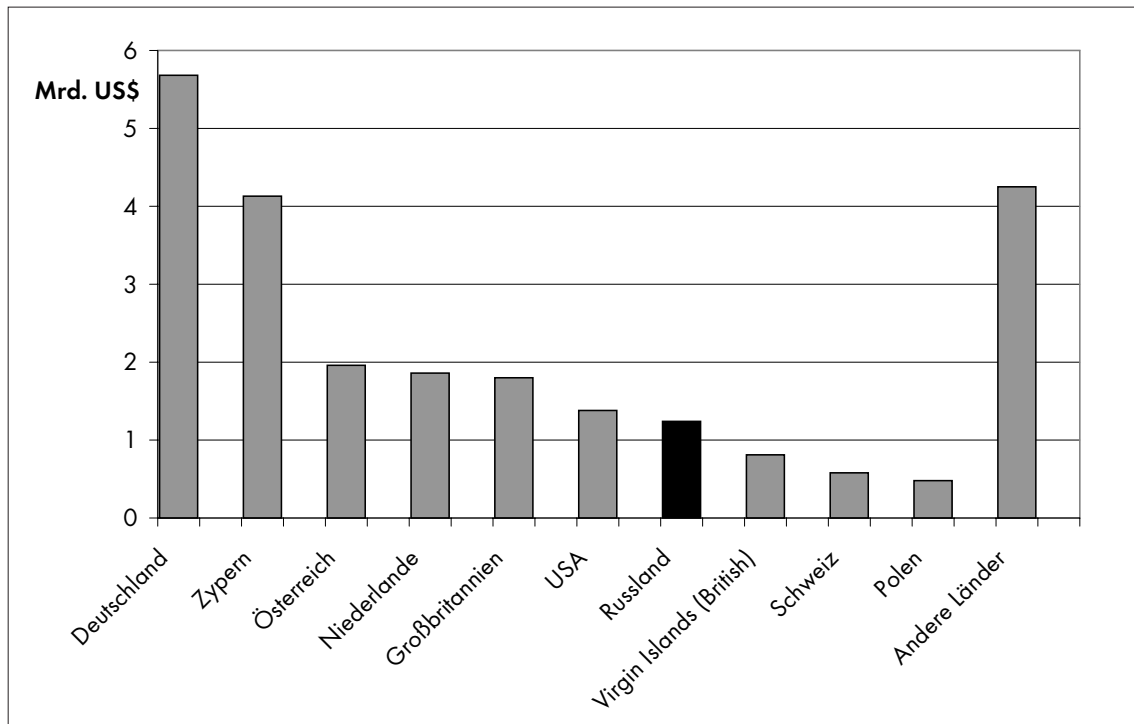


Tabelle III-3: Ausländische Direktinvestitionen in der Ukraine (akkumuliert)

	1.1.2005	1.1.2006	1.7.2007	1.7.2007
	Anteil	Anteil	Anteil	In Mrd. US-Dollar
Deutschland	7,6 %	33,6 % ¹	23,5 % ¹	5,68 ¹
Zypern	12,4 %	9,5 %	17,1 %	4,13
Österreich	4,1 %	8,7 %	8,1 %	1,96
Niederlande	6,6 %	4,4 %	7,7 %	1,86
Großbritannien	10,7 %	7,1 %	7,4 %	1,80
USA	13,8 %	8,4 %	5,7 %	1,38
Russland	5,5 %	4,9 %	5,1 %	1,24
Virgin Islands (British)	6,5 %	4,2 %	3,4 %	0,81
Schweiz	4,9 %	2,7 %	2,4 %	0,58
Polen	2,3 %	1,4 %	2,0 %	0,48
Andere Länder	25,6 %	15,1 %	17,6 %	4,25
Gesamt	100 %	100 %	100 %	24,53

Anmerkung: Die Zahlen für Deutschland enthalten den Erwerb des ukrainischen Stahlwerkes KryvorizhStal durch die Mittal Steel Germany GmbH, eine Tochterfirma der indischen Mittal Stahlholding, im Herbst 2005. Der Kaufpreis betrug 4,8 Mrd. US-Dollar.

Quelle: Ukrainisches Staatliches Komitee für Statistik, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Der Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine

Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Ukrainische Abhängigkeit

Genau wie zu Zeiten der Sowjetunion ist die Ukraine auch heute auf Energieimporte aus Russland angewiesen. Sie bezieht vor allem Erdöl und Erdgas aus Russland. Die heimische Produktion deckt hier nur 15 % bzw. 25 % des Bedarfs. Da alle existierenden Öl- und Gaspipelines über russisches Territorium laufen, hat die Ukraine kaum Möglichkeiten, ihre Versorgung zu diversifizieren. Lieferungen aus Zentralasien sind von der Zustimmung der vom russischen Staat kontrollierten Pipelinebetreiber abhängig. Im Falle von Erdgas ist dies der Monopolkonzern Gazprom, bei Erdöl der staatliche Betrieb Transneft.

Dabei hat sich der Erdgashandel im Vergleich zum Erdöl als deutlich problematischer erwiesen. Zum einen ist Gas mit einem Anteil von fast 50 % der wichtigste Primärenergieträger in der Ukraine. Zum anderen steht der Ukraine mit dem russischen Gasmonopolisten Gazprom ein starker Verhandlungspartner mit guten Verbindungen zur russischen Regierung gegenüber, der erheblich mehr Druck ausüben kann, als einzelne russische Ölfirmen.

Ukrainische Energieschulden

Mit dem Ende der Sowjetunion begann Russland, von der Ukraine eine »normale« Bezahlung der Energielieferungen zu verlangen. Bereits seit 1992 muss die Ukraine in US-Dollar bezahlen. Die Preise wurden schrittweise erhöht. Die Ukraine kam ihren daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen nicht nach und sah sich deshalb erheblichem russischem Druck ausgesetzt. 1993 wurden Energielieferungen drastisch gekürzt, was in der Ukraine im Winter 1993/94 eine Energiekrise zur Folge hatte. Viele Industriebetriebe mussten die Produktion einstellen, öffentliche Gebäude wurden nicht beheizt, die Straßenbeleuchtung blieb abgeschaltet. Zu diesem Zeitpunkt beliefen sich die ukrainischen Schulden für russische Energielieferungen bereits auf 600 Mio. US-Dollar. Da die Ukraine offensichtlich zahlungsunfähig war, verlangte Russland nun Anteile an ukrainischen Energiebetrieben als Kompensation. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen hat die Ukraine aber eine russische Beteiligung an der Gasindustrie in den 1990er Jahren grundsätzlich abgelehnt.

Russische Abhängigkeit

Trotz der hohen Schulden war die Ukraine russischem Druck nicht hilflos ausgeliefert. Im Gegenteil, Russland musste einsehen, dass eine Eintreibung der ausstehenden Zahlungen nur begrenzt möglich ist. Ursache hierfür sind die Pipelines für russische Exporte nach Westeuropa. Mitte der 1990er Jahre gingen 95 % der russischen Erdgasexporte und über 50 % der russischen Erdölexporten in Nicht-GUS Länder durch die Ukraine. Dies erlaubt es der Ukraine zum einen, Engpässe durch illegale Entnahmen zu entschärfen. Zum anderen kann die Ukraine erhebliche Transitgebühren verlangen.

Ein erster Kompromiss

Diese Pattsituation führte Mitte der 1990er Jahre zu einem ersten Kompromiss. Es wurde vereinbart, dass die Ukraine über die Hälfte ihrer Erdgasimporte als Transitgebühr erhalten sollte. Zusätzlich wurden die russischen Leasinggebühren für Militärbasen der Schwarzmeerflotte auf der Krim zur Tilgung ukrainischer Gasschulden verwandt. Außerdem bemühte sich die Ukraine, Gasschulden durch Bartergeschäfte, etwa durch die Lieferung von Kampfbombern an Russland, zu begleichen. Direkte Geldzahlungen erfolgten anscheinend überhaupt nicht mehr. Gazprom akzeptierte dies, um seine Gasexporte nach Westeuropa nicht zu gefährden. Im Ergebnis wuchsen die ukrainischen Gasschulden weiter.

Erneute Eskalation

Anfang 2000 hatte die Ukraine offiziell geliefertes Erdgas für etwa 1,4 Mrd. US-Dollar nicht bezahlt. Gazprom verlangte zusätzlich noch einmal etwa 700 Mio. US-Dollar an Zinsen, Strafen und Entschädigungszahlungen für Gasdiebstähle. Gleichzeitig exportierte Gazprom erstmalig größere Mengen Gas durch die im Herbst 1999 in Betrieb genommene Jamal-Pipeline, die unter Umgehung der Ukraine durch Belarus und Polen verläuft. Der russische Gaskonzern nahm dies zum Anlass, seinen Druck auf die Ukraine erneut zu erhöhen. Zum einen drängte er aggressiver auf eine Lösung der Schuldenfrage und eine Einstellung der Gasdiebstähle,

zum anderen forcierte er Pläne zum Bau von weiteren alternativen Exportpipelines, die ukrainisches Territorium umgehen.

Gazprom gelang es so im Herbst 2002, die Ukraine zur Aufnahme von Verhandlungen über ein internationales Gaskonsortium zu zwingen, das die ukrainischen Gaspipelines verwalten sollte. Neben Gazprom und ukrainischen Partnern wurde auch der deutsche Erdgasimporteur Ruhrgas in die Verhandlungen einbezogen. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden.

Der zweite Kompromiss

Fortschritte wurden hingegen bei der Schuldenfrage erreicht. Im April 2004 wurde eine Regelung verabschiedet, die der Ukraine erhebliche Zugeständnisse machte. Gazprom reduzierte seine Zahlungsforderung um 200 Mio. US-Dollar und akzeptierte für die übrigen Schulden Eurobonds, deren Auszahlung schrittweise bis 2013 erfolgen sollte. In einer zusätzlichen Vereinbarung im August 2004 wurden die fälligen Eurobondzahlungen gegen Gazproms Transitgebühren bis 2009 verrechnet. Im Ergebnis hatte die Ukraine die Schuldenfrage mit Gazprom gelöst, sollte aber dafür ab 2005 kein Gas mehr als Transitgebühr erhalten. Zusätzlich wurde der Preis für russische Erdgaslieferungen bis 2009 verbindlich und »unabänderlich« auf 50 US-Dollar für 1.000 m³ festgeschrieben. Dies bedeutete einen erheblichen Nachlass gegenüber dem Preis für Importeure aus der EU. Dieser Nachlass wurde aber im Wesentlichen von Turkmenistan finanziert, das fast zwei Drittel der Erdgasexporte in die Ukraine lieferte.

Der Lieferstopp 2006

Im Herbst 2005, nachdem mit der Vereinbarung zum Bau der Ostsee-Erdgaspipeline die Rolle der Ukraine als Transitland geschwächt erschien, kam es erneut zum Konflikt. Gazprom verlangte eine Erhöhung des Gaspreises auf 160 US-Dollar für 1.000 m³ ab Jahresanfang 2006. Als bis Dezember keine Einigung erzielt werden konnte, erhöhte Gazprom seine Preisforderung auf 230 US-Dollar und stellte zum Jahresbeginn 2006 seine Lieferungen an die Ukraine ein. Es zeigte sich aber erneut, dass die Kontrolle über die Transitpipelines der Ukraine bei Verhandlungen einen Trumpf in die Hand gibt. Um seine Lieferverträge mit west- und mitteleuropäischen Kunden erfüllen zu können, ist Gazprom auf die Ukraine angewiesen. Der Rückgang des Erdgastransits zum Jahresbeginn, der auf ukrainische Entnahmen zurückzuführen war, zwang Gazprom deshalb zum Einlenken.

Die neue Regelung

Bereits am 4. Januar 2006 erreichten Gazprom und der staatliche ukrainische Konzern Naftohaz Ukrainy eine vorläufige Einigung. Der Preis für ukrainische Erdgasimporte wurde auf 95 US-Dollar erhöht. Gleichzeitig wurde Gazprom für seine Lieferungen ein Preis von 230 US-Dollar garantiert. Der Unterschied zwischen dem hohen Kaufpreis für russisches Erdgas und dem deutlich niedrigeren Verkaufspreis in der Ukraine musste von den zentralasiatischen Lieferanten getragen werden, die in die Einigung nicht einbezogen wurden.

Die Abwicklung der Lieferungen in die Ukraine wurde an die in der Schweiz registrierte Firma RosUkrEnergio als Zwischenhändler übergeben, an der Gazprom und private ukrainische Unternehmer jeweils zur Hälfte beteiligt sind. In der ukrainischen Öffentlichkeit wurde kritisiert, dass mit RosUkrEnergio eine Firma beteiligt wurde, gegen die in der Ukraine staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen vermuteter Verbindungen zur organisierten Kriminalität liefen und deren Eigentümerstruktur zum damaligen Zeitpunkt unklar war.

Das ukrainische Parlament nahm die Einigung zum Anlass der Regierung das Misstrauen auszusprechen. Gleichzeitig kam es zu weiteren Spannungen in den ukrainisch-russischen Beziehungen, die unter anderem die Nutzung der Infrastruktur auf der Krim durch die russische Schwarzmeerflotte sowie einen Handelskrieg betrafen.

In den folgenden Jahren erhöhte sich der ukrainische Importpreis für Erdgas vor allem aufgrund von Preiserhöhungen und Lieferengpässen Turkmenistans dramatisch. 2007 lag der Lieferpreis für die Ukraine bei 130 US-Dollar und für 2008 wurden 179,5 US-Dollar vereinbart. Seit 2005 hat sich der Importpreis für Erdgas damit mehr als verdreifacht. Für die kommenden Jahre hat Gazprom weitere Preiserhöhungen angekündigt. In einigen Jahren soll der Preis für die Ukraine an die allgemeinen internationalen Lieferpreise von Gazprom angepasst werden. Der Preis für die Ukraine wäre dann nur um die Transportkosten und Zölle niedriger als der Preis für EU-Länder. Beim derzeitigen Preisniveau müsste die Ukraine dann deutlich über 200 US-Dollar bezahlen. Die Preisentwicklung wäre aber abhängig von der Entwicklung des Weltmarktpreises für Erdöl, an den der Erdgaspreis gekoppelt ist.

Durch die drastischen Preiserhöhungen stieg der Wert des ukrainischen Importbedarfs für Erdgas bereits 2007 auf über 7 Mrd. US-Dollar. Der Ukraine war es nun nicht mehr möglich, die Preissteigerung durch eine Erhöhung der Transitgebühren für russische Erdgasexporte in die EU zu kompensieren. Während 2005 die Transitgebühren mit 1,5 Milliarden US-Dollar noch reichten um die Hälfte der Erdgasimporte zu bezahlen, entsprachen 2007 die Transitgebühren von gut 2 Milliarden US-Dollar gerade einmal etwas mehr als einem Viertel der Importkosten. Bereits ein ukrainischer Zahlungsrückstand von einigen Monaten führt nun zu Milliarden Schulden.

Da die staatliche Firma Naftohaz den gesamten ukrainischen Erdgasimport abwickelt, ist letztendlich der Staatshaushalt für die Begleichung der Schulden verantwortlich. Während der Staat die Erdgaspreise für Industriekunden an die steigenden Importpreise anpasst, wird die Erdgasversorgung der privaten Haushalte staatlich subventioniert. 2006 zahlten die privaten Haushalte im Durchschnitt gerade einmal 37 US-Dollar während der Importpreis bereits bei 95 US-Dollar lag.

Die Position der Regierung Timoschenko

Durch die lange politische Krise in der Ukraine mit vorgezogenen Parlamentsneuwahlen im September 2007 und der Bildung einer neuen Koalitionsregierung unter Julia Timoschenko im Dezember, häuften sich zum einen wieder erhebliche Schulden für Erdgaslieferungen an und zum anderen wurde keine Vereinbarung über den Lieferpreis für 2008 erreicht. Anfang Februar drohte Gazprom der Ukraine mit einem Lieferstopp, falls die ausstehenden Schulden von 1,5 Milliarden US-Dollar nicht kurzfristig beglichen würden.

Julia Timoschenko, die für einen dezidierten Westkurs der Ukraine steht, hatte Russland bereits im Wahlkampf vorgeworfen, die Erdgasfrage zu politisieren. Sie forderte einen Ausschluss der dubiosen Zwischenhändler und eine drastische Erhöhung der Transitgebühren. Gleichzeitig verlangte sie eine Überprüfung des staatlichen Konzern Naftohaz, dem sie Misswirtschaft vorwarf.

Am 12. Februar erreichte der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko in Moskau im letzten Moment eine Einigung mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin. Nach ersten Medienberichten sagte die Ukraine die umgehende Zahlung zu und die beiden Seiten einigten sich auf einen Ausschluss der Zwischenhändler. Gleichzeitig soll Gazprom direkt an den ukrainischen Endverbraucher liefern können. Der ukrainische Importpreis für 2008 wurde auf 179,50 US-Dollar festgelegt. (Die Details der Einigung bleiben jedoch auch nach weiteren Verhandlungen von Timoschenko in Moskau am 20. Februar unklar. So blieb lange unklar, zu welchem Zeitpunkt die Zwischenhändler aus dem Erdgashandel ausgeschlossen werden und wie die neue Regelung aussehen wird.) Erst im Oktober 2008 einigten sich Timoschenko und Putin auf die direkte Festlegung des Preises durch Gazprom und Naftohaz.

Resümee

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich der Konflikt um den Erdgashandel zwischen Russland und der Ukraine trotz der verbliebenen dramatischen Momente deutlich entspannt. Während es 2006 noch zu einem Lieferstopp, einer drastischen Verschlechterung der außenpolitischen Beziehungen und einem Handelskrieg kam, konnte 2008 – wenn auch im letzten Moment – eine Einigung erzielt werden, die von allen Seiten begrüßt wurde. Die zentralen Probleme bleiben jedoch weiterhin ungelöst.

Solange der Importpreis für die Ukraine nicht der international gültigen Bindung an den Erdölpreis folgt, bleibt er Gegenstand politisierter Verhandlungen und damit ein potentielles Druckmittel russischer Außenpolitik. Gleichzeitig führt die Einbeziehung von Zwischenhändlern zu Intransparenz in der Abwicklung der Zahlungsströme und damit zum Verdacht der persönlichen Bereicherung der beteiligten ukrainischen Geschäftsleute und russischen Manager. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet Timoschenko, die selber in den 1990er Jahren im dubiosen Erdgaszwischenhandel ein Vermögen verdiente, nun am vehementesten gegen die Zwischenhändler vorgehen will. Trotzdem ist ihr Standpunkt natürlich berechtigt. Eine neutrale Preisformel und transparente Zahlungsströme sind der einzige Weg, den Erdgashandel berechenbar und ohne Politisierung abzuwickeln.

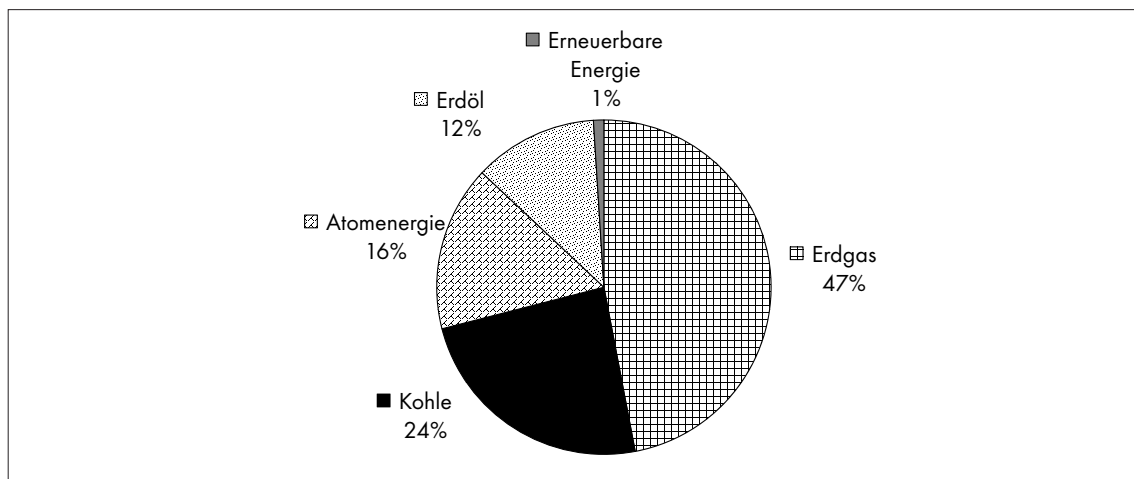
Gleichzeitig belastet die rasante Preissteigerung für Erdgas den ukrainischen Staatshaushalt und die ukrainische Volkswirtschaft erheblich. Die Produktionskosten für die Schwerindustrie steigen und es entsteht ein erheblicher Inflationsdruck. Um mit den wirtschaftlichen Folgen der steigenden Erdgaspreise umzugehen, sind umfassende Modernisierungsmaßnahmen in der Industrie, ein staatliches Energiesparprogramm und eine verbrauchsspezifische Abrechnung bei privaten Haushalten erforderlich. Hier muss die Regierung ihre Hausaufgaben erst noch erledigen.

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er arbeitet seit 1997 zum ukrainischen Energiesektor, wobei u. a. folgende Publikationen entstanden sind: Andreas Heinrich, Heiko Pleines: Factors influencing the corporate governance of post-socialist companies. Examples from the oil industry, in: HSE Economic Journal 3/2006 (Jg.10), S.402–419; Heiko Pleines: Der politische Einfluss der Kohlelobbies in Polen, Russland und der Ukraine. Eine vergleichende Politikfeldanalyse, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 80 (2006); Heiko Pleines: The political economy of coal industry restructuring in Ukraine, KICES Working Papers No.1 (2004); Heiko Pleines: Verschleppte Wirtschaftsreformen und ihre Folgen. Fallbeispiel Energiesektor, in: Gerhard Simon (Hg.): Die neue Ukraine, Köln (Böhlau) 2002, S.225–243; Heiko Pleines: Energy in Ukraine, London (Financial Times Energy Publishing) 1998.

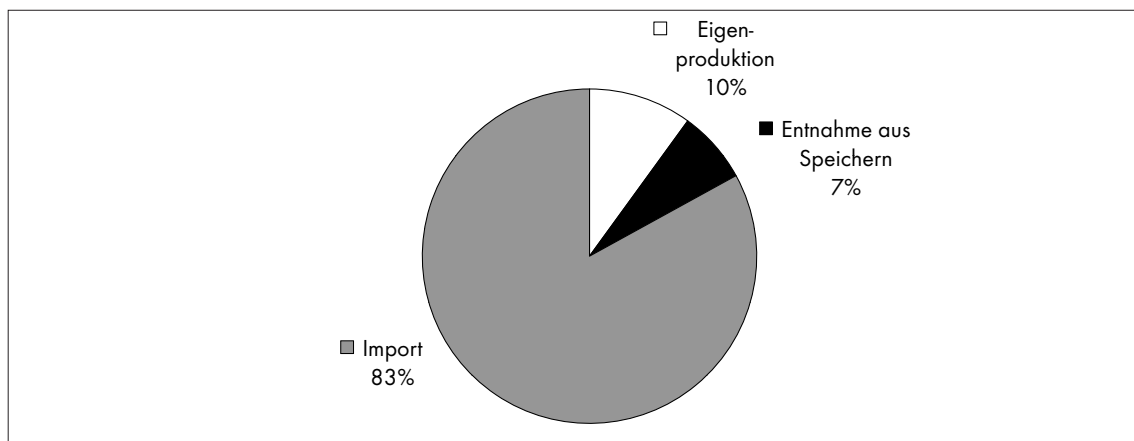
Der russisch-ukrainische Erdgashandel

Grafik III-4: Primärenergieverbrauch der Ukraine



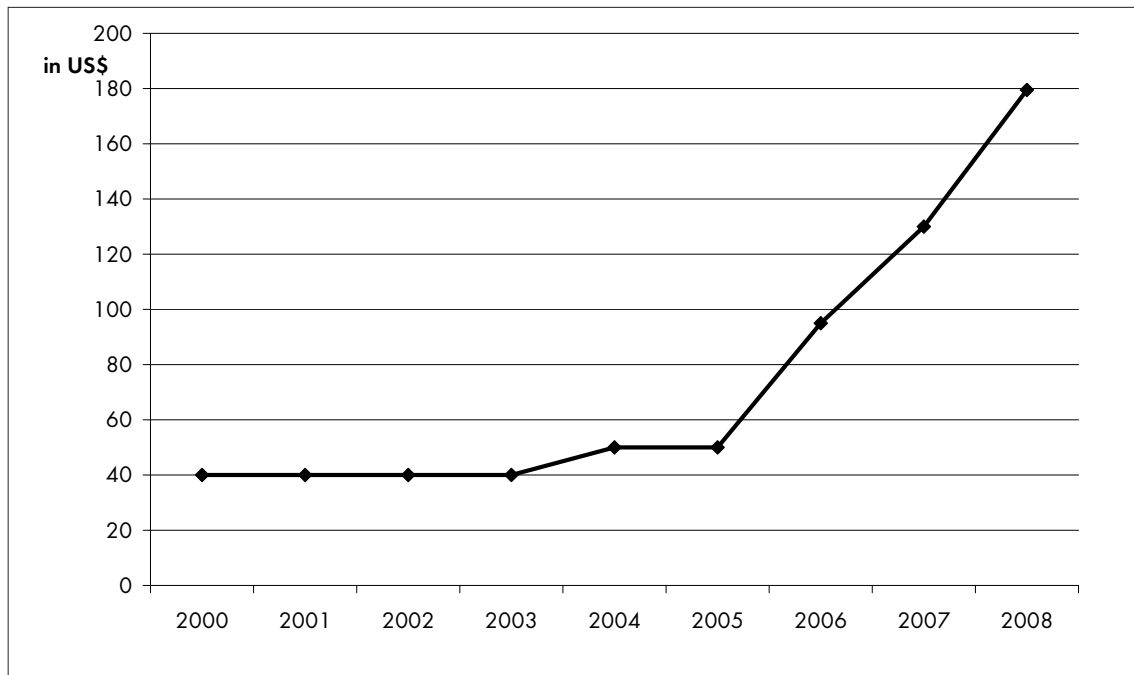
Quelle: Ukrainisches Energieministerium, <http://www.mpe.energy.gov.ua/>

Grafik III-5: Erdgasaufkommen in der Ukraine (2006)

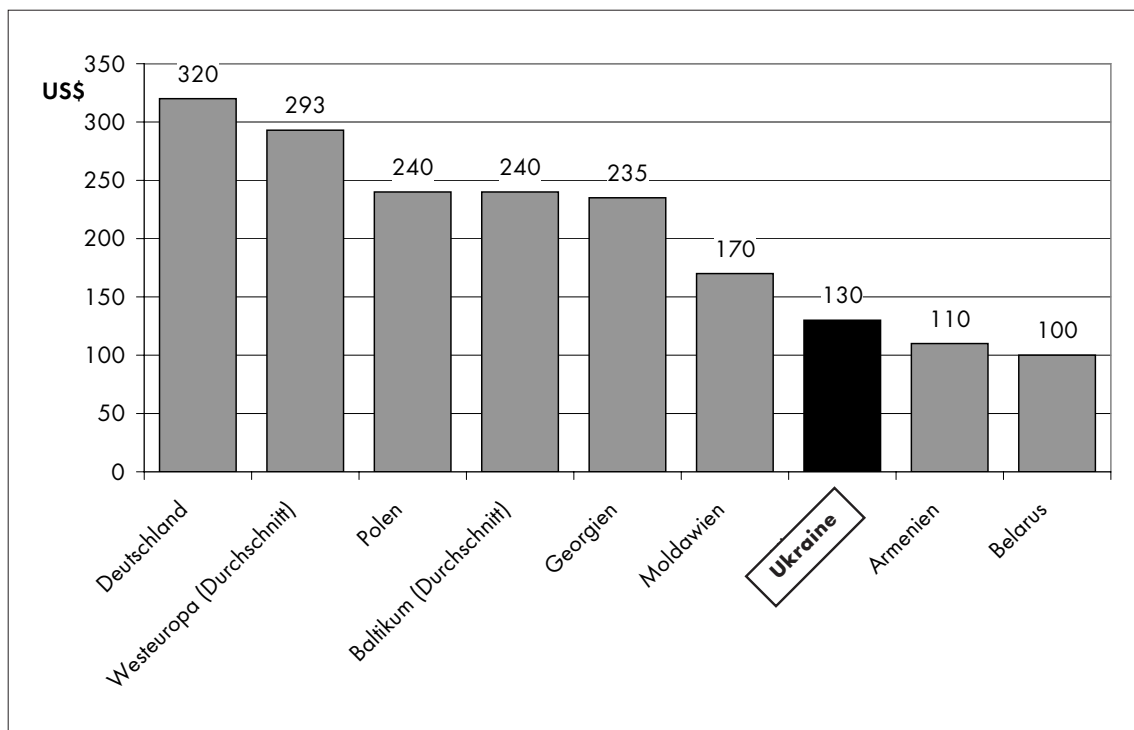


Quelle: Ukrainisches Energieministerium, <http://www.mpe.energy.gov.ua/>

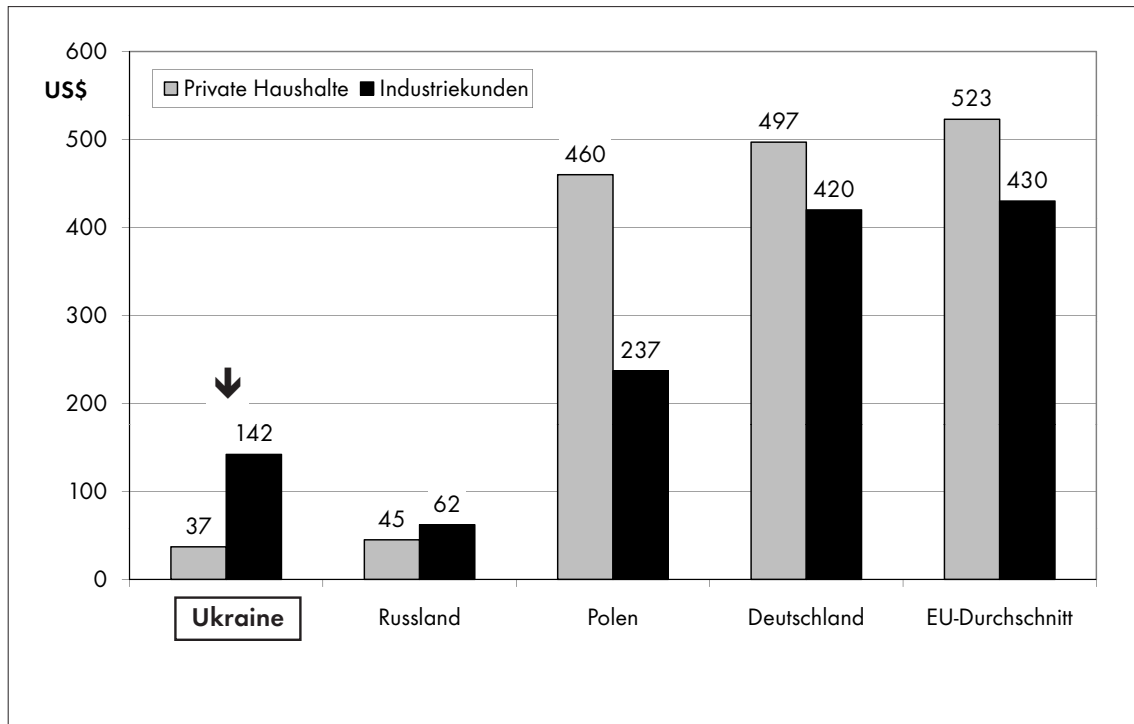
Grafik III-6: Ukrainische Importpreise für Erdgas 2000–2008



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew, http://ier.org.ua/papers_en/v12_en.pdf

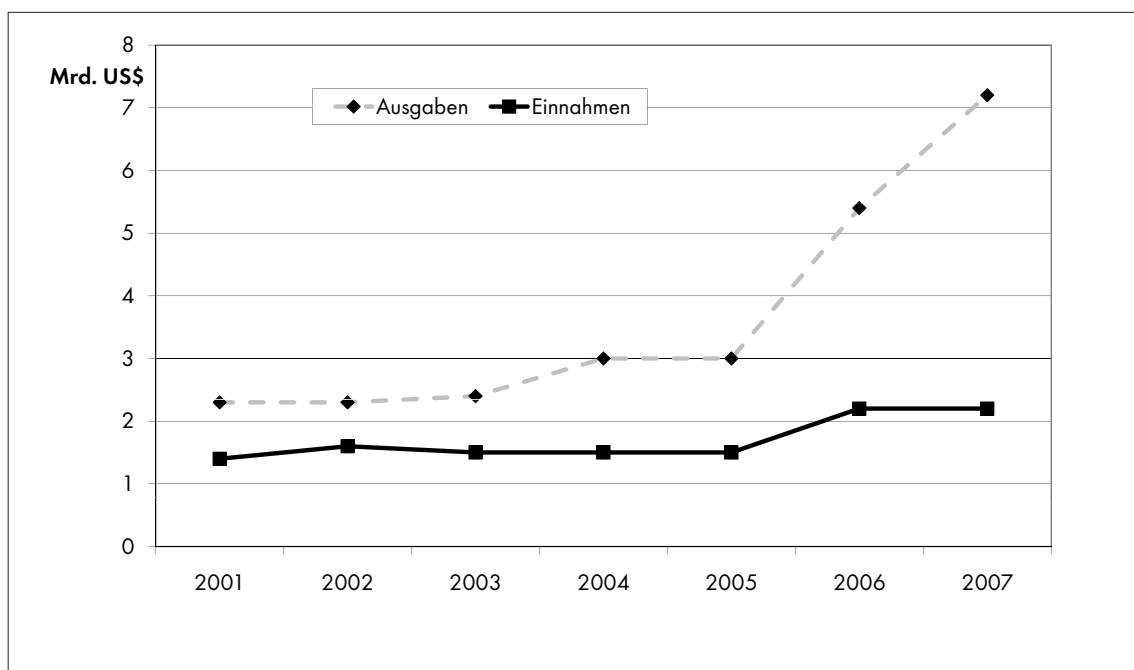
Grafik III-7: Gazproms Lieferpreise 2007 (in US-Dollar pro 1000 m³)

Quelle: Simon Pirani: *Ukraine's gas sector*, Oxford Institute for Energy Studies, Juni 2007, S. 27, <http://www.oxfordenergy.org/pdfs/NG21.pdf> und Bank of Finland Institute for Economics in Transition, www.bof.fi/bofit

Grafik III-8: Erdgaspreise auf dem Binnenmarkt 2006 (in US-Dollar per 1000 m³)

Quelle: Simon Pirani: *Ukraine's gas sector*, Oxford Institute for Energy Studies, Juni 2007, S. 26, <http://www.oxfordenergy.org/pdfs/NG21.pdf>

Grafik III-9: Ausgaben der Ukraine für Erdgasimporte und Einnahmen aus Erdgastransit (Mrd. US-Dollar)



Quellen: Ausgaben: eigene Berechnung basierend auf Angaben des Ukrainischen Energieministeriums, <http://www.mpe.energy.gov.ua/> und Grafik 4, Wert für 2007: eigene Schätzung; Transiteinnahmen: Simon Pirani: *Ukraine's gas sector*, Oxford Institute for Energy Studies, Juni 2007, S. 84; <http://www.oxfordenergy.org/pdfs/NG21.pdf>.

Grafik III-10: Anteil der Ukraine an Transitspipelines für russisches Erdgas

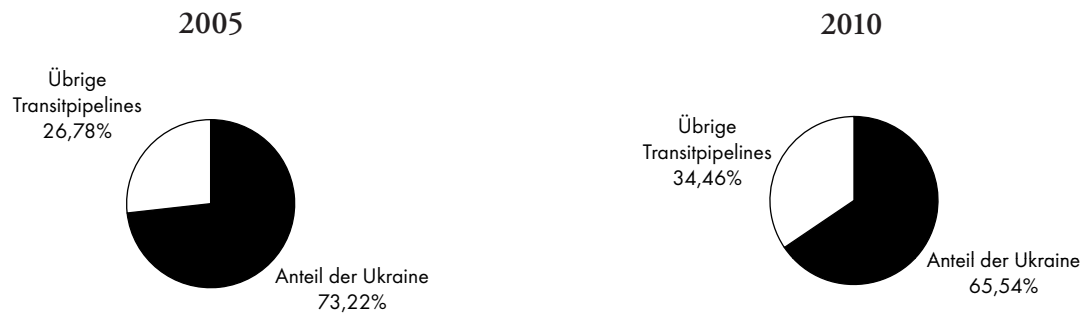


Tabelle III-4: Pipelinekapazitäten für russische Erdgasexporte

Pipeline	Verlauf	Kapazität 2005	Kapazität 2010
Bruderschaft/Union (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130 Mrd. m ³	130 Mrd. m ³
Polarlicht (sowjetisches Netz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25 Mrd. m ³	25 Mrd. m ³
Transbalkan (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Balkan	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Finland Connector (sowjetisches Netz mit Erweiterung von 1999)	Russland – Finnland	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Jamal (Inbetriebnahme 1999)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28 Mrd. m ³	28 Mrd. m ³
Blue Stream (Inbetriebnahme 2002)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16 Mrd. m ³	16 Mrd. m ³
Ostsee (NEGP, voraussichtliche Inbetriebnahme 2010)	Russland – Ostsee – Deutschland	–	28 Mrd. m ³
Gesamt		239 Mrd. m³	267 Mrd. m³

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa – eigene Zusammenstellung.

Interner Machtkampf dominiert Kiews Außenpolitik. Die politische Elite der Ukraine und der russisch-georgische Konflikt

Von André Härtel, Kiew/Jena

Einleitung

Die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Russländischen Föderation (RF) und Georgien um die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien rief in vielen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Empörung und Ängste vor einer Politik der territorialen Revision Moskaus hervor. Gerade in der Ukraine, in der große russische Minderheiten leben, und auf deren Territorium mit der Schwarzmeerflotte Streitkräfte der RF stationiert sind, mussten angesichts des russischen Vorgehens die »Alarmglocken« läuten. Wie also regierte die politische Elite der Ukraine auf die Vorgänge im Kaukasus sowie die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens durch Moskau und wie sind diese Reaktionen zu bewerten?

Das Spektrum der Reaktionen

In der Ukraine war es zunächst Präsident Viktor Juschtschenko, der sich zum Verteidiger nationaler Interessen aufschwang und den demonstrativen Schulterschluss mit seinem Partner Michail Saakaschwili in Tiflis suchte. In einem Dekret vom 13. August 2008 untersagte das ukrainische Staatsoberhaupt der auf der Krim stationierten russischen Schwarzmeerflotte praktisch eine Einmischung in die Kampfhandlungen. In einem weiteren, klar gegen Moskau gerichteten symbolischen Akt ließ der Präsident dann am Tag der ukrainischen Unabhängigkeit (24. August) zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder eine Militärparade abhalten und bat den Westen in ungewöhnlich eindringlicher Form (z. B. in einem Artikel in der *Washington Post* vom 25. August) um schnelle Aufnahme in die NATO.

Im Gegensatz hierzu entschied sich Ministerpräsidentin Julia Timoschenko schon vor Beilegung der Kampfhandlungen, eine Position der außenpolitischen Neutralität einzunehmen. Dabei vermied es die ansonsten als überzeugte Nationalistin geltende Timoschenko ganz offensichtlich, von einer russischen Aggression zu sprechen und schloss sich erst am 2. September offiziell internationalen Forderungen nach der territorialen Unversehrtheit Georgiens an. Demonstrativ blieb die Premierministerin auch den durch den Präsidenten organisierten Unabhängigkeitsfeiern fern und kritisierte dessen Investition in eine teure Militärparade.

Viktor Janukowitsch und die von ihm geführte stärkste parlamentarische Kraft, die Partei der Regionen, reagierte erst spät, aber dann umso entschiedener auf die Krise im Kaukasus. Am 26. August forderte der Oppositionsführer dazu auf, der russischen Anerkennung Abchasiens und Südossetiens als unabhängige Staaten zu folgen. Die erheblichen Positionsunterschiede in der ukrainischen Elite zur Krise im Kaukasus manifestierten sich dann in der betreffenden Parlamentsdebatte am 2. September. Während die Partei des Präsidenten, Nascha Ukraina (NU), zu einer entschiedenen Verurteilung der »russischen Aggression« aufrief, blieb deren Koalitionspartner, die Timoschenko-Partei BJUT, bei der neutralen Haltung ihrer Vorsitzenden. Die Partei der Regionen forderte zusammen mit den Kommunisten weiter die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens, so dass sich das Parlament nicht zur Annahme einer gemeinsamen Stellungnahme durchringen konnte.

Die Dominanz innenpolitischer Machtkalküle

Wie erklärt sich die extreme Spaltung der politischen Elite der Ukraine angesichts der Krise im Kaukasus? Traditionell existieren für die ukrainische Außenpolitik seit der Unabhängigkeit zwei dominierende Deutungsmuster. Die neo-realistische Variante hebt die ungünstige geostrategische Lage des Landes zwischen der erweiterten EU/NATO und Russland hervor, welche das Land zu einer konstanten »Schaukelstuhlpolitik« (*mnogowektornost*) veranlasst. Zum selben Schluss kommt die konstruktivistische Perspektive, in der die historisch-kulturell bedingte Spaltung des Landes in einen pro-europäischen Westteil und einen mehrheitlich pro-russischen Osten und Süden hervorgehoben wird.

Beide Ansätze unterschätzen allerdings die Rolle innenpolitischer Faktoren und hierbei insbesondere den Einfluss der hoch polarisierten ständigen Machtkämpfe, wie sie für die Ukraine nach der »Orangen Revolution« typisch geworden sind. Eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen hierbei die in der ukrainischen Verfassung angelegten strukturellen Schiefen, welche bis heute keine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten speziell zwischen Präsident und Ministerpräsident zulassen. Daher können wir für die Ukraine im Prinzip seit dem ersten Bruch des »oranen Bündnisses« zwischen Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko im Jahr

2005 von einer Situation sprechen, die sich durch einen konstanten inter-institutionellen Konflikt und die damit verbundene Gefahr ständiger Neuwahlen auszeichnet. Diese spezifischen Charakteristika des Transformationsregimes der Ukraine bleiben nicht ohne Auswirkungen für die Außenpolitik. Wie alle anderen Politikbereiche gerät auch die auswärtige Politik Kiews derzeit in den Sog des innenpolitischen Machtkampfes, wobei die zentralen politischen Akteure v. a. auf kurzfristige, elektorale Gewinne aus sind und dabei nicht vor populistischen Aussagen zurückschrecken. Die ukrainischen Reaktionen auf die Krise im Kaukasus deuten also darauf hin, dass die ukrainische Außenpolitik derzeit erheblich durch die hohe Dynamik der innenpolitischen Machtverhältnisse sowie den Kampf um eine gute Ausgangsposition in den kommenden Parlaments- und den Präsidentschaftswahlen Ende 2009 bestimmt wird.

Steigende Bedeutung des pro-russischen Elektorats

So interpretieren Beobachter Präsident Juschtschenkos deutlich anti-russische Reaktion auf die Kaukasuskrise als versuchten Aufbau einer klaren außenpolitischen Bedrohung für die ukrainische Unabhängigkeit, was ihn in seiner Rolle als Präsident stärken und seine deutliche Abgeschlagenheit in allen Umfragen evtl. umkehren könnte. Allerdings machen die diametralen Reaktionen der anderen Akteure auf die Krise sowie die wachsende Unpopularität des Präsidenten und seiner Partei Nascha Ukraina dieses Szenario eher unwahrscheinlich.

Die weitaus interessantere Entwicklung zeichnet sich vielmehr zwischen den beiden größten Parlamentskräften, dem Timoschenko-Block BJUT und der Partei der Regionen ab. Beide galten bisher in ihrer außenpolitischen Ausrichtung als klar voneinander abgrenzbar, wobei sich die BJUT-Vorsitzende und ehemalige »orange Prinzessin« lange als klar pro-westlich und als Anhängerin einer euro-atlantischen Integration der Ukraine darstellte. Im Gegensatz hierzu lehnt die Partei der Regionen Janukowitschs einen NATO-Beitritt der Ukraine strikt ab und steht für einen außenpolitisch neutralen bis Russland-freundlichen Kurs.

Der außenpolitische Kurswechsel Julia Timoschenkos vor dem Hintergrund des Kaukasuskonflikts ist v. a. auf zwei Entwicklungen zurückzuführen: den faktischen Verlust der Parlamentsmehrheit ihrer Regierungskoalition (mit Nascha Ukraina) und den zunehmenden Bedeutungsverlust der Präsidentenpartei im politischen Machtspektrum der Ukraine. Kurzfristig steht für Julia Timoschenko der Erhalt ihrer Position als Premierministerin im Vordergrund, wobei eine auch nur taktisch begründete Annäherung an die außenpolitische Position der Partei der Regionen zur Mehrheitsbildung beitragen könnte. Will sich die Timoschenko-Partei allerdings auch mittelfristig innerhalb der sich abzeichnenden neuen, bipolaren Machtkonstellation im politischen Spektrum behaupten und mehrheitsfähig bleiben, so muss sie von ihrer Konzentration auf die Wähler im Westen und im Zentrum des Landes abkommen und sich auch dem mehrheitlich pro-russischen Elektorat im Osten und Süden des Landes annähern.

Genau hier liegt wohl auch die Erklärung für die umstrittene Haltung von Viktor Janukowitsch, der Anerkennungspolitik Moskaus zu folgen. Letztere dürfte v. a. der pro-russischen Kernwählerschaft seiner Partei im Osten des Landes imponieren – einer Region, in der auch die Premierministerin mit ihrer Neutralitätspolitik punkten will. Um sich allerdings von seiner Konkurrentin Timoschenko deutlicher abzugrenzen, schwenkte Janukowitsch in der Kaukasuskrise von seiner ursprünglich neutralen Haltung hin zur deutlich pro-russischen Anerkennungspolitik. Insgesamt gewinnen also die pro-russischen Regionen im Osten und Süden des Landes durch die immer weitergehende Verschiebung der ukrainischen Machtverhältnisse in Richtung zweier großer Blöcke (Timoschenko/BJUT vs. Janukowitsch/PR) zumindest kurzfristig deutlich an Gewicht. Mit Ausnahme des Präsidenten und seiner Partei entschieden sich auf dieser Grundlage alle anderen wesentlichen politischen Akteure in der Ukraine für einen neutralen bzw. pro-russischen Kurs in der Kaukasuskrise.

Mittelfristige Folgen für Kiews Außenpolitik

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den Reaktionen der politischen Elite Kiews auf die Kaukasuskrise und welche mittel- und langfristigen Folgen wird die neue innenpolitische Konstellation für die ukrainische Außenpolitik haben? Zunächst sollten internationale Beobachter mit Interesse registrieren, bis zu welchem Grad die instabilen und von erheblicher Polarisierung gekennzeichneten innenpolitischen Verhältnisse in der Ukraine zu einer Instrumentalisierung der Außenpolitik führen können. Trotzdem die Vorgänge in Georgien und insbesondere die russische Reaktion hierauf für Kiew essentielle sicherheitspolitische Implikationen haben bzw. direkt ukrainische Interessen betreffen, wird das nationale Interesse angesichts des innenpolitischen Machtkampfs zur Kategorie zweiten Ranges. Bedenkt man den durch die geostrategische und ökonomische Abhängigkeit von Russland schon erheblich eingeschränkten internationalen Handlungsspielraum der Ukraine, wird dieser durch die innere Instabilität noch weiter verringert.

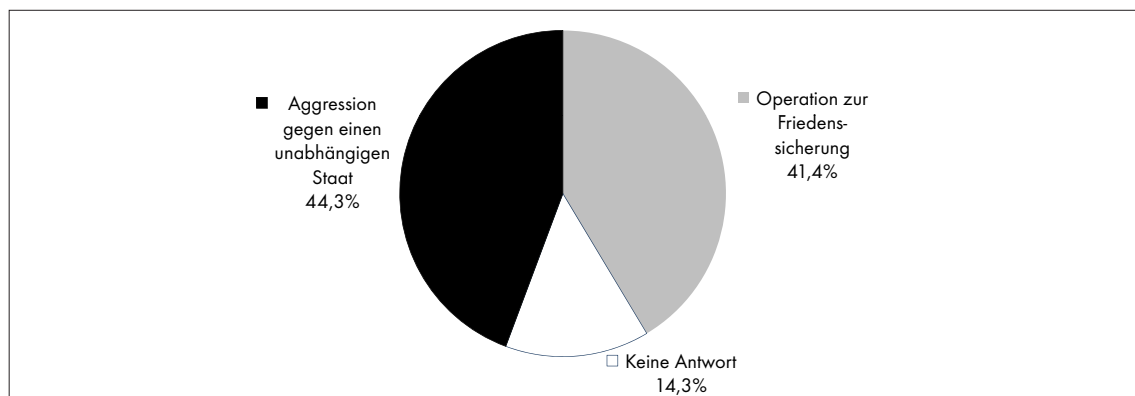
Interessant dürfte weiterhin sein, wie sich der Bedeutungsverlust des präsidentiellen Lagers und der Hauptfigur der »Orangen Revolution« auf den außenpolitischen Diskurs auswirkt. Bisher galt Viktor Juschtschenko dem Westen als Verkörperung eines euro-atlantischen Kurses der Ukraine. Mit dem sehr wahrscheinlichen Abtritt des jetzigen Präsidenten könnten sich insbesondere die gerade wieder westliche Unterstützung erfahrenden NATO-Pläne allerdings schnell als Illusion erweisen. Sollten sich die innenpolitischen Entwicklungen innerhalb der Ukraine zukünftig tatsächlich in Richtung zweier größerer politischer Lager bewegen, hätte dies auch langfristig Auswirkungen auf Kiews Außenpolitik. Die in einer solchen Konstellation bestehende Notwendigkeit für beide Lager, breite Mehrheiten ansprechen zu müssen anstatt sich auf ein spezifisches Wählersegment konzentrieren zu können, könnte eine Rückkehr der Außenpolitik vom pro-westlichen Kurs Juschtschenkos zur *mnogovektornost* begünstigen.

Über den Autor

André Härtel, M.A. ist Doktorand an der Universität Jena und Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er ist derzeit im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes an der Kiewer Mohyla-Akademie.

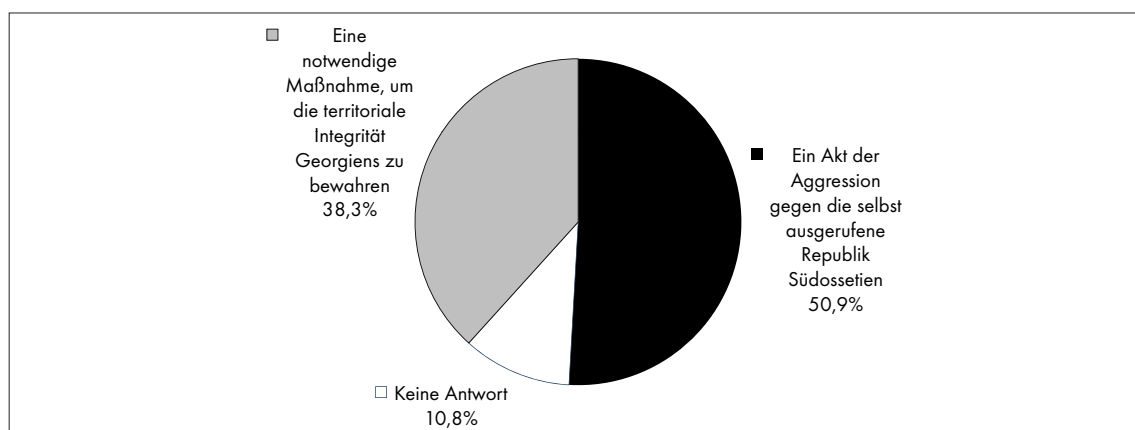
Die öffentliche Meinung in der Ukraine zum russisch-georgischen Konflikt und seinen Folgen für die Ukraine

Grafik III-11: Was meinen Sie, wie kann das Vorgehen Russlands in Georgien bezeichnet werden? Dies war eine ...

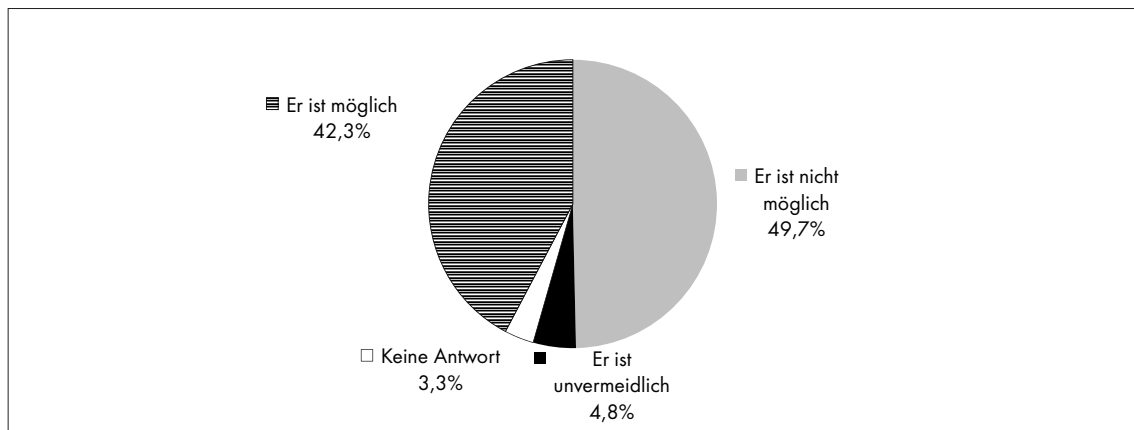


Quelle: Die Meinungsumfrage wurde im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli« von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008 durchgeführt. Insgesamt wurden 1200 Menschen telefonisch befragt.
http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

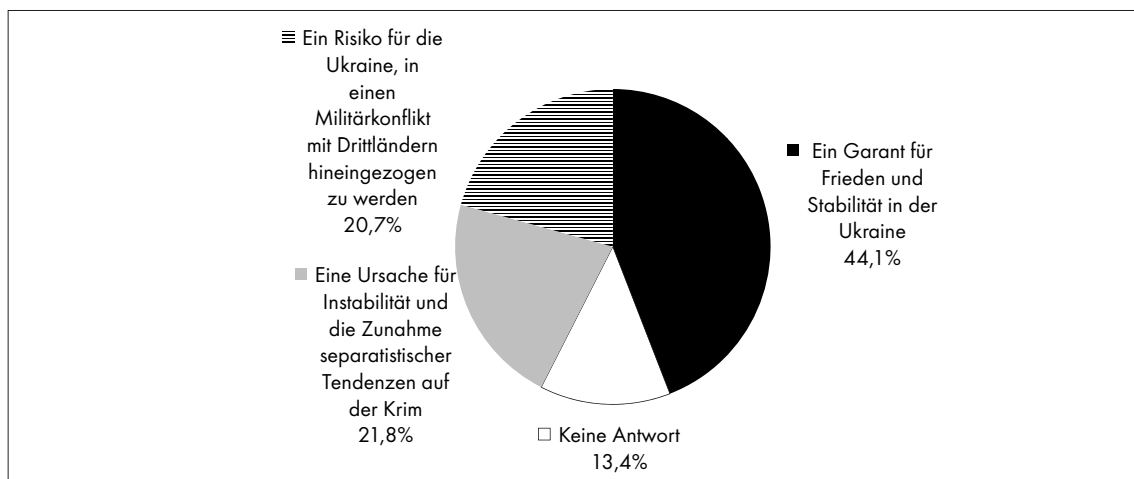
Grafik III-12: Wie würden Sie den Einsatz der georgischen Streitkräfte in Südossetien bewerten, für den sich Micheil Saakaschwili entschieden hat? Dies war ...



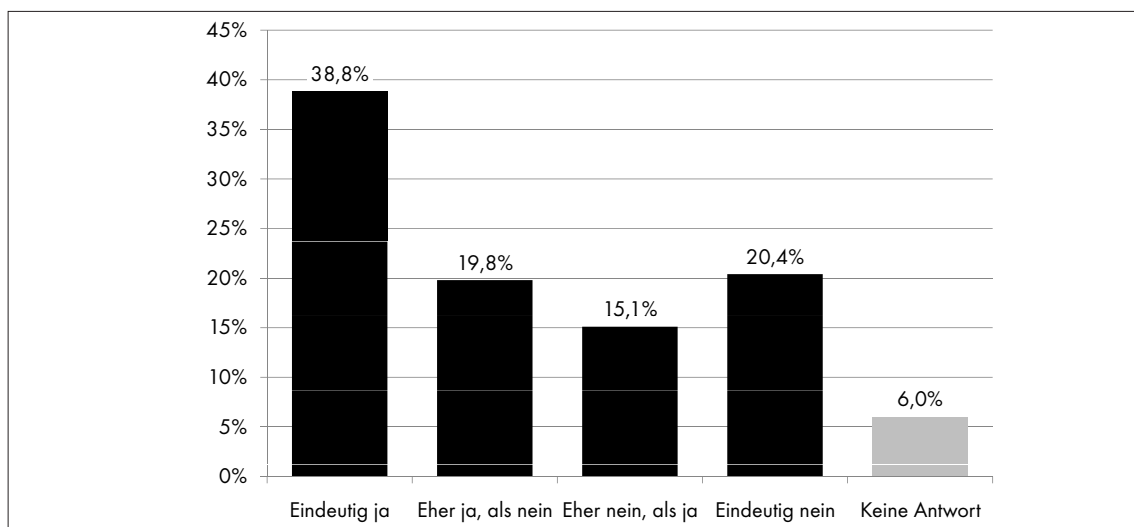
Quelle: Meinungsumfrage im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli«, durchgeführt von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008. http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

Grafik III-13: Halten Sie einen militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine für möglich?

Quelle: Meinungsumfrage im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli«, durchgeführt von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008. http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

Grafik III-14: Die Schwarzmeerflotte auf dem ukrainischen Territorium ist in erster Linie ...

Quelle: Meinungsumfrage im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli«, durchgeführt von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008. http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

Grafik III-15: Kann Ihrer Meinung nach die Ukraine ihre Unabhängigkeit und territoriale Integrität schützen?

Quelle: Meinungsumfrage im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli«, durchgeführt von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008. http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

IV: Kulturelle Orientierungen

Ukrainisch – Russisch: Sprachen, Sprachgebrauch, Sprachenkonflikte in der Ukraine

Von Gerhard Simon, Universität zu Köln

Zusammenfassung

Die Volkszählung von 2001 zeigt einen Anstieg des ukrainischen und entsprechend einen Rückgang des russischen und russischsprachigen Bevölkerungsanteils seit 1989. Verbreitung und Ansehen der ukrainischen Sprache haben zugenommen. Dennoch hat das Russische im Osten und Süden des Landes im öffentlichen Raum eine beherrschende Stellung behalten. Besonders weitgehend ist die Ukrainisierung des Bildungswesens fortgeschritten. In den Massenmedien und der Popkultur überwiegt dagegen das Russische. In den vergangenen 15 Jahren ist es nicht zu Dauerkonflikten in der Sprachenfrage gekommen, aber es gibt ein latentes Konfliktpotenzial. Zwar reagiert die Bevölkerung in weiten Teilen des Landes gelassen im Sprachenstreit, aber insbesondere im Osten und Süden sind die postsowjetischen Eliten in Krisensituationen in der Lage, die Sprachenfrage für die eigenen politischen Belange zu instrumentalisieren.

Einleitung

Die Ukraine ist ein zweisprachiges Land, viele, aber durchaus nicht alle Menschen beherrschen sowohl die ukrainische als auch die russische Sprache. Der Sprachgebrauch ist innerhalb des Landes außerordentlich unterschiedlich; im Osten und Süden hat das Russische, im Westen das Ukrainische eine beherrschende Stellung. In der Zentralukraine mit Kiew sind beide Sprachen etwa gleich präsent, wobei hinsichtlich der funktionalen Ebenen im Sprachgebrauch vielfache Unterschiede bestehen. Eindeutige Grenzen gibt es weder territorial noch funktional. Neben dem Ukrainischen und Russischen haben andere Sprachen im öffentlichen Raum nur lokal begrenzte Bedeutung, wie das Rumänische in der Bukowina oder das Krimtatarische auf der Krim.

Historischer Hintergrund

Historische Entwicklungen und Sprachenpolitik haben seit dem 19. Jahrhundert immer wieder zu massiven Verschiebungen im Sprachgebrauch geführt. In jenen Teilen der Ukraine, die bis 1918 zum Russischen Reich gehörten, versuchte die zarische Regierung mit großem Nachdruck das Russische im öffentlichen Raum durchzusetzen. Das Jahrzehnt nach dem Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg war geprägt durch die Umkehrung dieser Politik: In der Zeit der Korenizacija (Einwurzelung) förderten die Bolschewiki das Ukrainische im öffentlichen Raum und drängten das Russische zurück. Seit den frühen 1930er Jahren erlahmte diese Politik der Ukrainisierung und verkehrte sich immer mehr in ihr Gegenteil bis zur aggressiven Sprachenpolitik in der Breshnew-Zeit, die das Ziel verfolgte, das Russische im Bildungswesen nach und nach als einzige Unterrichtssprache durchzusetzen.

Das erwies sich in der Westukraine, die erst im Zuge des Zweiten Weltkriegs mit der Sowjetukraine vereinigt worden war, als ausgeschlossen. Die Westukraine war nach der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung während des Holocaust und nach der Aussiedlung der Polen weitgehend ethnisch und sprachlich homogen ukrainisch. Dagegen zogen mit der fortschreitenden Industrialisierung seit den 1930er Jahren Hunderttausende von Russen in die östlichen und zentralen Regionen der Ukraine und verstärkten die ohnehin vorhandene russische sprachliche und kulturelle Prägung, vor allem der Städte. Die jahrhundertlange Zugehörigkeit zum Russischen Reich, die massive Zuwanderung von Russen in sowjetischer Zeit und die russifizierende Sprachenpolitik in spätsowjetischer Zeit haben dazu geführt, dass im Osten, Süden und in der Zentralukraine für Millionen von ethnischen Ukrainern das Russische die Muttersprache ist. Bei der Volkszählung im Dezember 2001 gaben von den 37,54 Millionen Ukrainern 5,54 Millionen Russisch als ihre Muttersprache an.

Obwohl nur 17,3 % der Bevölkerung ethnische Russen sind, erklären so gemäß dem soziologischen Monitoring des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine 34 % der ukrainischen Bevölkerung, Russisch sei ihre Muttersprache. 64 % bezeichneten Ukrainisch als ihre Muttersprache. (Siehe Grafiken IV-1 und IV-2 auf Seite 65) Wir haben also davon auszugehen, dass knapp zwei Drittel der Bevölkerung ukrainophon, etwas mehr als ein Drittel russophon sind. Dabei war der Anteil der Russophonen im vergangenen Jahrzehnt leicht rückläufig, der Anteil der Ukrainophonen wuchs geringfügig, wie die Grafiken IV-3 und IV-4 zeigen.

Dies ist eine Folge der Sprachenpolitik in der seit 1991 unabhängigen Ukraine. Noch vor der Ausrufung der Unabhängigkeit erklärte das Sprachengesetz vom 28. Oktober 1989 Ukrainisch zur einzigen Staatssprache auf dem Territorium der zunächst noch zur Sowjetunion gehörenden Ukraine und verkehrte damit die sowjetische Sprachenpolitik der zurückliegenden Jahrzehnte ins Gegenteil. Die Zurückweisung der russifizierenden Sprachenpolitik durch die neuen nationalen postkommunistischen Eliten in vielen Unionsrepubliken und nachmaligen neuen unabhängigen Staaten hat bei der Demontage der Sowjetunion eine wichtige Rolle gespielt, weil hierin ein erhebliches Mobilisierungspotenzial für die Unabhängigkeit und gegen den sowjetischen Zentralismus steckte.

Nationalität und Sprachkompetenz

Die Ergebnisse der Volkszählung vom Dezember 2001 dokumentieren die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung und die Sprachensituation zehn Jahre nach der Erklärung der Unabhängigkeit. Sie erlauben auch Vergleiche mit der letzten Volkszählung in sowjetischer Zeit, die 1989 stattfand. Die Gesamtbevölkerung des Landes verminderte sich von 51,5 Millionen auf 48,5 Millionen. In der nationalen Zusammensetzung ergaben sich deutliche Verschiebungen zugunsten der Ukrainer, deren Anteil an der Bevölkerung von 73 % auf 78 % anstieg; der Anteil der ethnischen Russen fiel entsprechend von 22 % 1989 auf 17 % im Jahr 2001. Dies dürfte teilweise durch ein negatives Migrationssaldo, zum Teil aber auch dadurch zu erklären sein, dass manche Personen mit einer labilen ethnischen Identität sich jeweils für die Ethnie entschieden, die das höhere Prestige besaß. 1989 waren das die Russen und 2001 die Ukrainer. Schließlich muss bei Volkszählungen weder die ethnische Zugehörigkeit noch die Sprachkompetenz nachgewiesen werden. Registriert wird die Selbsteinschätzung. Wie schon 1989 stellen auch 2001 unter allen ukrainischen Regionen lediglich auf der Krim die Russen die Bevölkerungsmehrheit. Die am stärksten ethnisch russisch geprägte Großstadt ist Sewastopol auf der Krim, wo 2001 der russische Bevölkerungsanteil 72 % gegenüber einem ukrainischen Anteil von 22 % betrug.

Es war schon davon die Rede, dass in der Ukraine ethnische Zugehörigkeit und Sprachverhalten in vielen Teilen des Landes weit auseinander klaffen. 85 % der Ukrainer sagten, Ukrainisch sei ihre Muttersprache, 15 % nannten das Russische als ihre Muttersprache. Bei den Russen gaben dagegen 96 % die Sprache ihrer Ethnie als Muttersprache an, 4 % das Ukrainische. Außer den Russen sind auch zahlreiche andere ethnische Minderheiten in der Ukraine überwiegend russophon, so z. B. 63 % der 276.000 Belorussen, 83 % der 104.000 Juden, 89 % der 92.000 Griechen und 65 % der 33.000 Deutschen. Dies ist das Erbe des Imperiums, als sozialer Aufstieg und Assimilation auf dem Territorium der Ukraine über die russische, keineswegs über die ukrainische Sprache führten.

Die Ukrainer mit russischer Muttersprache leben ganz überwiegend im Osten und Süden des Landes, im Westen ist ihre Zahl verschwindend gering. So bezeichneten 59 % der Ukrainer im Gebiet Donezk, 26 % im Gebiet Charkiw, 28 % im Gebiet Odesa, aber nur 0,4 % im Gebiet Lemberg das Russische als ihre Muttersprache.

Neben der Muttersprache wurde 2001 ebenso wie früher bei den sowjetischen Volkszählungen nach der Beherrschung anderer Sprachen gefragt. Auf diese Weise gibt die Volkszählung Auskunft darüber, wie viele Russen in der Ukraine das Ukrainische beherrschen und wie viele Ukrainer das Russische. Von den 8,3 Millionen Russen gaben 55 % an, das Ukrainische frei zu beherrschen. Umgekehrt sagten von den 37,5 Millionen Ukrainern 43 %, sie könnten sich frei auf Russisch ausdrücken. Addiert man also bei den Ukrainern die Menschen mit russischer Muttersprache und diejenigen, die frei die russische Sprache beherrschen, zeigt sich, dass 58 % der ethnisch ukrainischen Bevölkerung ohne Schwierigkeiten in russischer Sprache kommunizieren können. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man bei den Russen hinsichtlich ihrer Sprachkompetenz im Ukrainischen: 59 % der ethnischen Russen im Land können sich frei auf Ukrainisch ausdrücken.

Dies erscheint auf den ersten Blick und gewiss im internationalen Vergleich als ein hoher Grad an Zweisprachigkeit. Aber es bedeutet auch, dass mehr als 40 % der ethnischen Russen und Ukrainer die Sprache des anderen nicht frei und ungezwungen verwenden können. Daraus folgt gewiss keine totale Sprachlosigkeit miteinander, denn neben der freien Beherrschung einer anderen Sprache gibt es viele Abstufungen der Kommunikationsmöglichkeit. Aber die manchmal geäußerte Behauptung, es gebe eigentlich kein Konfliktpotential in der Sprachenfrage, denn alle könnten miteinander frei kommunizieren, trifft nicht zu.

Wie nicht anders zu erwarten, bestehen auch hinsichtlich der Beherrschung der Sprache des anderen gravierende regionale Unterschiede. Im Gebiet Donezk beherrschen von den 1,8 Millionen Russen 55 % das Ukrainische, mit anderen Worten, fast die Hälfte der russischen Bevölkerung gibt an, nicht frei auf ukrainisch kommunizieren zu können. Umgekehrt sagen von den 2,7 Millionen Ukrainern im Gebiet Donezk 90 % Russisch sei entweder ihre Muttersprache (59 %) oder sie beherrschten es frei (31 %). Daraus ergibt sich ein durchgehend

russischsprachiger Kommunikationsraum. Spiegelbildlich stellt sich die Sprachensituation im Gebiet Lemberg dar. Von den 2,5 Millionen Ukrainern beherrschen 18 % das Russische, mit anderen Worten über 80 % können sich nicht frei in der russischen Sprache bewegen. Von den 93 000 Russen im Gebiet Lemberg sagen 89 % das Ukrainische sei entweder ihre Muttersprache (12 %) oder sie beherrschten die ukrainische Sprache (77 %). Es zeigt sich, dass im Gebiet Lemberg ein durchgehend ukrainischer Kommunikationsraum besteht.

Eine recht ausgeprägte Zweisprachigkeit und damit eine Mittelposition weist die Volkszählung für die Stadt Kiew aus. Von den 2,1 Millionen Ukrainern beherrschen 58 % das Russische, für weitere 14 % ist es die Muttersprache, so dass 72 % der ukrainischen Bewohner von Kiew angeben, auf Russisch frei zu kommunizieren. Von den 337 000 Russen in der Stadt können 71 % in ukrainischer Sprache kommunizieren, für 8 % ist das Ukrainische die Muttersprache, so dass insgesamt 79 % der russischen Bevölkerung des Ukrainischen mächtig sind.

Die Wirklichkeit ist noch weit komplizierter als diese Zahlen ohnehin vermuten lassen, denn weder die Sprachen noch der Sprachgebrauch sind so klar voneinander abgegrenzt wie die Volkszählungsdaten auf den ersten Blick nahe legen. Außerdem sind zahlreiche Mischformen des Ukrainischen und Russischen entstanden, die als *Surshik* bezeichnet werden, des weiteren bestehen erhebliche dialektische Unterschiede innerhalb des Ukrainischen zwischen den verschiedenen Landesteilen. Vor allem aber gibt es eine große Zahl von Menschen, die sich weder ethnisch noch hinsichtlich des Sprachgebrauchs eindeutig dem Ukrainischen oder Russischen zuordnen lassen oder zugeordnet werden wollen.

Einen Eindruck davon vermitteln die Antworten auf die Frage: »Welche Sprache sprechen Sie normalerweise zu Hause?« (siehe auch Grafik IV-3 auf Seite 65). 29 % der in der ganzen Ukraine repräsentativ Befragten gaben 1994 an, Ukrainisch und Russisch nebeneinander zu gebrauchen. Dieser Anteil fiel auf 22 % im Jahr 2005. Im Jahr nach der Orangen Revolution sagten 42 % der Menschen, das Ukrainische sei gewöhnlich ihre Umgangssprache zu Hause, für 36 % war es das Russische. Interessanterweise ist in beiden Fällen dieser Anteil im zurückliegenden Jahrzehnt zu Lasten des gleichzeitigen Sprachgebrauchs gestiegen. Ein Vergleich mit den Angaben zur Muttersprache (siehe Grafik IV-4 auf Seite 66) legt nahe, dass die Russophonen stärker an ihrer Sprache festhalten als die Ukrainophonen. Denn der Anteil der russischen Muttersprachler entspricht weitgehend dem Anteil derjenigen, die angeben, zu Hause überwiegend Russisch zu sprechen, während ein erheblicher Teil (mehr als 20 %) der ukrainischen Muttersprachler im Alltag auch das Russische gebraucht. Vielleicht ist es ein Erbe der imperialen Vergangenheit, dass Ukrainischsprecher im Alltag viel eher bereit sind zum Russischen zu wechseln als umgekehrt. Auch statistische Untersuchungen unter Schülern und Studenten in Kiew bestätigen, dass die Bereitschaft zum Sprachwechsel bei Personen mit ukrainischer Muttersprache weit größer ist als bei Jugendlichen mit russischer Muttersprache.

Sprachengesetz und Sprachenprestige

Das Sprachengesetz vom 28. Oktober 1989, das auf dem Höhepunkt der Perestroika in der Sowjetunion das Ukrainische zur einzigen Staatssprache auf dem Territorium der Ukrainischen SSR erklärte, gilt bis heute mit geringfügigen Änderungen aus dem Jahr 1995 fort. Die Verfassung von 1996 bestätigte in Artikel 10 die Bestimmungen über die Staatssprache. Dabei schließt das Sprachengesetz keinesfalls das Russische aus dem öffentlichen Leben aus. Es legt vielmehr fest, dass in staatlichen Organen einschließlich des Justizwesens, in Organisationen, im Bildungswesen und in der Wirtschaft neben dem Ukrainischen auch das Russische (»die Sprachen der anderen Nationalitäten« in der Formulierung des Gesetzes) Verwendung findet in Territorien, in denen die Russen die Bevölkerungsmehrheit bilden.

Seit 1994 haben einige Gebiete (Donezk, Luhansk) und Großstädte des Ostens und Südens (u. a. Odesa, Mykolajiw) das Russische faktisch als »offizielle Sprache« oder »zweite Staatssprache« eingeführt, obgleich dies dem Sprachengesetz widerspricht. In der Autonomen Republik Krim galten bis zur neuen Krimverfassung 1998 das Russische, Ukrainische und Krimtatarische als Staatssprachen. Der amtliche Schriftverkehr innerhalb der Regionen erfolgt in der Zentral- und Westukraine sowie mit Kiew als Landeshauptstadt auf Ukrainisch, im Osten und Süden des Landes auf Russisch. Beamte sind laut Sprachengesetz verpflichtet, beide Sprachen zu kennen. Diese Vorschrift ist jedoch wie die meisten anderen Sprachenbestimmungen nicht mit Kontrollen und Sanktionen bewehrt. Die Nichteinhaltung der Sprachenvorschriften wird nicht mit Strafen bedroht. Damit sind dem Staat bei der Ukrainisierung enge Grenzen gesetzt. Hierin unterscheidet sich die Sprachenpolitik in der Ukraine deutlich von der postkommunistischen Sprachenpolitik in Estland oder Lettland, aber auch von der Ukrainisierung in den 1920er Jahren, als die Sowjetorgane auch mit rigorosen Disziplinarmaßnahmen das Russische in der Ukraine zurückdrängten.

Das Russische ist also im öffentlichen Raum präsent und hat im Osten und Süden eine beherrschende Stellung. Insoweit kann von einer Diskriminierung der russischen Sprache, wie vielfach von russischer Seite in der Ukraine und in Russland behauptet und beklagt wird, keine Rede sein. Andererseits haben sich seit sowjetischer Zeit tief greifende Veränderungen vollzogen: Ansehen und Verbreitung der ukrainischen Sprache haben deutlich zugenommen und nehmen weiter zu. Während in sowjetischer Zeit eine Karriere und sozialer Aufstieg ohne gute Russischkenntnisse ausgeschlossen waren, gilt jetzt das Umgekehrte. Ohne die Beherrschung der ukrainischen Sprache kann man – abgesehen von einigen Gebieten im Osten und auf der Krim – keine Karriere mehr machen. Während in sowjetischer Zeit das Erfordernis der Bilingualität (Muttersprache und Russisch) für die Ukrainer galt, besteht diese Forderung also heute für die ethnischen Russen und russophonen Ukrainer. Diese Umkehr des Erfordernisses der Bilingualität, das jetzt an die Russen statt wie früher an die Ukrainer gestellt wird, erscheint einem Teil der Betroffenen als Diskriminierung.

Die Sprache ist wie stets ein wesentlicher Marker der nationalen Identität. Deshalb kann der neue ukrainische Staat nicht auf Sprachenpolitik und die Förderung der ukrainischen Sprache verzichten. Die Sprachenpolitik war insgesamt ausgesprochen gemäßigt. Dies wird auch dadurch bestätigt, dass sowohl die Lobbyisten des Russischen als auch die einer rascheren Ukrainisierung heftige Kritik an ihr üben.

Muss man ukrainisch sprechen, um ein ukrainischer Patriot zu sein? Keineswegs. Auch viele russisch sprechende Ukrainer und ethnische Russen identifizieren sich zunehmend mit dem neuen Staat und sehen sich als dessen Bürger. Es gibt in der Ukraine keinen pro-russischen Separatismus, allerdings existiert im Osten und Süden eine Sowjetnostalgie. Das hat sich während der Orangen Revolution gezeigt, als autonomistische und potenziell separatistische Aktionen nach wenigen Tagen zusammenbrachen. Auf dem Majdan wurde zwar überwiegend von der Rednertribüne her ukrainisch gesprochen, aber Juschtschenko hat sich demonstrativ auch in russischer Sprache an die Menge gewandt. Auseinandersetzungen und Konflikte um die Sprache werden dadurch gemildert, dass eine Gleichsetzung von Sprachgebrauch und nationaler Identifizierung an der Wirklichkeit vorbei geht.

Die Ukrainisierung des Bildungswesens

Die mit Abstand größten Erfolge der Ukrainisierung sind im Bildungswesen zu verzeichnen, wie die Tabellen IV-1 bis IV-3 auf den Seiten 67 bis 69 ausweisen. Überall ist der Prozentanteil der Kinder, die ukrainische Kindergärten und Schulen besuchen, im vergangenen Jahrzehnt zum Teil drastisch gestiegen. Dies ist eine Investition in und für die Zukunft. Sollte das neue Gewicht der ukrainischen Sprache auf dem jetzigen Niveau für einige Jahrzehnte erhalten bleiben, würde das Ukrainische wohl die beherrschende Sprache im Land werden, ohne dass das Russische deshalb aus dem öffentlichen Raum verschwindet. Der Prozentanteil der Kinder in allgemein bildenden Schulen mit ukrainischer Unterrichtssprache entsprach 2005 mit 78 % ziemlich genau dem Anteil der Ukrainer an der Gesamtbevölkerung.

Allerdings zeigt ein Blick in die Regionen, dass wie meist die Verhältnisse höchst unterschiedlich sind. In vielen Regionen des Ostens und Südens ist das Russische als Unterrichtssprache in den Schulen nach wie vor stärker präsent als es dem Anteil der ethnischen Russen entspricht, in der Zentralukraine und im Westen sind die Verhältnisse umgekehrt. Auf der Krim besuchen nur 5 % der Schüler ukrainische Schulen, obwohl der Anteil der Ukrainer an der Bevölkerung fast fünfmal so groß ist. Für das Gebiet Donezk lauten die entsprechenden Zahlen 29 % und 38 %. Umgekehrt, im Gebiet und in der Stadt Kiew mit 6 % bzw. 13 % Russen besuchen nur 1 % bzw. 4 % der Schüler russischsprachige Schulen. So wirkt das allgemein bildende Schulwesen in manchen Teilen des Ostens und Südens nach wie vor russifizierend, im Zentrum und im Westen dagegen ukrainisierend. In manchen Gebieten zwischen dem Zentrum und dem Osten entspricht die Zahl der Schüler in ukrainischen und russischen Schulen in etwa dem jeweiligen Anteil an der Bevölkerung, so in den Gebieten Mykolajiw, Charkiw und Dnipropetrowsk. Während das Ukrainische in den Schulen mit russischer Unterrichtssprache Pflichtfach ist, gilt das umgekehrt nicht. Deshalb gibt es im Westen viele Schulen, in denen Russisch gar nicht oder auf einem recht niedrigen Niveau unterrichtet wird. Grafik IV-6 auf Seite 70 macht deutlich, dass drei Viertel der Menschen in der Ukraine Russischunterricht an den Sekundarschulen wünschen, allerdings ist der Wunsch nach Englischunterricht noch populärer.

Noch stärker als im allgemein bildenden Schulwesen hat sich die ukrainische Sprache im vergangenen Jahrzehnt in den Kindergärten und an den Hochschulen durchgesetzt. 82 % der Studenten studierten 2005 in ukrainischer Sprache und 84 % der Kinder besuchten ukrainischsprachige Kindergärten, damit liegen diese Zahlen leicht über dem Bevölkerungsanteil der Ukrainer. Die für das Schulwesen gemachten grundsätzlichen Beobachtungen gelten auch für die Hochschulen: Im Osten und Süden (Krim, Donezk) ist der Anteil der in Russisch Studierenden größer als der russische Bevölkerungsanteil; im Zentrum (Gebiet und Stadt Kiew) ist

dagegen der Anteil der Studierenden mit ukrainischer Studiensprache größer als der ukrainische Bevölkerungsanteil. In manchen Gebieten dazwischen (Dnipropetrowsk, Charkiw) entsprechen die Zahlen einander.

Bei den Kindergärten ist in der Regel der Anteil der Kinder, die ukrainischsprachige Einrichtungen besuchen, größer als der Anteil der Ukrainer an der Bevölkerung des Gebietes. Mit anderen Worten, die Vorschuleinrichtungen wirken ukrainisierend. Ausnahmen sind die Krim und das Gebiet Luhansk. In der gesamten westlichen Ukraine, aber auch in Stadt und Gebiet Kiew gibt es faktisch keine russischsprachigen Kindergärten mehr.

Die Massenmedien

In deutlichem Kontrast zum Bildungswesen hat das Russische nach wie vor eine starke, teilweise beherrschende Stellung in den Massenmedien und in der Pop- und Massenkultur. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe:

1. Die Einwirkungsmöglichkeiten des Staates in diesen Bereichen sind begrenzt, weil vielfach privates Kapital nach Marktgesichtspunkten entscheidet. Weil russische Bücher, Zeitungen und Fernsehprogramme auch von Ukrainophonen gelesen und gesehen werden, ist der Markt dafür größer als für Produkte in ukrainischer Sprache, die von Russophonen eher zögernd angenommen werden.
2. Sowohl gedruckte wie auch elektronische Produkte werden preisgünstig aus Russland eingeführt. Das gilt insbesondere für den Buch- und Filmmarkt und hier vor allem für Unterhaltungsliteratur, von der Millionen Exemplare auf dem ukrainischen Markt vertrieben werden.

Übersetzungen aus Fremdsprachen ins Ukrainische verursachen erheblich mehr Kosten pro Exemplar als ins Russische, weil der russischsprachige Markt eben viel größer ist. Die ca. 800 privaten Verlage in der Ukraine publizieren überwiegend russischsprachige Produkte. Auch bei Zeitschriften und Zeitungen hat das Russische eine führende Position. Nur 23 % der verkauften Zeitschriftenexemplare und 27 % der verkauften Zeitungen erschienen im Jahr 2000 in ukrainischer Sprache. Zwar stieg die Zahl der ukrainischen Zeitungstitel seit 1990, aber zugleich sank ihr Auflagenanteil im Vergleich zu den russischsprachigen Zeitungen. Auch der weit überwiegende Teil der ausländischen Filme, die in ukrainischen Kinos gezeigt werden, läuft in russischer Synchronisation. Die Produktionen aus Hollywood machen etwa 90 % der in der Ukraine gezeigten Kinofilme aus.

Auch im Radio und Fernsehen dominiert das Russische nach wie vor. Nach einer Untersuchung der OSZE im Jahr 2000 wurden fast zwei Drittel der gesamten TV- und Radiosendezeit in russischer Sprache ausgestrahlt. Dabei überwog das Ukrainische in den staatlichen und das Russische in den privaten Sendeanstalten.

Konflikte und Konfliktpotenzial

Konflikte um Sprachen bergen stets ein erhebliches Mobilisierungspotenzial in sich, weil im Prinzip jeder mann davon betroffen ist. Umso bemerkenswerter ist es, dass sich die Auseinandersetzungen in der Ukraine in den vergangenen 15 Jahren insgesamt in Grenzen gehalten haben. Zu Gewalttätigkeiten ist es nicht gekommen. Der wichtigste Grund dafür dürfte sein, dass die Ukrainer die Distanz zwischen sich und den Russen als gering einschätzen. Das soziologische Monitoring durch das Kiewer Institut für Soziologie zeigt für den Zeitraum 1994–2005 durchgängig die geringste Distanz der Ukrainer zu den Russen (nach der Bogardus Skala) im Vergleich zu zahlreichen Völkern Osteuropas und der Welt. Das entschärft den Sprachenstreit, der offenbar als ein Streit zwischen zwei Sprachen wahrgenommen wird, die im Prinzip beide ein autochthones Lebensrecht im Land haben.

Der überwiegende Teil der Menschen steht der Sprachenfrage leidenschaftslos gegenüber. Viele Zweisprachige, die ja die Bevölkerungsmehrheit bilden, sehen gar keinen Sprachenkonflikt oder spielen ihn herunter. Zur Gelassenheit trägt wohl auch die Überzeugung der Ukrainophonen bei, dass die Zeit für die ukrainische Sprache arbeitet. Eben diese Einschätzung führt auf der andern Seite immer wieder zu gereizten Reaktionen der Russophonen, die sich langfristig bedroht sehen. Insgesamt ist eine nicht überwältigende aber stabile Mehrheit für einen offiziellen Status der russischen Sprache, wie Grafik IV-7 auf Seite 70 zeigt.

Zwar war die Sprachenfrage in den vergangenen 15 Jahren kein Dauerthema in den innenpolitischen Auseinandersetzungen, aber in Krisenzeiten haben die politischen Eliten das Thema genutzt, um ihre Anhänger zu mobilisieren. Das geschah 1994, als die Streiks schließlich zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen führten, und 2004–2006 während der Orangen Revolution und der nachfolgenden anti-orangen Reaktion. Mobilisierung und Instrumentalisierung der Sprachenfrage gingen von den anti-orangen russophonen Kräften im Osten und Süden des Landes aus. Während des Präsidentschaftswahlkampfes im Herbst 2004 wurde Viktor Juschtschenko im Osten als der Kandidat kolportiert, der die russischen Schulen und Kirchen schließen und alle zwingen würde ukrainisch zu reden. Die radikal-nationale pro-ukrainische Polemik unterstellt im Gegenzug, wer für die russische Sprache eintritt, spaltet das Land und besorgt das Geschäft Moskaus.

Insbesondere nach den Parlamentswahlen im März 2006 kam es zu einer massiven Verschärfung des Sprachenkonflikts. Einerseits schienen die Ergebnisse der Wahl anfangs eine Fortsetzung der orangenen Koalition in Kiew zu ermöglichen andererseits hatte die »Partei der Regionen« mit eindeutigen Wahlsiegen im Osten und Süden klare Mehrheiten in den dortigen Gebiets- und Stadtparlamenten errungen. Sie nutzte diese und zahlreiche Gebiets- und Stadtparlamente erklärten in den folgenden Monaten das Russische zu einer offiziellen »regionalen Sprache«, die gleichberechtigt neben dem Ukrainischen oder statt des Ukrainischen in allen öffentlichen Bereichen zur Anwendung kommen sollte. Das Stadtparlament von Charkiw war schon vor der Wahl am 6. März vorangegangen, es folgten das Gebietsparlament von Luhansk am 25. April, das Stadtparlament von Sewastopol am 26. April, das Gebietsparlament von Donezk am 18. Mai, das Stadtparlament von Dnipropetrowsk am 26. Mai und das Gebietsparlament von Charkiw am 3. Juni 2006.

Der Politische Rat der »Partei der Regionen« stellte sich in einer Erklärung »Über den Schutz der verfassungsmäßigen Rechte der russisch sprechenden Bürger der Ukraine« vom 17. Mai 2006 ausdrücklich hinter diese Aktionen, erinnerte daran, dass die Erhebung des Russischen zur zweiten Staatssprache zum Wahlprogramm der »Partei der Regionen« gehörte und beschuldigte die gegenwärtige Macht, d. h. Präsident Juschtschenko und die orange Regierung, die Bürgerrechte der russisch sprechenden Bürger zu verletzen.

In allen Fällen beriefen sich die gesetzgebenden Körperschaften in den Provinzen auf die »Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen«, die vom ukrainischen Parlament im Mai 2003 ratifiziert worden war. Die russische Sprache wurde damit *de facto* mit einer vom Aussterben bedrohten Sprache gleichgestellt, zu deren Schutz besondere staatliche Maßnahmen erforderlich sind. Das Justizministerium in Kiew zögerte nicht, auf diese groteske Verzerrung der Intention der Europäischen Charta hinzuweisen. Außerdem machte das Ministerium in seiner Stellungnahme deutlich, dass Stadt- und Gebietsparlamente keine Kompetenz haben, über den Status von Sprachen zu entscheiden. In der Sache widersprachen die Beschlüsse zudem der Verfassung und dem Sprachengesetz von 1989.

Auch zahlreiche andere Politiker des orangenen Lagers stellten sich gegen die Sprachenbeschlüsse im Osten. Julia Timoschenko sprach von »verfassungswidrigen Entscheidungen« und »Sprachenseparatismus«. Es wurden die Gerichte angerufen. Bislang ist nicht klar, ob und in welchem Umfang die Sprachenbeschlüsse der Provinzlegislativen umgesetzt wurden. Darüber hinaus ist zu bezweifeln, ob eine Umsetzung an der zuvor schon bestehenden Situation viel ändern würde. Die russische Sprache hat in den Städten des Ostens und Südens ohnehin eine starke Stellung, die nicht zuletzt durch das Sprachengesetz von 1989 geschützt wird, das die Verwendung der russischen Sprache in der lokalen und regionalen Verwaltung als Arbeits- und Amtssprache dort vorsieht, wo die Russen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Aber die Vorgänge im Frühsommer 2006 haben ohne Zweifel die politischen Emotionen angeheizt.

Ähnliches gilt für eine offizielle Verlautbarung des russischen Außenministeriums vom 27. September 2006, in der die Sprachenpolitik der Stadt Iwano-Frankiwsk scharf angegriffen wurde. Es sei jetzt verboten, in Schulen russisch zu sprechen oder in der Öffentlichkeit russische Bekanntmachungen anzubringen. Eine »Spracheninquisition« solle verhindern, dass Massenveranstaltungen auf Russisch durchgeführt werden. Zahlreiche Journalisten schwärmten daraufhin nach Iwano-Frankiwsk aus. Am Ende stellte der russische Konsul in Lemberg fest, die vom russischen Außenministerium verbreiteten Informationen und zahlreiche russische Presseartikel in dieser Sache seien »falsch und unbegründet«. Diese wenigen Beispiele zeigen, welche potentielle Sprengkraft in den Sprachenkonflikten steckt. Auch in Zukunft wird Gelassenheit nötig sein, um Eskalationen zu verhindern.

Über den Autoren:

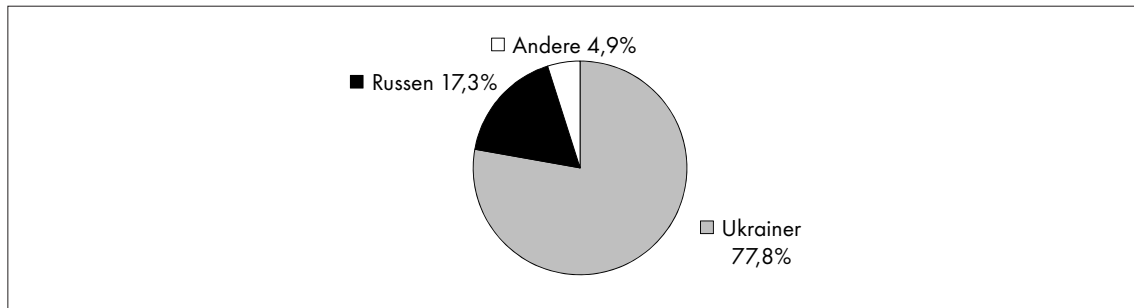
Prof. Dr. Gerhard Simon ist apl. Prof. für Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln und Lehrbeauftragter am Institut für Politik und Gesellschaft der Universität Bonn.

Lesetipps:

- Laada Bilaniuk: Contested Tongues. Language Politics and Cultural Correction in Ukraine, Ithaca 2005.
- Irma Oswald: Der ukrainisch-russische Sprachkontakt, in: Juliane Besters-Dilger (Hrsg.): Die Ukraine in Europa, Wien 2003, S. 309–335
- Juliane Besters-Dilger: Die aktuelle Sprachensituation in der Ukraine, in: Österreichische Osthefte 42, 4–5, 2000, S. 497–523

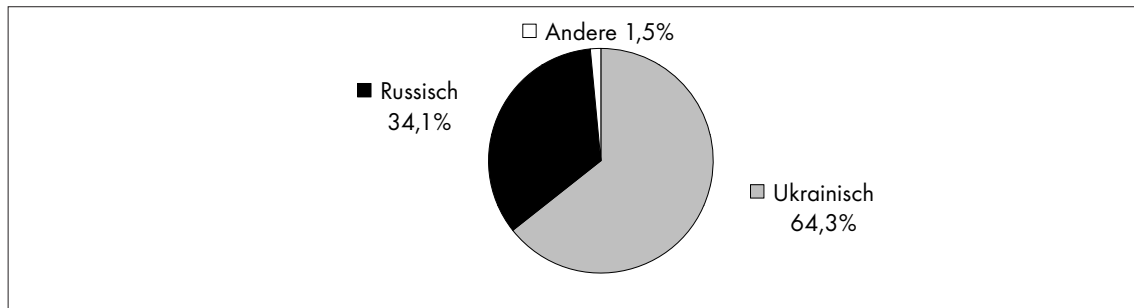
Statistiken und Umfragen zur Sprachenfrage

Grafik IV-1: Ukrainische Bevölkerung nach Nationalität



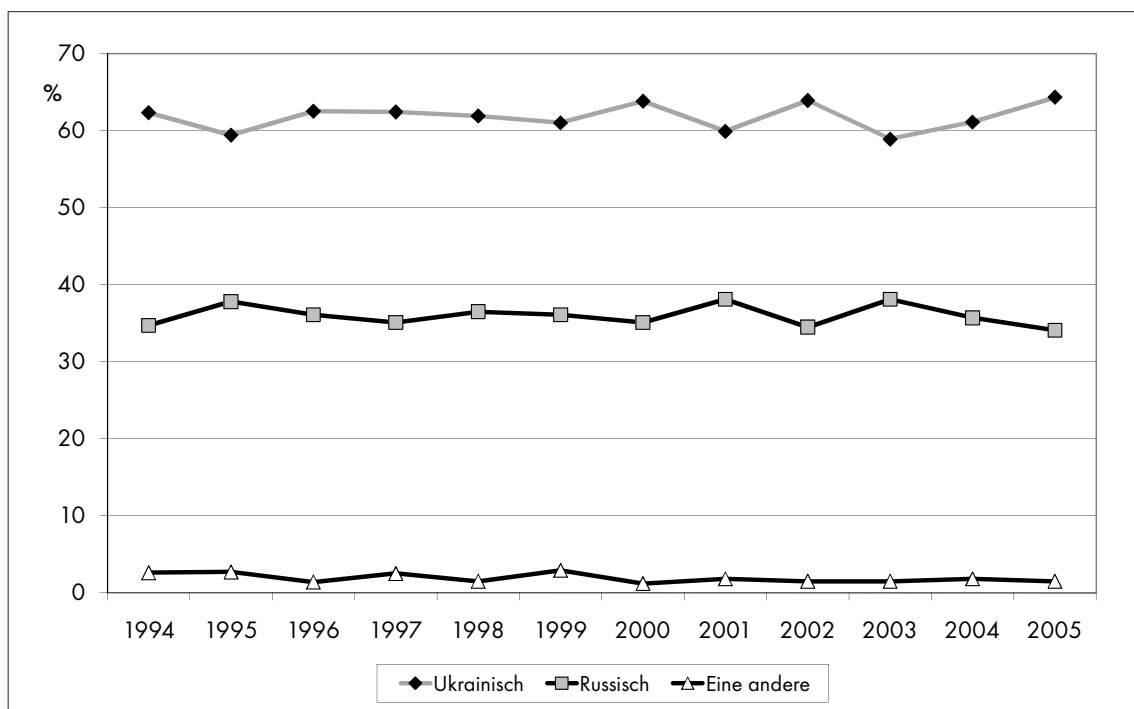
Quelle: Volkszählung 2001, <http://www.ukrcensus.gov.ua/rus/results/general/nationality/>

Grafik IV-2: Ukrainische Bevölkerung nach Muttersprache



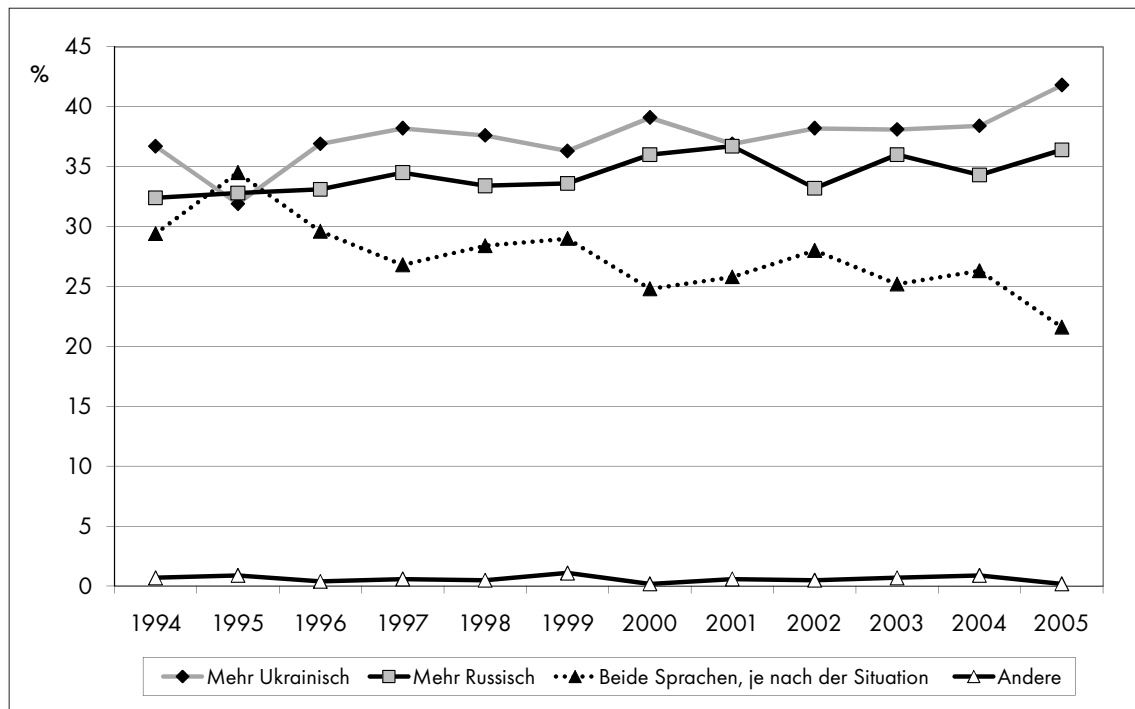
Quelle: Natalya Panina: *Ukrainian Society: 1994 – 2005, Sociological Monitoring. Institute of Sociology, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew 2005, S. 58*

Grafik IV-3: Welches ist Ihre Muttersprache?



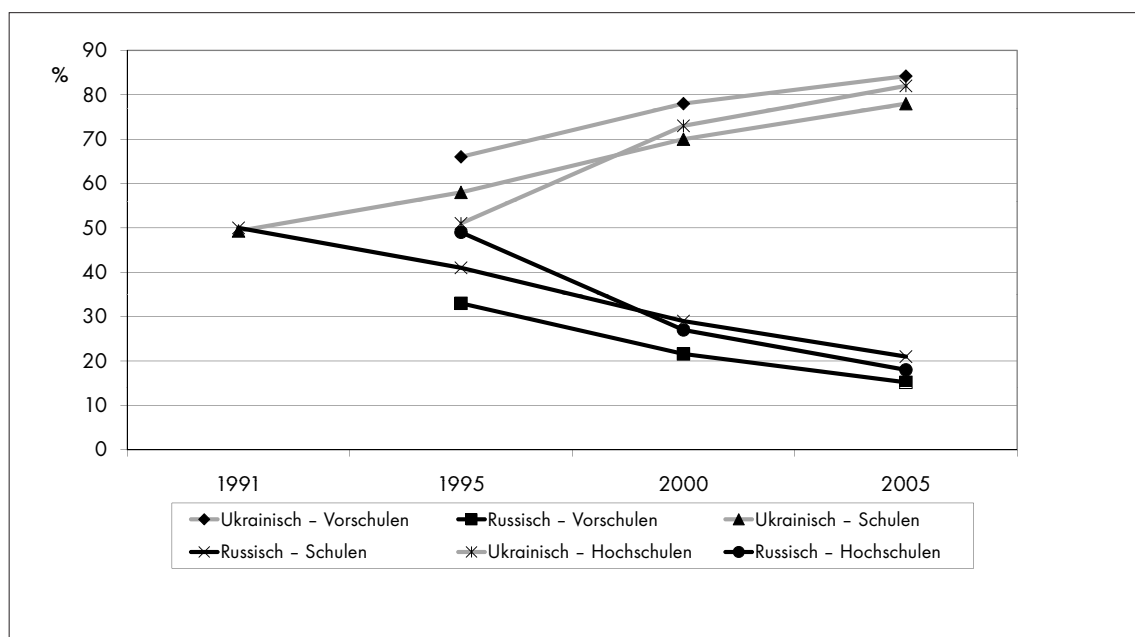
Quelle: Natalya Panina: *Ukrainian Society: 1994 – 2005, Sociological Monitoring. Institute of Sociology, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew 2005, S. 58*

Grafik IV-4: Welche Sprache sprechen Sie normalerweise zu Hause?



Quelle: Natalya Panina: *Ukrainian Society: 1994 – 2005, Sociological Monitoring. Institute of Sociology, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew 2005, S. 58*

Grafik IV-5: Unterrichtssprachen im Bildungswesen



Quellen: siehe Tabellen IV-1 bis IV-3

Tabelle IV-1: Ukrainisch und Russisch als Sprachen in den Vorschuleinrichtungen. Anteil der Kinder in Prozent

	Ukrainisch			Russisch		
	1995	2000	2005	1995	2000	2005
<i>Ukraine insgesamt</i>	<i>66,0</i>	<i>78,0</i>	<i>84,2</i>	<i>33,0</i>	<i>21,6</i>	<i>15,2</i>
Autonome Republik Krim	0,2	2,8	3,6	99,3	96,3	95,3
<i>Gebiete:</i>						
Winniza	99,9	100,0	99,9	0,1	-	-
Wolhynien	99,0	100,0	100,0	1,0	-	-
Dnipropetrowsk	77,0	84,5	89,2	23,0	15,5	10,8
Donezk	10,0	34,5	65,9	90,0	65,5	34,1
Shytomyr	98,0	99,8	100,0	2,0	0,2	-
Transkarpatien	89,0	90,2	88,6	1,0	0,6	0,5
Saporishshja	36,0	62,9	77,4	64,0	37,1	22,6
Iwano-Frankiwnsk	99,8	100,0	100,0	0,2	-	-
Kiew (Gebiet)	97,0	99,6	99,9	3,0	0,4	0,1
Kiew (Stadt)	99,0	99,9	99,9	1,0	0,1	0,1
Kirowohrad	96,0	98,2	99,2	4,0	1,8	0,8
Luhansk	14,0	19,7	35,6	86,0	80,3	64,4
Lemberg	99,6	99,7	99,9	0,3	-	-
Mykolajiw	71,0	90,4	96,2	29,0	9,6	3,8
Odessa	33,0	62,9	72,9	66,0	35,4	25,5
Poltawa	98,0	98,3	99,1	2,0	1,7	0,9
Riwne	99,6	99,9	100,0	0,4	0,1	-
Sumy	87,0	97,7	97,5	13,0	2,3	2,5
Ternopil	100,0	100,0	100,0	-	-	-
Charkiw	48,0	82,7	88,7	52,0	17,3	11,3
Cherson	82,0	83,2	86,3	18,0	16,8	13,7
Chmelnyzkyj	99,0	99,9	99,9	1,0	0,1	0,0
Tscherkasy	99,6	99,9	99,9	0,4	0,1	0,1
Tscherniwzi	92,0	93,6	91,3	0,5	0,2	-
Tschernihiw	92,0	99,5	99,9	8,0	0,5	0,1

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Ukraine für 2005, Kiew 2006, S. 454.

Tabelle IV-2: Ukrainisch und Russisch als Unterrichtssprachen an allgemein bildenden Schulen. Anteil der Schüler in Prozent

	Ukrainisch				Russisch			
	1991	1995	2000	2005	1991	1995	2000	2005
<i>Ukraine insgesamt</i>	49,3	58	70	78	50,0	41	29	21
Autonome Republik Krim		0,1	0,9	5	99,96	99,5	97	93
<i>Gebiete:</i>								
Winniza	81,3	91	98	99	18,7	9	2	1
Wolhynien	94,6	98	99	99,7	5,4	2	1	0,3
Dnipropetrowsk	31,1	46	68	78	68,9	54	32	22
Donezk	3,3	6	14	29	96,7	94	86	71
Shytomyr	76,6	86	96	99	23,3	14	4	1
Transkarpatien	81,7	84	86	86	7,3	4	2	1
Saporishshja	22,7	31	45	60	77,3	69	55	40
Iwano-Frankiwnsk	96,0	98	99	99,7	4,0	2	1	0,2
Kiew (Gebiet)	84,6	92	97	99	15,4	8	3	1
Kiew (Stadt)	30,9	70	93	96	69,0	30	7	4
Kirowohrad	62,2	75	89	96	37,8	25	11	4
Luhansk	6,7	9	17	34	93,3	91	83	66
Lemberg	91,8	96	98	99	8,1	4	2	1
Mykolajiw	43,5	56	74	87	56,5	44	26	13
Odessa	24,5	32	47	65	73,5	66	51	33
Poltawa	74,3	83	93	97	25,7	17	7	3
Riwne	93,6	99	99,7	99,9	6,4	1	0,3	0,1
Sumy	48,5	63	83	93	51,5	37	17	7
Ternopil	97,6	99	99,7	99,8	2,4	1	0,3	0,2
Charkiw	28,0	37	55	71	72,0	63	45	29
Cherson	51,7	60	76	83	48,3	40	24	17
Chmelnyzkyj	81,5	92	98	99,3	18,5	8	2	0,4
Tscherkasy	75,8	86	96	98	24,2	14	4	2
Tscherniwzi	67,7	78	81	81	15,7	5	2	0,7
Tschernihiw	67,1	81	94	99	32,9	19	6	1

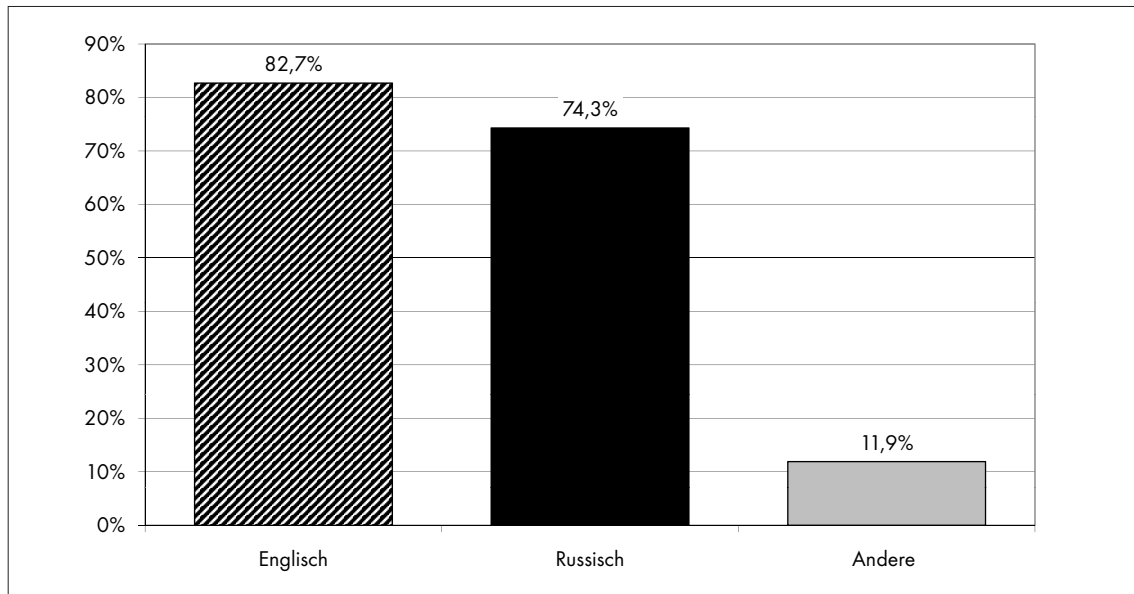
Quellen: Peter Hilkes: Nationswerdung und die Ukrainisierung des Bildungswesens, in: Gerhard Simon (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft-Wirtschaft-Politik (1991-2001), Köln 2002, S. 160-161; Statistisches Jahrbuch der Ukraine für 2005, Kiew 2006, S. 461.

Tabelle IV-3: Ukrainisch und Russisch als Unterrichtssprachen in den höheren Lehranstalten der III. und IV. Akkreditierungsstufe (Hochschulen, Akademien, Universitäten). Anteil der Studenten in Prozent

	Ukrainisch			Russisch		
	1995	2000	2005	1995	2000	2005
<i>Ukraine insgesamt</i>	51	73	82	49	27	18
Autonome Republik Krim	-	0,1	7	100	99,9	93
<i>Gebiete:</i>						
Winniza	85	99	99	15	1	1
Wolhynien	97	100	100	3	-	-
Dnipropetrowsk	32	62	79	68	38	21
Donezk	8	23	34	92	77	66
Shytomyr	78	92	97	22	8	3
Transkarpatien	100	98	97	-	-	-
Saporishshja	20	70	84	80	30	15
Iwano-Frankiwsk	100	100	100	-	-	-
Kiew (Gebiet)	99	99,8	100	0,8	0,2	-
Kiew (Stadt)	67	94	96	33	6	3
Kirowohrad	85	92	91	15	8	9
Luhansk	8	26	43	92	74	57
Lemberg	100	100	100	-	-	-
Mykolajiw	42	91	99,8	58	9	0,2
Odessa	30	66	76	70	34	24
Poltawa	68	83	99,1	32	17	0,9
Riwne	97	100	100	3	-	-
Sumy	41	100	99,8	59	-	0,2
Ternopil	100	100	100	-	-	-
Charkiw	31	66	76	69	34	23
Cherson	40	60	65	60	40	35
Chmelnyzkyj	99	99	99,8	1	1	0,2
Tscherkasy	84	98	99,8	16	2	0,2
Tscherniwzi	99,7	99,9	100	0,3	0,1	-
Tschernihiw	78	94	96	22	6	4

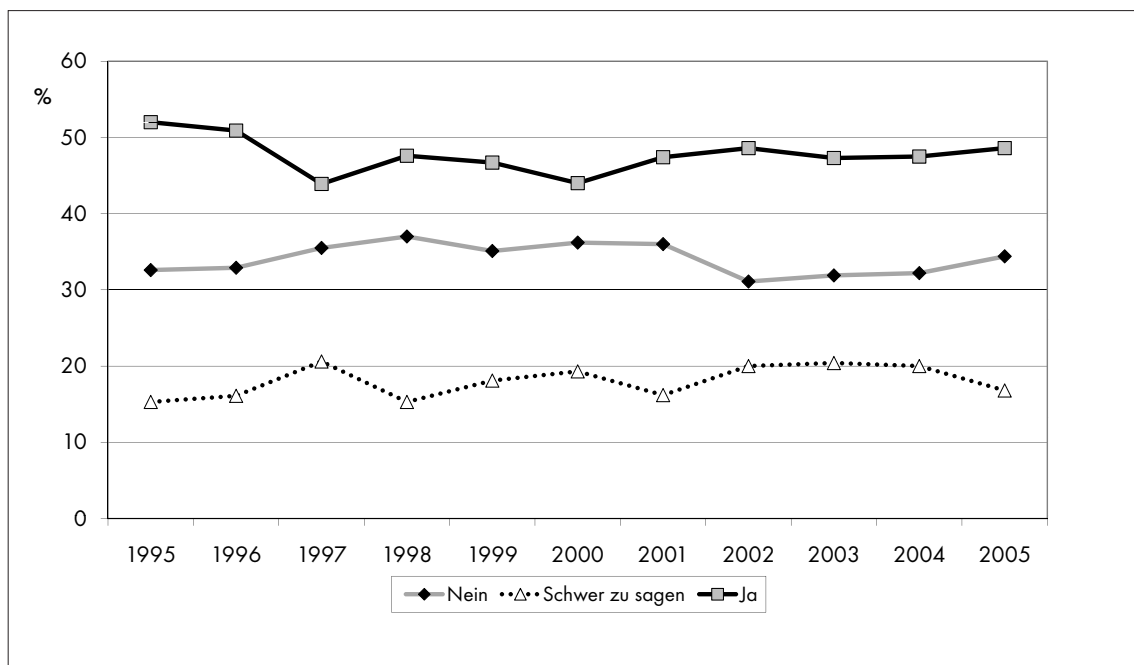
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Ukraine für 2005, Kiew 2006, S. 468.

Grafik IV-6: Welche Sprachen (außer Ukrainisch) müssen Ihrer Meinung nach an Sekundarschulen unterrichtet werden? (Mehrfachantworten möglich)



Quelle: Natalya Panina: *Ukrainian Society: 1994 – 2005, Sociological Monitoring. Institute of Sociology, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew 2005, S. 58*

Grafik IV-7: Glauben Sie, die russische Sprache sollte in der Ukraine einen offiziellen Status erhalten?



Quelle: Natalya Panina: *Ukrainian Society: 1994 – 2005, Sociological Monitoring. Institute of Sociology, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew 2005, S. 58*

Zur kirchlichen Situation in der Ukraine

Von Thomas Bremer, Münster

Einleitung

In wohl keinem anderen Staat Mittel- und Osteuropas stellt sich die kirchliche Lage derart kompliziert dar wie in der Ukraine. Gerade dort kommen all die Aspekte zusammen, die in anderen Nachfolgestaaten der UdSSR vereinzelt auftreten. Das führt dazu, dass es heute neben drei orthodoxen und zwei katholischen Kirchen zahlreiche evangelische Gemeinden und Organisationen gibt; außerdem ist der Islam (vor allem auf der Krim, unter den dort lebenden Tataren) sehr verbreitet. Diese komplexe Situation hängt damit zusammen, dass das Gebiet der heutigen Ukraine historisch zu sehr vielen und sehr unterschiedlichen Staaten gehörte. Das hat zum einen die Ausrichtung der Bevölkerung geprägt, also die Frage beeinflusst, ob sich das Land eher zum Westen oder eher nach Osten (d. h. nach Russland) orientieren sollte; daraus ergeben sich auch kirchliche Implikationen. Zum anderen hat es auch dafür gesorgt, dass ein ukrainisches Bewusstsein in den verschiedenen Teilen des Landes unterschiedlich entwickelt ist. In manchen Gebieten fühlt man sich sehr deutlich als Ukrainer und als zu Europa gehörig, am stärksten wohl im Westen, dem historischen Galizien, während man im Osten eine enge Verbindung mit Russland für wichtig hält.

Die kirchliche Landschaft

Die drei orthodoxen Kirchen in der Ukraine haben zwar sehr ähnliche Bezeichnungen, doch ganz unterschiedliche kirchliche und politische Ausrichtungen. Die größte ist die Ukrainische Orthodoxe Kirche, die oft mit dem Zusatz »Moskauer Patriarchat« von den anderen unterschieden wird (UOK-MP). Sie lebt in kirchlicher Gemeinschaft mit der Russischen Orthodoxen Kirche und genießt dort einen halbautonomen Status; ihr Oberhaupt, Metropolit Volodymyr, ist kraft seines Amtes Mitglied des Synods der Russischen Orthodoxen Kirche, doch kann die UOK-MP ihre inneren Angelegenheiten selber und unabhängig von Moskau verwalten. Vor allem aber ist sie die einzige Kirche, die von den anderen orthodoxen Kirchen als kanonisch anerkannt wird. Die meisten ihrer Gemeinden hat sie im Süden und im Osten des Landes.

Die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK) ist in der Zeit nach der Oktoberrevolution entstanden, als vom Regime die nationalen Bestrebungen in den nichtrussischen Republiken unterstützt wurden. Eine Gruppe von ukrainisch orientierten Priestern gründete unter etwas obskuren Umständen diese Kirche und wählte einen der Ihren zum Metropoliten, um sich von der ROK zu distanzieren, die unter der Zarenherrschaft die einzige anerkannte orthodoxe Kirche in der Ukraine war. Nach kurzer Zeit wurde auch die UAOK vom Regime verfolgt und vernichtet, so dass sie nur in der Emigration überleben konnte. In Nordamerika befanden sich Bischöfe, Priester und Gläubige dieser Kirche unter der kirchlichen Oberhoheit des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, der zwar eine Vorrangstellung in der Orthodoxie, aber nur wenig reale Macht hat. Mit der Perestrojka und dem absehbaren Ende der Sowjetunion wurde diese Kirche auch in der Ukraine wiedergegründet. Sie hat ihre Gemeinden vor allem im Westen des Landes und zeichnet sich durch eine deutlich antirussische Haltung aus. Mehrere Streitigkeiten und Konflikte haben in den letzten Jahren zu Spaltungen in der UAOK geführt.

Als die Russische Orthodoxe Kirche ihren Bistümern in der Ukraine einen unabhängigeren Status verlieh, trat der damalige Metropolit von Kiew Filaret zurück, weil er eine völlige Selbstständigkeit angestrebt hatte. Nach längeren Querelen und einer Zeit in der UAOK gründete Filaret schließlich die Ukrainische Orthodoxe Kirche – Patriarchat von Kiew (UOK-PK), in der er nach mehreren Jahren zum Patriarchen gewählt wurde. Auch diese Kirche vertritt eine ukrainische nationale Kirche und sieht sich als Kern der künftigen selbstständigen orthodoxen Kirche im Lande. Doch gilt Filaret für viele Orthodoxe als nicht tragbar; das Moskauer Patriarchat hat ihn inzwischen nicht nur in den Laienstand zurückversetzt, sondern aus der Kirche ausgeschlossen (exkommuniziert). Die UOK-PK wird von den übrigen Kirchen der Weltorthodoxie nicht als legitim anerkannt; dennoch genießt sie die Unterstützung der Regierung.

Einen wichtigen Faktor im religiösen Leben der Ukraine stellt die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) dar. Sie stammt aus dem ausgehenden 16. Jahrhundert; damals war ein Teil der orthodoxen Bischöfe eine so genannte Union mit der römischen Kirche eingegangen, um zur katholischen Kirche gehören zu können, allerdings unter Beibehaltung der eigenen Bräuche, der Liturgie und der Kirchendisziplin. Der daher stammende Name »unierte Kirche« wird allerdings von den Betroffenen selbst als diskriminierend verstanden. Nach wechselhaftem Schicksal und Verboten konnte diese Kirche seit der Perestrojka wieder legal existieren;

heute ist sie in Galizien die vorherrschende Kirche. Von den Orthodoxen wird sie als zwischenkirchliches Problem gesehen, da sie ja eigentlich durch einen »Verrat« am Glauben der Väter entstanden ist. In der UGKK ist seit dem 19. Jahrhundert das ukrainische Nationalbewusstsein zum Durchbruch gelangt; auch heute vertritt sie eine deutlich antirussische Haltung und beruft sich auf eine »Tradition der Kirche von Kiew«, die sowohl von ihr als auch von den ukrainisch eingestellten orthodoxen Kirchen vertreten werde.

Schließlich sei noch die römisch-katholische Kirche genannt. Sie ist vor allem im Westen der Ukraine präsent, unter Menschen, die polnischer Abstammung sind. Allerdings gibt es inzwischen auch in den übrigen Landesteilen Gemeinden. Die römisch-katholische Kirche bemüht sich darum, als Teil der Weltkirche zu erscheinen und das Image einer »polnischen Kirche« abzulegen. Dennoch wird sie von vielen Menschen noch so wahrgenommen. Zwischen den Hierarchien der griechisch-katholischen und der römisch-katholischen Kirche bestehen keine besonders engen Beziehungen, obgleich sie ja beide katholisch sind.

Über die Zahlen der Gläubigen lassen sich keine genauen Angaben machen. Das zuständige Staatskomitee für Nationalitäts- und Religionsangelegenheiten veröffentlicht jährlich die Zahl der offiziell registrierten Gemeinden. Allerdings macht es das sehr liberale Religionsgesetz der Ukraine, das 1991 noch im Rahmen der Sowjetunion verabschiedet wurde, sehr einfach, Gemeinden zu gründen, während es sehr kompliziert ist, nicht mehr bestehende Gemeinden wieder zu »schließen«, also sie wieder aus der Statistik zu nehmen. Daher scheint es auch in allen Religionsgemeinschaften »Phantomgemeinden« zu geben, die gegründet wurden, um etwa den Anspruch auf ein Kirchengebäude zu erheben oder Präsenz in einer Region zu dokumentieren, die aber tatsächlich nicht existieren.

Diese rechtliche Regelung hat zur Folge, dass es eine große religiöse Vielfalt in der Ukraine gibt, dass also neben den großen Religionsgemeinschaften auch viele kleine Gruppen existieren, die im ganzen Land nur über einige wenige Gemeinden verfügen. Außerdem gibt es bei allen Religionsgemeinschaften eine Zahl von nicht registrierten Gemeinden, die zum Teil auch von den staatlichen Behörden erfasst werden. Schließlich argumentieren vor allem Vertreter der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche (UGKK) damit, dass ihre Gemeinden von der Größe keineswegs mit denen der Orthodoxie zu vergleichen seien: »Gemeinde« bedeute in der UGKK unter Umständen eine große Kirche, in der mehrfach pro Sonntag gut besuchte Liturgien stattfänden, während sich in orthodoxen Gemeinden oft wenige Personen zum einzigen Sonntagsgottesdienst trafen. Dies ist nicht umfassend nachzuprüfen. Die Zahl der Gemeinden erlaubt aber nicht automatisch Rückschlüsse auf die Zahl der Gläubigen. Deshalb müssen alle statistischen Angaben unter diesen Vorbehalten betrachtet werden.

Neben diesen christlichen Kirchen und Gemeinschaften spielen andere Religionen zahlenmäßig kaum eine Rolle, mit Ausnahme der Muslime, die vor allem auf der Krim unter den Tataren anzutreffen sind. Sie haben 512 registrierte Gemeinden. Die Muslime sind in verschiedenen Verbänden zusammengeschlossen; außerdem gibt es bei ihnen mehr als 600 nicht registrierte Gemeinden. Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche Gemeinden vieler anderer Kirchen und Religionsgemeinschaften, die jedoch zahlenmäßig keine große Bedeutung haben.

Die politischen Implikationen

Der ukrainische Staatspräsident Viktor Juschtschenko hatte im Sommer 2008 die Initiative dazu ergriffen, dass die 1020-Jahr-Feier der »Taufe der Rus'«, also der Christianisierung der ostslawischen Stämme im Jahr 988, kirchlich begangen wurde, obgleich 1020 Jahre üblicherweise kein Datum ist, dem man größere Feiern widmet. Außerdem erklärte der Präsident nach dem Abschluss der Feierlichkeiten den Tag der Taufe zum staatlichen Feiertag in der Ukraine. Schon im Vorfeld der Feierlichkeiten hatte der Präsident seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass eine orthodoxe Nationalkirche der Ukraine entstehen werde. Befürchtungen der kanonischen Orthodoxie, wonach der Ökumenische Patriarch Bartholomaios seine Reise nach Kiew nutzen werde, um die nicht kanonischen Kirchen unter seine Jurisdiktion zu nehmen, sollten sich jedoch nicht erfüllen. Schließlich kam es am Rande der Feierlichkeiten zu einer Begegnung zwischen Bartholomaios und dem russischen Patriarchen Aleksij, der ebenfalls aus Anlass des Jubiläums Kiew besucht hatte. Es war das erste Treffen zwischen beiden Kirchenoberhäuptern seit 1997, die am Sonntag, dem 27. Juli 2008, gemeinsam die Liturgie feierten. Die offiziellen Erklärungen nach dem Gespräch erwecken den Eindruck, als wollten beide Seiten einen Bruch vermeiden und die Probleme durch Dialog lösen – seit mehreren Jahren schwelt nicht nur wegen der Situation in der Ukraine ein Konflikt zwischen diesen beiden orthodoxen Kirchen.

In den Äußerungen der Russischen Orthodoxen Kirche zum Jubiläum in Kiew ließ sich deutlich erkennen, dass sie das Jahr 988 als das Jahr *ihrer* »Taufe« empfindet. Immer wieder wurden die Einheit der Ostslawen betont und die Tendenzen verurteilt, die in den Äußerungen der staatlichen ukrainischen Behörden deutlich geworden sind, die Ukraine als die legitime Erbin der Kiever Rus' zu betrachten. Die Regierung unterstrich

diese Haltung, indem sie den Ökumenischen Patriarchen auf dem höchsten protokollarischen Niveau empfing, während der Besuch des russischen Patriarchen mit deutlich weniger Aufwand begangen wurde. Diese Position zeigte sich auch einige Wochen später, als zum ukrainischen Unabhängigkeitstag am 24. August in der berühmten Sophienkathedrale ein Gottesdienst stattfand. Die Kirche gehört dem Staat und wird als Museum geführt; vermutlich will man sie erst einer einheitlichen ukrainischen Kirche zur Verfügung stellen, um jetzt Streit zwischen den Denominationen zu vermeiden. Jedenfalls wurde der Gottesdienst vom Kirchenrat organisiert, einer staatlichen Institution, in der die Kirchen des Landes vertreten sind, und er wurde von Vertretern der UOK-PK geleitet.

Mit der Unabhängigkeit der Ukraine wurde bei den politischen Eliten des Landes der Gedanke immer stärker, dass es im Lande auch eine einheitliche Kirche geben solle. Während der erste Präsident nach der Unabhängigkeit, Leonid Krawtschuk, das »Kiewer Patriarchat« unterstützt hatte, stand sein Nachfolger Kutschma der Kirche in Gemeinschaft mit Moskau näher. Der jetzige Präsident Juschtschenko hat sich in seiner Zeit als Ministerpräsident von 1999 bis 2001 und auch am Beginn seiner Präsidentschaft seit 2005 eher zurückgehalten, war dann aber später eher der UOK-PK und deren Interpretation einer nationalen orthodoxen Kirche zugeneigt.

Ein erschwerender Faktor für eine Einheit der Orthodoxie liegt in der Person von Metropolit Filaret. Einerseits war er ja in der Sowjetzeit trotz seiner ukrainischen Herkunft ein Vertreter der »russischen« Linie, andererseits wurde bekannt, dass er auch als Erzbischof für den KGB gearbeitet hatte. Mit diesen Details aus seinem Leben war er für alle Bischöfe, Priester und Gläubigen nicht mehr tragbar, denen eine untadelig »ukrainische« Haltung oder eine kompromisslose Position in der Sowjetzeit wichtig war.

Die Spaltung des Landes und der Kirchen zeigte sich deutlich während der so genannten »Orangen Revolution« im Winter 2004/2005. An den Protesten und der sie begleitenden Debatte nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen beteiligten sich auch Vertreter der verschiedenen Kirchen. Da der Kandidat Janukowitsch aus dem Osten des Landes stammte, als prorussisch galt und die Unterstützung der russischen Regierung genoss, engagierte sich vor allem die UOK-MP für ihn. Die UGKK und das UOK-PK hingegen riefen zur Unterstützung von Juschtschenko auf. Ein Aufruf, der sich gegen die Wahlfälschungen verwahrte, wurde im November 2004 von den Oberhäuptern der UOK-PK, der UGKK, der römisch-katholischen Kirche und zwei protestantischen Kirchenführern unterzeichnet. Die gleiche Gruppe schrieb kurz darauf einen Offenen Brief an den noch amtierenden Präsidenten Kutschma. Interessanterweise hielt sich die UAOK bei diesen Aufrufen zurück. Das mag mit der inneren Situation der UAOK zusammenhängen, auch mit der Tatsache, dass der Hauptinitiator der Aufrufe das Oberhaupt der UOK-PK Filaret war.

Grundsätzliche Überlegungen

In der Ukraine zeigen sich zwar viele Phänomene aller postsozialistischen Länder, doch hängen die größten Probleme des Landes in kirchlicher Hinsicht mit den Besonderheiten und der Geschichte der Ukraine zusammen. Die Ukraine ist ein Land an der Linie zwischen dem ostkirchlichen und dem westkirchlichen Bereich, sie hat als Staat in ihrem jetzigen Territorium keine lange Tradition, weil sie über viele Jahrhunderte zu verschiedenen, miteinander konkurrierenden Staaten gehörte, und die nationale Identität ist in den unterschiedlichen Teilen des Landes verschieden stark ausgeprägt. Die Nachbarstaaten und die in ihnen dominierenden Kirchen haben Interesse an der Situation in der Ukraine, und vor allem hängt die Lösung vieler kirchlicher Probleme von auswärtigen Faktoren ab, die die Menschen in der Ukraine kaum beeinflussen können: Ohne die Verantwortlichen in Moskau, Konstantinopel und Rom lassen sie sich nicht einer Klärung näher bringen. Die innerukrainischen Akteure haben also nicht viele Möglichkeiten, die Situation alleine zu verändern. Da sie außerdem noch divergierende Interessen haben, ist kaum zu erwarten, dass sich die Situation in absehbarer Zeit bessert. Die kirchliche Situation ist in gewisser Hinsicht ein komplexes Abbild der politischen und gesellschaftlichen Lage im Lande. Sowohl in politischer als auch in kirchlicher Hinsicht ist daher ein Kurs notwendig, der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt.

Über den Autor

Thomas Bremer unterrichtet Ostkirchenkunde und Ökumenische Theologie an der Katholisch-theologischen Fakultät der Universität Münster.

Lesetipps

- Thomas Bremer (Hg.): Religion und Nation. Die Situation der Kirchen in der Ukraine, (Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa, Bd. 27), Wiesbaden 2003.
- Regelmäßiger Newsletter: Nachrichtendienst Östliche Kirchen, www.kirchen-in-osteuropa.de

Pluralität der Erinnerung

Von Andrij Portnov, Zeitschrift Ukraina Moderna, Lwiw

Die postsowjetische Ukraine ist zu einem guten Teil ein Produkt des Zweiten Weltkrieges. Durch den Krieg vergrößerte sich das Territorium der Ukraine (damals Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik) um Ostgalizien, Wolhynien, die Südbukowina und Transkarpatien, die in der Zwischenkriegszeit zu Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei gehört hatten. Während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren änderte sich auch die Bevölkerungsstruktur des Landes dramatisch. Der Genozid der Nationalsozialisten an den Juden, die Übergriffe der UPA (*Ukrainska Powstanska Armija*, Ukrainische Aufstandsarmee) auf die polnische Bevölkerung und der sowjetisch-polnische »Bevölkerungsaustausch« führten dazu, dass Ostgalizien und Wolhynien fast monoethnisch ukrainisch wurden. Alle Gebiete, die heute zur Ukraine gehören, waren mehrere Jahre lang von den Nationalsozialisten okkupiert. Darauf folgten die traumatische Erfahrung der Wiederherstellung der Sowjetherrschaft und die Etablierung sowjetischer Regeln und Praktiken in Politik und Gesellschaft. Daher ist der Krieg heute Ausgangspunkt aller Debatten über die Identität der Ukraine.

In den Debatten dominiert die Metapher der »zwei Ukrainen«. Sie fand in der Orangefarbenen Revolution großen Anklang und stellt für viele inzwischen ein beinahe universelles Erklärungsmuster dar. Auch die internationalen Massenmedien berichten oft und gern über die zivilisatorisch »tief gespaltene« Ukraine, deren »proeuropäischer« Westen gegen den »russlandfreundlichen, marktfeindlichen« Osten kämpfe. Dadurch hat sich sowohl in den ausländischen als auch in den ukrainischen Medien die Auffassung durchgesetzt, die gesamte russischsprachige Bevölkerung der Ukraine sei russlandfreundlich und marktfeindlich, was jedoch nicht zutrifft.

Die These von den »zwei Ukrainen« hat die Bandbreite der politischen Wahlmöglichkeiten vermeintlich verengt. Die Dichotomie verdeckt den Blick auf die Vielfalt der Regionen in der Ukraine. Verdrängt wurde dadurch unter anderem die überaus interessante Tatsache, dass die blau-gelbe Flagge in den politischen Auseinandersetzungen des Jahres 2004 von allen Lagern als parteiübergreifendes Symbol aufgenommen wurde, es demnach zu einer Akzeptanz der Flagge durch Bevölkerungsgruppen kam, die sie früher mit »Nationalismus« assoziiert hatten. Die gelb-blaue Flagge war erstmals in der Ukrainischen Volksrepublik, die vom 22. März bis 29. April 1918 bestand, Staatssymbol. Der anschließend durch einen Staatsstreich gegründete Ukrainische Staat drehte die Reihenfolge der Farben um und erhob die blau-gelbe Flagge zur Nationalfahne. Beide Regierungen galten in der sowjetischen Tradition als nationalistisch. Der Mythos von den »zwei Ukrainen« wurde von intellektuellen Kreisen, insbesondere von Mykola Rjabtschuk und Jurij Andruchowytsch, Anfang der 1990er Jahre erstmals formuliert. Sie unterschieden zwischen einer national bewussten und einer »kreolischen« Ukraine, wobei erstere die angestrebte Norm darstellte. Diese Gegenüberstellung machte aus den russischsprachigen Ukrainern die Anderen. Zur Unterscheidung der beiden Ukrainen dient laut Volodymyr Kulyk einzig das Kriterium der Sprache. Den Unterschieden innerhalb der beiden Gruppen schenken die Befürworter der These von den »zwei Ukrainen« keine Beachtung.

Jaroslav Hrycak hat zu Recht darauf hingewiesen, dass regionale Unterschiede in einem so großen Land wie der Ukraine selbstverständlich seien und dass man mehr als nur zwei Ukrainen unterscheiden könne. Zudem reiche die Gegenüberstellung von lediglich zwei geographischen und politischen Extremen – Lwiw und Donezk – nicht aus, um Schlussfolgerungen für das gesamte Land zu ziehen. In empirischen Untersuchungen fand Hrycak heraus, dass sich die Mehrheit der Lwiwer Bevölkerung zwar politisch gegen alles Sowjetische ausspricht, viele Menschen jedoch die sowjetischen paternalistischen sozialen und ökonomischen Werte verinnerlicht haben und nach wie vor pflegen. So zeigen Umfragen aus den Jahren 2004 und 2006, dass sich die Befragten sowohl in Lwiw als auch in Donezk allgemein für eine Umverteilung der Einkommen aussprechen, um die soziale Ungleichheit abzubauen, und dass viele Menschen sehr hohe Erwartungen an den Staat haben, was soziale Sicherheit angeht. Demnach ist »sowjetisch sein« – unabhängig davon, ob es positiv oder negativ bewertet wird – kein Charakteristikum einer bestimmten Region der Ukraine, auch wenn die Meinungen über die Sowjetunion und die Russische Föderation im Osten und im Westen des Landes stark auseinandergehen mögen.

Auch wenn die Metapher von den »zwei Ukrainen« in gewissen Bereichen ihre Berechtigung hat, ist sie höchst problematisch. Durch vereinfachende Darstellungen und die Instrumentalisierung für politische Zwecke entstand das Bild zweier klar abgegrenzter, geschlossener und antagonistischer Gruppierungen in der Ukraine. Der Analyserahmen, den das Bild von den »zwei Ukrainen« vorgibt, ist allerdings zu eng, um die Realität zu erfassen. Auch die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg lässt sich nicht in ein dichotomes Schema pressen, sondern ist je nach Region und persönlicher Erfahrung unterschiedlich.

Die Koexistenz ideologisch gegensätzlicher und auf den ersten Blick unvereinbarer Denkmäler, die unterschiedliche Auffassungen von der ukrainischen Geschichte widerspiegeln (allen voran die sowjetische und die ethnozentrierte), ist eine Besonderheit der modernen Ukraine. In Kiew gibt es etwa neben der *Mutter-Heimat* auch das Ensemble von Babij Jar, in Lwiw wurde kürzlich ein Denkmal für den braven Soldaten Schwejk enthüllt, und in Dnipropetrowsk stehen Dutzende Denkmäler für die Sowjetsoldaten.

Die regionalen Machtapparate, die aufgrund des zentralisierten politischen Systems mit wenig Kompetenz ausgestattet sind, haben im Denkmalsbau ein dankbares Betätigungsfeld gefunden. Welche Position einzelne Politiker beziehen, hängt häufig von ihren persönlichen machtpolitischen Erwägungen ab. Im Unterschied zu anderen südukrainischen Städten wurden im Zentrum von Odessa Anfang der 1990er Jahre systematisch alle Lenin-Denkmäler entfernt. Eine zentrale Straße wurde sogar nach dem Oberkommandierenden der UPA, Roman Schuchewytsch, benannt. All dies ging auf die Initiative des Bürgermeisters Eduard Hurvic zurück. Interessanterweise regte derselbe Hurvic 2007 an, ein Denkmal für Zarin Katharina II. wieder aufzustellen. Die Figur von Katharina II ist in der ukrainischen nationalen Geschichtsschreibung negativ besetzt, da sie die Leibeigenschaft eingeführt und den »Kosakenstaat« Zaporosher Sitsch aufgelöst hatte.

Die Existenz mehrerer regionaler Zentren mit jeweils eigenen Geschichtsbildern sorgt für einen gewissen Pluralismus in der Öffentlichkeit und verhindert, dass eines dieser Bilder in der gesamten Ukraine dominiert. Die gesellschaftliche Stabilität wird gerade dadurch aufrechterhalten, dass es keine konsequente staatliche Denkmalpolitik gibt. Dieser Pluralismus entsteht aus der Wechselwirkung unterschiedlicher Geschichtsbilder, von denen jedes für sich genommen recht einseitig und autoritär ist. Die Politik zeichnet sich seit der Unabhängigkeit des Landes nicht durch langfristige Planung und feste Strategien, sondern durch situative Reaktionen aus. Das differenzierteste Nationsbild ist in Schulbüchern für den Geschichtsunterricht zu finden. Allerdings ist auch hier der Versuch, den Begriff *Großer Vaterländischer Krieg* zu vermeiden, fehlgeschlagen. Selbst ein »hundertprozentig richtig« verfasstes Lehrbuch stößt im Schulalltag auf einen pluralistischen Hintergrund. Massenmedien, die Schule und nicht zuletzt die Lehrer mit ihren persönlichen Überzeugungen vertreten jeweils unterschiedliche Positionen.

Es ist ungemein schwierig, die Identität der Bürger der Ukraine, die das ethnonationale Muster ablehnen, genau zu benennen, allein schon wegen ihrer dynamischen Selbstreflexion. Einzelne Elemente des sowjetischen Mythos, des Populismus und der Nostalgie, die man in Anlehnung an John-Paul Himka vorsichtig als »post-sowjetische« Identität bezeichnen könnte, stellen eine recht amorphe Alternative zum nationalen Muster dar. Sie bilden eine schwer fassbare Mischung aus Vorstellungen, deren einzige Konstante das schwache Interesse an nationalen Fragen und die prinzipielle Ablehnung eines exklusiven, ethnischen Nationalismus bilden. Die Suche nach einer historisch fundierten Legitimation der Ukraine dauert an.

Aus dem Ukrainischen von Claudia Dathe, Jena

Über den Autoren

Dr. Andrij Portnov ist Redakteur der Zeitschrift *Ukraina Moderna*.

Lesetipp

Eine ausführlichere Darstellung des Autors zum Thema findet sich in der Zeitschrift *OSTEUROPA* Heft Nr. 6/2008.

»Nationalukrainischer Befreiungskampf«.

Die Umwertung des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine

Von Wilfried Jilge, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e. V. Leipzig

Zusammenfassung

Solange die Ukraine zur Sowjetunion gehörte, bestimmten die Symbole und Praktiken des Mythos vom *Großen Vaterländischen Krieg* das Gedenken an den Krieg. Seit der Unabhängigkeit verändert sich die ukrainische Erinnerungskultur. Zwar bleibt der Zweite Weltkrieg ein zentrales Thema. Doch Nationalhistoriker deuten ihn aus nationalukrainischer Sicht neu. In den Mittelpunkt der staatlichen Geschichtspolitik und der öffentlichen Erinnerungskultur rückt der Untergrundkampf der »Organisation der Ukrainischen Nationalisten« (OUN) und der »Ukrainischen Aufstandsarmee« (UPA). Deren Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht und die Verwicklung in den Judenmord sind in der Öffentlichkeit weitgehend tabu. Die Identitätsstiftung und Konsolidierung einer an demokratischen Werten orientierten Nation gelingen jedoch nur, wenn diese weißen Flecken der Geschichte der Nationalbewegung aufgearbeitet werden.

Einleitung

Die Ukraine war einer der Hauptschauplätze des Zweiten Weltkrieges. Ihre Bevölkerung wurde Opfer der schlimmsten Kriegsverbrechen der deutschen Besatzungsherrschaft. Die für Staat und Gesellschaft existentielle Kriegserfahrung ist durch Zeitzeugen und deren mündliche Überlieferung in der heutigen Erinnerung der Ukrainer noch unmittelbar gegenwärtig. In der Ukraine gehört der 9. Mai, der »Tag des Sieges« der Roten Armee im *Großen Vaterländischen Krieg*, zu den bedeutendsten gesetzlichen Feiertagen. In den östlichen und südlichen Regionen, aber auch in Teilen der Zentralukraine dominieren noch immer sowjetische Rituale und Traditionen das Gedenken an den Krieg, ohne dass es in diesen völlig aufgeht. Anders ist das Bild in den galizischen und wolhynischen Gebieten der Westukraine. Hier prägt das Gedenken an den Untergrundkampf der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (*Organisazija Ukraïns'kykh Nazionalistiv*, OUN) und der Ukrainischen Aufstandsarmee (*Ukrainska Powstanska Armija*, UPA) die öffentliche Denkmals- und Erinnerungskultur.

Die überwiegende Mehrheit der Ukrainer war Opfer von Krieg und Besatzungsregime. Nach unterschiedlichen Schätzungen hat die Ukraine mit fünf bis sieben Millionen oder gar mehr Menschen gewaltige Bevölkerungsverluste erlitten. Gleichzeitig war die Ukraine ein Hauptschauplatz der Vernichtung der europäischen Juden. Nationalistische Organisationen der Ukrainer, aber auch viele Bewohner kollaborierten in unterschiedlichen Perioden mit den Deutschen oder waren in die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht verstrickt. Die Aufarbeitung wird erschwert, weil die ukrainische Gesellschaft mehrere totalitäre Vernichtungserfahrungen verarbeiten muss: Die Bevölkerung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (URSS) war bereits vor dem Krieg Opfer sowjetischen Terrors, besonders brutal von der Großen Hungersnot 1932/33 betroffen und erlebte im Krieg aufeinanderfolgende, wechselnde und doppelte Besatzungen.

Geschichtspolitische Kontroversen um den Zweiten Weltkrieg

Die Delegitimation des Mythos vom *Großen Vaterländischen Krieg*, der seit den 1960er Jahren zum staatsfundierenden Mythos der Sowjetunion geworden war, und die Integration der neuen Sichtweise des Krieges in das nationale Geschichtsbild setzten in der Ukraine erst gegen Ende der Perestrojka ein. Damit ging eine Infragestellung des sowjetischen Systems und der Zugehörigkeit der Ukrainischen Sowjetrepublik zur Sowjetunion einher.

Die Deutung des Krieges und die damit verbundene und von Teilen der Nationalbewegung angestrebte Aufwertung von OUN und UPA waren in der Ukraine seit der Perestrojka nicht nur innenpolitisch zwischen den Anhängern der Nationalbewegung *Ruch* und der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) umstritten, sondern überlagern seit der Unabhängigkeit auch die außenpolitischen Kontroversen mit Russland etwa um die Schwarzmeerflotte und den Status der Krim.

Gleichwohl gelang es in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit verhältnismäßig zügig, die individuelle und juristisch-vergangenheitspolitische Dimension der UPA-Problematik zu lösen. In dem Gesetz »Über den Status der Kriegsveteranen und die Garantien ihres sozialen Schutzes« vom 22.10.1993 wurden Kämpfer der Ukrainischen Aufstandsarmee, die an den Kampfhandlungen gegen die deutsch-faschistischen Eroberer

rer in dem zwischenzeitlich besetzten Territorium der Ukraine in den Jahren 1941 bis 1944 teilnahmen und keine Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit begingen, ausdrücklich als »Teilnehmer an Kampfhandlungen« anerkannt und erhielten so den offiziellen Status von Kriegsveteranen. Höchst umstritten blieb aber die geschichtspolitische Dimension: die Forderung nach Rehabilitierung der Kämpfer von OUN und UPA als Kämpfer für die »Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine«. Erhoben wurde diese Forderung erstmals 1991 von Veteranen der UPA, nationalistischen Parteien und einem großen Teil der aus der Unabhängigkeitsbewegung *Ruch* hervorgegangenen nationaldemokratischen Kräfte im ukrainischen Parlament. »Organisationen der Veteranen der Ukraine«, d. h. die Vertretung der Veteranen der Roten Armee sowie linke Parteien (kommunistische Abgeordnete und Teile der Sozialistischen Partei der Ukraine/SPU), lehnten die Forderung entschieden ab, da sie in OUN und UPA meist pauschal »Verräter des ukrainischen Volkes« und Kollaborateure der deutschen Faschisten sehen. Die Frage, wie OUN und UPA einzuschätzen sind, ist bis heute eine Schlüsselfrage in den öffentlichen Kontroversen um ein nationales (Kriegs-)Geschichtsbild.

Nationale Akzentverschiebung unter Präsident Juschtschenko

Der im Januar 2005 als Präsident vereidigte Viktor Juschtschenko und die »orangefarbenen Regierungen« setzten in ihrer Geschichtspolitik deutlich stärker nationale Akzente als dies in der späten Kutschma-Ära der Fall gewesen war. In einem wesentlichen Punkt unterschied sich Juschtschenko von seinem Vorgänger: Er ließ die ukrainischen Medien unangetastet und nutzte sie nicht zur Manipulation der regional unterschiedlichen Erinnerungskulturen. Vielmehr präsentiert er der ukrainischen Öffentlichkeit in allen Regionen ein national ausgerichtetes Geschichtskonzept: Er thematisiert die Erinnerung an »nationale Helden«, z. B. den in den russländisch-ukrainischen Beziehungen höchst umstrittenen Kosakenhetman Iwan Masepa auch bei Auftritten in den überwiegend russischsprachigen südlichen und östlichen Regionen, wo die Identifikation mit ukrainischen Helden deutlich geringer ist als im Westen des Landes.

Einer der Schwerpunkte auf der geschichtspolitischen Agenda von Präsident Juschtschenko und seinen Anhängern in der Parlamentsfraktion *Unsere Ukraine* sowie des *Blocks Julia Timoschenko* wurde die Aufarbeitung der totalitären sowjetischen Vergangenheit. Im Zentrum stand zunächst die staatliche Erinnerung an die Opfer der Großen Hungersnot 1932/1933 (*Holodomor*) in der Ukraine. Kristallisationspunkt wurde der vom Präsidenten ins Parlament eingebrachte und schließlich leicht modifiziert verabschiedete Gesetzesentwurf, mit dem der Holodomor als ein von der sowjetischen Führung geplanter Genozid am ukrainischen Volk anerkannt werden sollte. Auch die Rehabilitierung der OUN und der UPA als »Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine« rückte in den Mittelpunkt der offiziellen Geschichtspolitik.

Auf Initiative des Präsidenten wurde im Juli 2005 das *Ukrainskyj instytut nazionalnoi pamjati* (Ukrainische Institut des nationalen Gedenkens, UINP) gegründet. Als »zentrales Organ der exekutiven Gewalt mit speziellem Status« soll es die staatliche Geschichtspolitik fördern und popularisieren. Die im Juli 2006 beschlossenen Statuten des Instituts lesen sich wie ein Programm zur Förderung der Nationsbildung und eines ethnonationalen Geschichtsbildes. Das Holodomor-Gedenken und die »Verewigung des Gedenkens ... der Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine« bilden derzeit neben der Verbreitung von »objektiven Informationen« zur ukrainischen Geschichte den Schwerpunkt.

Am 14. Oktober 2005 unternahm die Regierung Jechanurov anlässlich des offiziellen Gründungstages der UPA erste Schritte zur Rehabilitierung und Anerkennung der Veteranen von OUN und UPA. Unter dem Vorsitz des Vizepremierministers für humanitäre Angelegenheiten, Wjatscheslaw Kyrilenko, billigte die Regierungskommission zur Untersuchung der Tätigkeit von OUN und UPA die fachliche Schlussfolgerung der Historiker-Arbeitsgruppe am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Ukraine. In einem Interview betonte Kyrilenko: OUN/UPA waren derjenige militärisch-politische Faktor, der unmittelbar Einfluss auf den Kampf des ukrainischen Volkes für Staatlichkeit und Souveränität nahm.

Schon hier stand nicht mehr die umfassende rechtliche Rehabilitierung der Veteranen der UPA, sondern die geschichtspolitische Legitimationsfunktion von OUN und UPA im Vordergrund.

Bereits zuvor präsentierten Historiker der Akademie der Wissenschaften und der Kiewer Universitäten die Umwertung des Kriegsgeschichtsbildes in einem Offenen Brief an die gerade eingesetzte »orangefarbene« Staatsführung. In dem Brief forderten die Historiker »eine ukrainozentrische Konzeption« der Geschichte des Krieges. Im Sinne der moralisch-ideologischen Umwertung der sozialistischen Vergangenheit stellten sie die »ideologisierte« und »mythologisierte« sowjetische Konzeption der (eigenen) »objektiven« Forschung gegenüber. Hinter den nachvollziehbaren Warnungen vor den Nachwirkungen der sowjetischen Geschichtspropaganda trat jedoch unverhüllt die Absicht hervor, die unabhängige Ukraine durch eine Umwertung der Geschichte politisch und moralisch zu legitimieren.

Als unmittelbaren Anlass für ihr Anliegen nannten die Historiker die drohende Rückkehr der »Stalinschen-Breshnewschen Konzeption der Geschichte des Krieges« in die Geschichtsschulbücher der Ukraine, die von linken bzw. kommunistischen Kräften und dem Veteranenverband der Soldaten der Roten Armee betrieben werde. Diese dramatische Beschwörung von Gefahren für das nationale Gedächtnis war nach der späten Kutschma-Zeit und ihrer resowjetisierenden Geschichtspropaganda zwar verständlich, nach dem Sieg der »orangefarbenen« Kräfte aber weit übertrieben. Sie war jedoch geeignet, dem Problem Aufmerksamkeit zu verschaffen und sich der neuen Regierung als »Hüter der Nationalgeschichte« für weitere Aufgaben zu empfehlen.

Trotz der sich abzeichnenden nationalen Umwertung des öffentlichen Bildes von der Geschichte des Krieges räumte Präsident Juschtschenko der Versöhnung der Veteranen beider Seiten zunächst Priorität ein, um die »Eintracht« und die »Konsolidierung der Nation« in der nach der »orangefarbenen Revolution« polarisierten Gesellschaft zu fördern. Anlässlich des 60. Jahrestages des »Sieges im *Großen Vaterländischen Krieg*« rief der Präsident die Veteranen zur Versöhnung auf. Die Vorstellung vom ukrainischen Volk als einer heroischen Opferration diene als Gemeinsamkeit. Zugleich sollte das Heldentum der Millionen Ukrainer, die sowohl auf Seiten der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg als auch als Kämpfer von OUN/UPA umgekommen waren, dem nationalen Selbstbewusstsein als Quelle dienen:

Ich bin überzeugt, dass die Ukraine stolz sein soll, dass wir zu den Staaten gehören, die in den Jahren des Zweiten Weltkrieges gesiegt haben. Und die Menschen, die unsere Erde, die uns und unser Land vertreten haben, sind unsere Helden.

Diese öffentlich inszenierte Versöhnung hatte allerdings wenig Erfolg. Sie scheiterte u. a. deswegen, weil ein Dialog über inkompatible Kriegserfahrungen nicht kurzfristig »von oben« in Gang gesetzt werden kann. Darüber hinaus lag dem Projekt bereits eine für die offiziellen Nationalhistoriker charakteristische, aber von den sowjetischen Veteranen nicht tolerierte Prämisse zugrunde: Demnach bedurfte es nur der Reinigung der OUN/UPA-Geschichte von sowjetischen Stereotypen, um ihren wahren Charakter als antitotalitäre Widerstandsbewegung sichtbar zu machen und ihr in breiten Teilen der Gesellschaft zu Akzeptanz zu verhelfen.

Der Zweite Weltkrieg als Teil des »Nationalen Befreiungskampfes«

Präsident Juschtschenko wies anlässlich des Gründungstages der UPA im Oktober 2006 die Regierung Janukowitsch an, die fachliche Schlussfolgerung der Historiker-Arbeitsgruppe als Ausgangspunkt zu nehmen und einen Gesetzentwurf zur Anerkennung von OUN und UPA als ukrainische Befreiungsbewegung der 1920er bis 1950er Jahre auszuarbeiten. Der Präsident wählte das in der ukrainischen Gesellschaft am meisten umstrittene Thema, um die »Konsolidierung ... der ukrainischen Nation« und die »Erneuerung des nationalen Gedächtnisses« zu fördern. Die unter Juschtschenkos politischem Rivalen Janukowitsch amtierende Regierung unternahm freilich keine Anstrengungen, den Erlass umzusetzen.

Mit dem knappen Sieg der orangefarbenen politischen Kräfte bei den Parlamentswahlen 2007 und ihrer Rückkehr in die Regierung schienen sich die Voraussetzungen für die Anerkennung von OUN und UPA durch das Parlament wieder verbessert zu haben. Im Januar 2008 brachte Präsident Juschtschenko den Gesetzentwurf »Über den rechtlichen Status der Teilnehmer des Kampfes für die Unabhängigkeit der Ukraine zwischen den 20er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts« ein. Mit diesem Gesetz sollten Personen als Teilnehmer des Kampfes für die staatliche Unabhängigkeit anerkannt werden, die in der *Ukrainischen Militärischen Organisation* (UWO), in der *Karpaten-Sitsch*, der OUN, der UPA oder im *Ukrainischen Hauptbefreiungsrat* (UHW) am politischen Kampf, am Partisanen- und Untergrundkampf bzw. am bewaffneten Kampf zwischen den 1920er und den 1990er Jahren für die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine teilgenommen hatten. Dazu zählten auch Personen, die diese Organisationen unterstützt hätten, Mitstreiter der Dissidentenbewegung der 1960er Jahre und Mitglieder der 1989 gegründeten ukrainischen Nationalbewegung *Ruch*. Dadurch dass allein OUN und UPA sowie die mit ihnen verbundenen Organisationen namentlich erwähnt werden, erhalten diese beiden Organisationen und die Zeit des Weltkrieges jedoch eine besondere Bedeutung im »nationalen Befreiungskampf«. Das im Gesetz fixierte Geschichtsbild soll die staatliche Unabhängigkeit und die Einheit des Landes auf ethnonationaler Grundlage legitimieren: »Die ganze Ukraine von Osten bis Westen kämpfte für ihre Unabhängigkeit.« In deutlichem Unterschied zur Kutschma-Zeit ist nun der Kampf von OUN und UPA und nicht mehr ein national modifiziertes sowjetukrainisches Geschichtsbild von der »Wiedervereinigung der ukrainischen Länder im Bestand der Sowjetukraine« Grundlage der Einheit von Staat und Nation. Zu dem Bild einer Nation, die vor allem in den 1930er Jahren (z. B. während der Großen Hungersnot) Opfer der kommunistischen Diktatur war, wird damit die Vorstellung eines bis zur Unabhängigkeit andauernden Widerstandskampfes hinzugefügt und so das nationale Selbstbild der heroischen Märtyrernation vervollständigt. Die rechtliche und soziale Rehabilitierung der UPA-Kämpfer tritt nun endgültig zugunsten einer gesetzlich sanktionierten

Umwertung der Kriegsgeschichte in den Hintergrund. Den UPA-Veteranen wird nun gegenüber den sowjetischen Veteranen erinnerungspolitische Priorität eingeräumt.

Ob der Gesetzentwurf des Präsidenten eine Mehrheit finden wird, ist jedoch fraglich. Die größte Oppositionspartei, die *Partei der Regionen* (PR), lehnte das Vorhaben ab und argumentierte vordergründig staatstragend: Der Gesetzentwurf fördere nicht die Konsolidierung, sondern die Spaltung der Nation. Tatsächlich war und ist die PR nicht an einer grundsätzlichen Lösung interessiert oder sie demonstriert Gleichgültigkeit gegenüber dem Problem der UPA-Veteranen. Auf regionaler und lokaler Ebene hält die PR an Stereotypen des sowjetischen Kriegsmythos und der damit verbundenen Brudervolk-Rhetorik fest, um ihre an engen ukrainisch-russischen Beziehungen interessierte süd- und ostukrainische Wählerschaft zu mobilisieren. Aktuelle Konflikte mit Russland (NATO-Beitritt, Schwarzmeerflotte) werden auf kontroverse Perioden der Zeitgeschichte zurückprojiziert, skandalisiert und ursächlich mit einer historisch determinierten »Politik der Nationalisten« verknüpft.

Exklusive Tendenzen

Viktor Juschtschenko hat wiederholt versichert, dass sich die Bemühungen um die Anerkennung von OUN und UPA als nationale Befreiungsbewegung oder die Anerkennung des Holodomor als Genozid am ukrainischen Volk nicht gegen Russland oder andere Nationen richteten, sondern darauf zielten, der Opfer der Verbrechen eines totalitären Regimes zu gedenken. Außerdem unterstrich er das Recht einer unabhängigen Nation auf eine »souveräne«, d. h. eigene Geschichte. Das von Juschtschenko geförderte Geschichtsbild, das die Geschichte der Ukraine als durchgehende Freiheitsbewegung gegen sowjetische Unterdrückung überhöht, bedeutet aber auch, die sowjetische Geschichte ausschließlich als Zeit der »Okkupation der Ukraine« zu deuten. Dies geht bei vielen Intellektuellen und Politikern häufig nicht nur mit einer politischen, sondern auch mit einer kulturellen Abgrenzung von Russland und bisweilen auch von Polen einher. Der geschäftsführende Direktor des UINP, Juchnovskyj, kontrastierte die Russländische Föderation als Rechtsnachfolger der UdSSR mit dem dauerhaft antikolonialen, in der Gesellschaft stets lebendigen Unabhängigkeitsstreben der Ukrainer, das sich entweder im »offenen Kampf der Nationalpatrioten« geäußert habe oder auf die Durchsetzung des formalen Austrittsrechts der URSS aus der Sowjetunion gezielt habe. Die sowjetische Periode der Ukraine wird so als eine der »wahren« Nationalgeschichte fremde Zeit dargestellt und von der eigenen Geschichte getrennt. Als Folge geraten im nationalukrainischen Diskurs Vorwürfe gegen den »Kreml« häufig zu Beschuldigungen Russlands, dem allein die Verantwortung für Verbrechen in der Sowjetunion zugeschoben wird.

Die wiederholt geäußerte Kritik des russländischen Präsidenten Putin und anderer russländischer Regierungsvertreter an der ukrainischen Geschichtspolitik zeugt freilich kaum von einer Bereitschaft zum Dialog, sondern trägt eher zur Rechtfertigung exklusiver Tendenzen im nationalukrainischen Diskurs bei. Aus dem in Russland von staatlichen Institutionen weiter aufwendig gepflegten Mythos vom *Großen Vaterländischen Krieg* werden alte Pauschalurteile abgeleitet, welche die nationalen Organisationen der Ukraine meist auf nazistische Kollaborateure reduzieren. Nur allzu oft verbirgt die Beschwörung der gemeinsamen Geschichte ehemaliger Brudervölker eine grundsätzliche Nichtanerkennung der nationalen Erinnerung des Nachbarvolkes und seines Staates.

Ein ethnozentrisches Geschichtsbild vom Krieg führt oft zu einem Ausschluss »anderer« Opfergruppen und ihrer Erfahrungen. Obwohl die Ukraine einer der Hauptschauplätze des Judenmords war, wird der Holocaust anders als in der Sowjetzeit in Schulbüchern zwar erwähnt, aber meist als Marginalie behandelt. Das Ereignis wird kaum als Teil der eigenen Nationalgeschichte begriffen. In manchen ukrainischen Schulbüchern zur Weltgeschichte werden die Ereignisorte des Holocaust zwar für unterschiedliche europäische Länder, nicht aber für die Ukraine präsentiert. Schulbücher formen zwar keineswegs allein das Geschichtsbewußtsein; allerdings haben Einzeluntersuchungen gezeigt, dass der Holocaust für ukrainische Schüler noch ein abstraktes und fremdes Ereignis ist, das kaum etwas mit der Geschichte der Ukraine zu tun hat.

Unter Verweis auf die angebliche Verbindung von Juden mit dem sowjetischen Regime werden antijüdische Handlungen der »eigenen« Nation (z. B. während der Pogrome in der Westukraine im Sommer 1941) sogar gerechtfertigt. Die Ukrainer erscheinen als das Volk, das im Krieg am meisten gelitten hat. So behauptet ein durchaus prominenter ukrainischer Historiker wie Jaroslav Daschkevych zu den Pogromen im Sommer 1941 in der Westukraine, dass Juden im kommunistischen Russland den einzigen Retter vor deutschem Terror sahen und daher »die Rolle von Kollaboranten, die verständlicherweise ihrer Ausrichtung nach antiukrainisch waren, auf sich genommen hätten«. Antisemitismus oder antijüdische Handlungen von OUN oder anderen Ukrainern seien, so die fragwürdige Argumentation, »nur« gegen Juden im Dienste des Sowjetstaates bzw. des NKWD gerichtet gewesen. Hartnäckige Vorurteile oder antisemitische Traditionen, die solche Stereotypen erst möglich machen, werden nicht diskutiert. Stattdessen werden Stereotype vom »jüdischen Bolschewismus«, die im Sommer 1941 zum Kernbestand der OUN-Propaganda gehört hatten, weiterhin verwendet oder

nicht eindeutig widerlegt. Außerdem bleibt bisweilen unterbelichtet, dass nicht nur Ukrainer und Polen, sondern auch Juden in hohem Maße Opfer des sowjetischen Terrors zwischen 1939 und 1941 wurden.

Opferhierarchisierung und Opferkonkurrenz sind auch mit Teilen des nationalukrainischen Diskurses um die Hungersnot 1932/33 verknüpft, in der die meisten ukrainischen Historiker heute einen Genozid am ukrainischen Volk sehen. Die Bezeichnung der Hungersnot als »ukrainischer Holocaust« drängt die Erinnerung an den eigentlichen Holocaust in den Hintergrund. Dies kann, wie Äußerungen mancher Intellektueller zeigen, auch mit der Verwendung antisemitischer Stereotype einhergehen: Da Juden prominente Positionen in der stalinischen Führung bzw. im NKWD eingenommen hätten, wird ihnen implizit eine Mitschuld oder Mitverantwortung für den Holodomor unterstellt.

Dass der Holocaust aus der »eigenen« Geschichte ausgeklammert wird, sollte aber nicht zu Fehlschlüssen über die offizielle Gedenkkultur der Ukraine führen. Am 50. Jahrestag des Massakers von Babij Jar im September 1991 erkannte die Regierung der unabhängigen Ukraine den Erinnerungsort als »Symbol des jüdischen Märtyrertums« an.

Das offiziell geförderte ukrainozentrische Geschichtsbild trägt aber zweifelsohne zur Verdrängung anderer Opfergruppen bei, die ebenfalls zur ukrainischen Geschichte gehören. Gleichwohl scheint das von Präsident Juschtschenko geförderte Bemühen, international den Holodomor als Genozid anerkennen zu lassen, weniger auf eine Relativierung des Holocausts zu zielen, als darauf, dass die totalitäre Vernichtungserfahrung des Holodomor einen angemessenen Rang in der europäischen Erinnerungskultur erhält. Der Präsident betonte die Bedeutung des jüdischen Kulturerbes in der Ukraine und versprach, das Gedenken an den Holocaust zu wahren. Doch trotz entsprechender präsidialer Anordnungen, in Babij Jar eine Gedenkstätte zu errichten, haben die Regierungen unterschiedlicher Couleur den Worten bislang keine Taten folgen lassen: Eine zentrale staatliche Holocaustgedenkstätte fehlt in der Ukraine bis heute.

In den westukrainischen Gebieten Galizien und Wolhynien, wo die jüdischen Gemeinden vor dem Zweiten Weltkrieg konzentriert waren, fehlt nicht nur eine staatliche Gedenkstätte an den Holocaust; Orte des jüdischen Lebens und des von den Deutschen organisierten Massenmords an den Juden werden sogar mit Denkmälern zu Ehren der Helden des ukrainischen Nationalismus überbaut. Jedoch ist die allgemein hohe Wertschätzung für die »Helden« von OUN und UPA in der westukrainischen Erinnerungskultur nicht ohne die spezifische regionale totalitäre Erfahrung zu verstehen. Die UPA, die ihren Kampf gegen die sowjetische Okkupation bis in die 1950er Jahre fortsetzte, wurde auch zum Symbol des Widerstands gegen die brutalen Repressionen der 1943/44 zurückgekehrten sowjetischen Herrschaft: Allein zwischen 1944 und 1952 wurden mehr als 200.000 Ukrainer in sowjetische Lager deportiert.

Abschließend muss aber auch erwähnt werden, dass die exklusiven Tendenzen in der nationalen Geschichtsdebatte in der Ukraine keineswegs unwidersprochen bleiben. Es gibt geschichtswissenschaftliche Institute und Zeitschriften wie *Krytyka* oder *Ĺ*, die gemeinsam mit der internationalen Forschung die staatliche Erinnerungspolitik kritisch analysieren und Tabus der Geschichte des ukrainischen Nationalismus im 20. Jahrhundert aufarbeiten. *Krytyka* bot wiederholt ein Forum für Kontroversen über weiße Flecken in der Geschichte der militärischen Formationen des ukrainischen Nationalismus und deren Rolle während der antijüdischen Pogrome in der Westukraine im Sommer 1941. Einige jüngere ukrainische Historiker haben seriöse Einzelstudien über Kollaboration und Kooperation mit der deutschen Besatzungsmacht vorgelegt. Gleichwohl bleiben einzelne Themen, z. B. die Verknüpfung des Judenmords in der Ukraine mit unterschiedlichen Aspekten der ukrainischen »Nationalgeschichte«, weitgehend ein Tabu in den öffentlichen Debatten und der staatlichen Geschichtspolitik. Allein auf diese Weise kann das Geschichtsbild einer »sauberen« »ukrainischen nationalen Befreiungsbewegung« und damit das moralisch höherstehende Bild einer heroischen Märtyrernation aufrechterhalten werden, das seine zentrale Grundlage in der Geschichte von OUN und UPA im Zweiten Weltkrieg hat. Nur in dieser Form eignet sich das ukrainozentrische, auf die eigene Opferrolle konzentrierte Geschichtsbild als Mittel der Identifikation und Konsolidierung der Nation und ermöglicht der staatlichen Führung, sich als »Hüter« eines moralisch unbefleckten nationalen Gedächtnisses zu präsentieren und zu legitimieren.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der in der Zeitschrift OSTEUROPA Heft 6/2008 erschienen ist.

Über den Autor:

Wilfried Jilge ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e. V. (GWZO), Leipzig.

Lesetipp:

Eine ausführlichere Darstellung des Autors zum Thema findet sich in der Zeitschrift OSTEUROPA Heft Nr. 6/2008.

Wilfried Jilge: The Politics of History and the Second World War in post-Communist Ukraine (1986/1991–2004/2005). In: Wilfried Jilge/Stefan Troebst (Hrsg.): Gespaltene Geschichtskulturen? Zweiter Weltkrieg und kollektive Erinnerungskulturen in der Ukraine. Stuttgart 2006 (= Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 54 (2006), H.1, S. 50–81).

Der widerwillige Blick zurück. Judentum und Holocaust in der ukrainischen Erinnerung

Von Anatolij Podolskyj, Zentrum für Holocaustforschung, Kiew

Zusammenfassung

Die Ukraine war einst ein Zentrum des osteuropäisch-jüdischen Lebens. Im Holocaust wurden die meisten ukrainischen Juden ermordet. Damit ging auch die jüdische Kultur unter. In der Sowjetunion geriet sie in Vergessenheit. Während die offizielle ukrainische Erinnerungspolitik das jüdische Erbe ausblendet, bemühen sich Privatleute und Organisationen darum, die jüdische Kultur und Geschichte als Teil der ukrainischen Identität im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Dies ist ein schmerzhafter Prozess: Er verlangt den Ukrainern ab, die eigene Verantwortung für die Ermordung der Juden in ihrem Land anzuerkennen.

Einleitung

Ende des 19. Jahrhunderts lebten im Gebiet der heutigen Ukraine, die damals unter Herrschaft von Österreich-Ungarn und Russland stand, etwa drei Millionen Juden, d. h. fast ein Drittel der damaligen jüdischen Weltbevölkerung. Die Ukraine stellte ein Zentrum des religiösen, literarischen und politischen Lebens des osteuropäischen Judentums dar. Ende der 1930er Jahre galt diese Zahl weiterhin.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden dann ebenso wie in anderen Gebieten, die sich zeitweise unter der Kontrolle der Nationalsozialisten befanden, fast alle Juden umgebracht und die jüdischen Gemeinden vernichtet. Den Holocaust überlebten nur diejenigen, die weiter in den Osten der Sowjetunion, nach Zentralasien oder Sibirien geflüchtet waren oder die den Krieg als Soldaten der Roten Armee überlebt und mitgeholfen hatten, die Ukrainer, Russen, Polen und Weißrussen gegen das Hitler-Regime zu verteidigen. Das Verhältnis zwischen Juden und Ukrainern während des Krieges war jedoch äußerst komplex. Viele Nicht-Juden in der Ukraine kollaborierten mit den Nationalsozialisten. Ein großer Teil hatte sich von nationalsozialistischen Hetzreden gegen den »jüdischen Bolschewismus«, der die Verbrechen des Stalinschen Terrors zu verantworten habe, anstecken lassen. Wissenschaftler gehen davon aus, dass im Reichskommissariat Ukraine, das die Zentralukraine, sowie Teile der Ost- und der Westukraine umfasste, 140.000 Personen in der Polizei dienten. In den Akten der Nationalsozialisten werden sie alle als »Ukrainer« geführt, obwohl sich auch Angehörige anderer Nationen darunter befanden. Viele Bewohner der Ukraine entschieden sich – vom Kriegsieber ergriffen – dafür, mit den Besatzern zusammenzuarbeiten und wurden unter anderem auch als Aufpasser in den Todeslagern Sobibor, Treblinka und Belzec eingesetzt. In vielen Städten in der Westukraine brachte die nicht-jüdische Bevölkerung Juden um, ohne auf eine explizite Anordnung der Besatzer zu warten. Auf der anderen Seite nimmt die Ukraine auf der Liste von Yad Vashem, die Nicht-Juden verzeichnet, die ihr Leben riskierten, um Juden vor den Nationalsozialisten zu retten und daher als »Gerechte unter den Völkern« gelten, den vierten Platz ein. Auf der Jerusalemer Liste befinden sich ungefähr 30.000 Namen von Menschen aus der Ukraine.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war das jüdische Leben im Gebiet der Ukraine ausgelöscht. Es gab keine jüdischen Gemeinden mehr, keine jüdischen Schulen, Zeitschriften und Kolchosen. Ende der 1940er Jahre wandelte sich Stalins latenter Antisemitismus in eine offene Verfolgung alles Jüdischen und gipfelte 1952 in der Erschießung von sowjetisch-jüdischen Schriftstellern. In den 1960er Jahren hatten sich die meisten Juden dem sowjetischen Lebensstil angepasst.

Bei einer Volkszählung von 1989 wurde knapp eine halbe Million Juden in der Ukraine registriert. Nach dem Zerfall der Sowjetunion ließ sich einerseits eine massenhafte Abwanderung von ukrainischen Juden nach Israel, in die USA und nach Deutschland beobachten, andererseits entwickelte sich wieder ein Gemeindeleben in der Ukraine. 2001 wurden nur noch 100.000 Juden in der Ukraine gezählt, doch haben dort wieder Synagogen und jüdische Schulen ihre Tore geöffnet, es werden jüdische Zeitungen herausgegeben, jüdische Organisationen haben ihre Arbeit aufgenommen, und es gibt Institute für Jüdische Studien.

Wahrnehmung und Reflexion des Holocaust sind in der Ukraine eng mit dem schmerzhaften Prozess der Herausbildung einer nationalen Identität verbunden. Noch ist unklar, ob und wie der Holocaust in die Erinnerungskultur integriert wird. Auch ist offen, wie das jüdische Erbe sowie das Verhältnis zwischen Juden und Ukrainern in der kollektiven Erinnerung und in der Geschichtsschreibung verortet werden.

Der Holocaust im Schulunterricht

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurde der Holocaust in die schulischen Lehrpläne aufgenommen, genauer: in den Grundkurs »Geschichte der Ukraine und Weltgeschichte«. 2000 empfahl das ukrainische Bildungs- und Wissenschaftsministerium den Universitäten, einen Kurs zur Geschichte des Holocausts in der Ukraine und in Europa einzuführen. Motiviert war dieser Beschluss offensichtlich von der Stockholmer Konferenz im Jahr 2000, auf der die Ukraine einer Deklaration zur Bewahrung der Erinnerung an den Holocaust durch Forschung und Unterricht zugestimmt hatte. Seit 2006 enthalten die Abschlussprüfungen allgemeinbildender Schulen Fragen zur Geschichte des Holocausts. Obwohl formal alle Voraussetzungen erfüllt sind, kann die Geschichte des Holocausts an ukrainischen Schulen kaum unterrichtet werden. Erstens sieht der Lehrplan zu wenig Unterrichtszeit für das Thema vor. Der Holocaust soll im Themenbereich »Nationalsozialistisches Besatzungsregime« in nur einer Schulstunde abgehandelt werden. Zweitens fehlen in den offiziellen Lehrbüchern stringente Ausführungen über den Holocaust als Teil der ukrainischen Geschichte. Hier setzt sich die sowjetische Tradition des Verschweigens des Holocausts – in sowjetischen Schulbüchern wurde der Holocaust gar nicht erwähnt – fort. Der Kiewer Didaktiker Juryj Komarov, der Darstellungen des Holocaust in Lehrbüchern in der Ukraine, in Deutschland und in Großbritannien verglichen hat, schrieb, unter diesen Voraussetzungen sei es kaum zu erwarten, dass ukrainische Schüler eine Verbindung zwischen Babyj Jar und dem Holocaust sähen. In ihrer Untersuchung der Holocaust-Rezeption ukrainischer Schüler kommt Jelena Iwanowa aus Charkiw zu dem Schluss, der Holocaust sei für die Jugendlichen ein abstraktes Ereignis ohne jeden Bezug zur nationalen Erinnerung.

Der nichtstaatliche Bildungssektor in der Ukraine sendet seit Mitte der 1990er Jahre wertvolle Impulse aus. Schritt für Schritt wirken Institutionen wie das Komitee Babyj Jar, die Vereinigung nationaler Minderheiten der Ukraine, das Ukrainische Zentrum zur Erforschung der Geschichte des Holocausts, der Geschichtslehrerverband Nowa Doba und das Zentrum Tkuma darauf hin, das offizielle Bildungswesen zu verändern und in der ukrainischen Gesellschaft das Bewusstsein für ihre Verantwortung für die Erinnerung an den Holocaust zu verankern. Sie entwickelten praktisch ohne staatliche Unterstützung ein System zur Vermittlung der Geschichte des Holocausts. Sie organisierten didaktisch-methodische Seminare für Lehrer und Dozenten, arbeiteten mit Schülern und Studierenden, veranstalteten Wettbewerbe und Sommerschulen und ermöglichten Praktika in internationalen Holocaust-Zentren. Außerdem gaben sie Lehrmaterialien heraus, die weit über die offiziellen Lehrpläne und Schulbücher hinausgehen und die zahlreiche Lehrer und Dozenten seither verwenden. Lehrern, die sich zum Thema Holocaust ausführlich informieren möchte, legt der Staat keine Hindernisse in den Weg. Anders als zur Sowjetzeit ist der Holocaust kein Tabu mehr, die Auseinandersetzung mit dem Thema in der Schule wird jedoch nicht speziell gefördert.

Positionen zum Holocaust in Politik und Gesellschaft

In der Ukraine gibt es keine offizielle Erinnerung an die Schoa. Es gibt kein staatliches Museum zur Geschichte des Holocaust. Schauplätze von Massenhinrichtungen sind nicht ausgewiesen. Der 27. Januar, der internationale Tag zum Gedenken an die Opfer des Holocaust wird nicht staatlich begangen. All das, obwohl die Ukraine im Jahre 2000 die Stockholmer Deklaration unterzeichnete.

Die zahlreichen Denkmäler und Gedenktafeln, die überall im Land Orte kennzeichnen, wo sich Ghettos befunden oder Hinrichtungen stattgefunden haben, gehen auf jüdische Gemeinden, nichtstaatliche Einrichtungen, Privatpersonen und individuelle Spenden zurück. Laut Omer Bartov befinden sich diese Mahnmale jedoch im Abstellraum der öffentlichen Erinnerung. Bisher lässt sich keine Bereitschaft des Staates erkennen, diese Gedenkstätten zumindest zu unterhalten.

Nach 1991 wurden in verschiedenen Landesteilen Denkmäler und Museen für die Organisation Ukrainischer Nationalisten (Organisazija Ukrainskich Nazionalistiw, OUN) und die Ukrainische Aufstandsarmee (Ukrainska Powstanska Armija, UPA) errichtet. Es scheint, als würde die Geschichte der Juden während des Zweiten Weltkriegs mit nationalen Denkmälern »überbaut«, um die »andere Opfernation« zu vergessen. Wie vormals die sowjetischen Machthaber verschleierte die ukrainische Regierung die Tatsache, dass die Opfer des Holocaust vor allem Juden waren.

Die meisten Politiker sehen den Holocaust nicht als Teil der ukrainischen Geschichte, sondern als Tragödie eines anderen Volkes, das selbst für die Erinnerung daran verantwortlich sei.

In der Öffentlichkeit wird das Thema Holocaust kaum diskutiert. Statt eines Gedenkens an den Holocaust zeichnet sich eine »Konkurrenz der Opfer« ab. Sogenannte »Forscher« wiegen die Zahl der Holodomor-Toten gegen die Zahl der Holocaust-Opfer auf und prägten für den Holodomor die inkorrekte Bezeichnung »ukrainischer Holocaust«. Es wäre durchaus gerechtfertigt, die Mechanismen und Charakteristika des Holodomor und des Holocaust vergleichend zu analysieren, eine Gleichsetzung ist aber völlig unangebracht.

Die Ausblendung des Holocaust in der Ukraine ist darauf zurückzuführen, dass die Ukraine offiziell keine Verantwortung für die Erinnerung an das Vergangene übernimmt, weil weder die nationalsozialistischen noch die stalinistischen Verbrechen juristisch und historisch aufgearbeitet sind. So fehlt ein brauchbares Modell für die Erinnerung an die Geschichte des 20. Jahrhunderts und des Zweiten Weltkriegs.

Wilfried Jilge zufolge verstellt der Mangel an Informationen über die ukrainisch-jüdischen Beziehungen während der deutschen Okkupation und über den Holocaust in der Ukraine nicht nur den Blick auf die »dunklen Seiten« der Nationalgeschichte, sondern auch auf den Mut und die Selbstlosigkeit vieler Ukrainer, die Juden retteten. Die Konzentration der ukrainischen Geschichtsschreibung auf den Nationalstaat und einen mono-ethnischen Geschichtsentwurf verhindere die Überwindung von Stereotypen und Vorurteilen über die »antisemitischen Ukrainer«.

Aus dem Russischen von Christiane Körner, Frankfurt/Main

Über den Autor:

Dr. Anatolij Podolskyj ist Direktor des ukrainischen Zentrums für Holocaustforschung (Ukrainskij zentr wyvtschennja istorii golokostu) in Kiew.

Lesetipp:

Eine ausführlichere Darstellung des Autors zum Thema findet sich in der Zeitschrift OSTEUROPA Heft Nr. 8–10/2008 (Impulse für Europa. Tradition und Moderne der Juden Osteuropas, 552 Seiten, 11 Karten, 64 Abbildungen. Preis 32,00 €, ISBN 978-3-8305-1434-3).

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 98 **Modernisierung in Ost- und Ostmitteleuropa?**
Dynamiken innerstaatlichen und internationalen Wandels
Beiträge für die 16. Tagung Junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin, Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen und Europäische Akademie Berlin
(September 2008)
- Nr. 97 **Der bewaffnete Konflikt um Südossetien und internationale Reaktionen**
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(September 2008)
- Nr. 96 **Und die Krähe trägt ein rotes Sternchen**
Die politische Karikatur im polnischen Untergrund der Jahre 1981 bis 1989
Von Wolfgang Schlott
(September 2008)
- Nr. 95 **»Das Andere Osteuropa von den 1960er bis zu den 1980er Jahren«**
Berichte zur Forschungs- und Quellenlage
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hg.)
(Mai 2008)
- Nr. 94 **Die russischen Wahlen 2007/2008.**
Teil 2: Präsidentenwahl 2008
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(März 2008)
- Nr. 93 **Die aktuelle Wirtschaftslage der Ukraine.**
Erfolge und Herausforderungen für die Regierung Timoschenko
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Februar 2008)
- No. 92 **Russia's Energy Sector between Politics and Business**
By Robert Orttung, Jeronim Perovic, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.)
(February 2008)
- No. 91 **Already Arrived in Brussels? Interest Representation of Trade Unions from the
New EU Member States. Documentation of Interview Results**
By Heiko Pleines (ed.)
(January 2008)
- Nr. 90 **Die russischen Wahlen 2007/2008.**
Teil 1: Die Parlamentswahlen 2007
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Dezember 2007)
- Nr. 89 **In Brüssel angekommen? Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der neuen Mit-
gliedsländer auf der EU-Ebene.**
Teil 2: Dokumentation der Interviewergebnisse
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Dezember 2007)
- Nr. 88 **In Brüssel angekommen? Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der neuen Mit-
gliedsländer auf der EU-Ebene.**
Teil 1: Erste Ergebnisse für Polen, Tschechien und Slowakei
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Dezember 2007)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website der Forschungsstelle Osteuropa
(www.forschungsstelle.uni-bremen.de) heruntergeladen werden.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kegel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2008 (im Druck), 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, € 24,90

Archiv zur Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas. Quellen – Bestände – Analysen

- Bd. 2 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Monographien im Zweiten Umlauf Polens
1976 – 1989
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008, 506 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-883-2, € 89,90
- Bd. 1 **Wolfgang Eichwede (Hg.):**
Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa.
Sowjetunion, Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, DDR
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008 (in Vorbereitung)

Changing Europe

- Bd. 5 **Julia Kusznir, Heiko Pleines (eds.):**
Trade Unions from Post-Socialist Member States in EU Governance.
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 196 S., br., ISBN 978-3-89821-857-3, € 24,90
- Bd. 4 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
Crises and Conflicts in Post-Socialist Societies.
The Role of Ethnic, Political and Social Identities
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 218 S., br., ISBN 978-3-89821-855-9, € 29,90
- Bd. 3 **Daniela Obradovic, Heiko Pleines (eds.):**
Civil Society Groups from the New Post-Socialist Member States in EU Governance
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 244 S., br., ISBN 978-3-89821-750-7, € 29,90
- Bd. 2 **Jochen Tholen, David Lane, Gyorgy Lengyel (eds.):**
Restructuring of the Economic Elites after State Socialism.
Recruitment, Institutions and Attitudes
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 350 S., br., ISBN 978-3-89821-754-5, € 34,90
- Bd. 1 **Sabine Fischer, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.):**
Movements, Migrants, Marginalisation.
Challenges of Social and Political Participation in Eastern Europe and the Enlarged EU
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 224 S., br., ISBN 3-89821-733-7, € 29,90

Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS)

- Bd. 75 **Heiko Pleines (Hg.):**
Corporate Governance in post-sozialistischen Volkswirtschaften
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 240 S., br., ISBN 978-3-89821-766-8, € 34,90
- Bd. 73 **Julia Kusznir:**
Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen.
Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992-2005
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 354 S., br., ISBN 978-3-89821-821-4, € 34,90

Einzelveröffentlichung

- Heidrun Hamersky, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute.
Festschrift für Wolfgang Eichwede
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2007, 338 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-751-4, € 59,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de